



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Ich bin die Frage und die Antwort“ - Partizipative Planung
und Durchführung von Integrationsprojekten in Österreich
am Beispiel des Projekts „NACHBARINNEN in Wien“

Verfasserin

Clara Krainhöfner

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Univ.-Prof. Dr. Birgit Sauer

*Um mich herum kreisen Fragen,
ich bin ihre Lösung.*

– Melech Rawitsch über das Leben in der Migration

*Gewidmet meinem während des Verfassens dieser Arbeit verstorbenen Großvater, Api.
Seine Weltoffenheit, sein Interesse an Menschen und sein Humor waren mir immer
Inspiration und Vorbild zugleich.*

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	6
Vorwort zu sprachlichen „Eigenheiten“	7
1. Einleitung.....	8
1.1. Einführung in die Thematik und Untersuchungsgegenstand	8
1.2. Erkenntnisinteresse und persönliche Motivation.....	10
1.3. Fragestellung.....	12
1.4. Aufbau der Arbeit	13
2. Das Projekt „NACHBARINNEN in Wien“.....	14
2.1. Zielgruppe.....	15
2.2. Ziele.....	16
2.3. Kurze Skizzierung des Projektverlaufs.....	17
3. Theorie und Forschungsansatz.....	19
3.1. Transnationale Migrationsforschung.....	19
3.2. Demokratische Partizipation: das Konzept von Seyla Benhabib.....	21
3.3. Capabilities.....	23
3.4. Partizipation.....	26
3.4.1. Welche Partizipation? Ein politisch-normatives Verständnis für die vorliegende Arbeit	26
3.4.2. Ermächtigung und partizipative Methoden – Partizipation in der EZA.....	29
3.4.3. Ebenen von Partizipation: Spaces & Scales.....	32
3.4.4. Kritik an partizipativen Ansätzen.....	34
3.5. Integration.....	39
3.5.1. Theorie der Integration: Begriffsgeschichte und -verwendung in der vorliegenden Arbeit.....	39
3.5.2. Integration „messen“: Ager & Strangs Analyserahmen.....	43
3.5.3. Ebenen von partizipativer Integration im staatlichen Kontext.....	45
4. Methodik	50
4.1. Material.....	50
4.2. Partizipation „messen“.....	52
5. Kontext: Integrationspolitik in Österreich.....	57
5.1. Historischer Überblick – Von der GastarbeiterInnenpolitik zur partizipativen Integration?	57
5.1.1. Beispiel eines Integrationsleitbilds: Wien.....	59
5.1.2. Beispiel eines Integrationsleitbilds: Vorarlberg.....	60
5.2. Partizipative Methoden in der österreichischen Integrationspolitik.....	62
5.2.1. Integration – Wie und Wozu?.....	63
5.2.2. Partizipation bei Entstehung und Maßnahmen.....	66
6. Kontext: aufsuchende Familienarbeit als partizipative Methode in Projekten	72
6.1. Die Praxis der aufsuchenden Familienarbeit in Österreich.....	73
6.2. Beispiele für partizipative Projektarbeit im Integrationsbereich.....	74

6.2.1. Österreichische Projektbeispiele.....	75
6.2.2. Deutsche Projektbeispiele: vom Rucksack-Programm zu den Stadtteilmüttern.....	78
6.3. Das Nachbarinnen-Projekt als weiterer Schritt der partizipativen Integrationsarbeit.....	81
7. Analyse und Evaluation: partizipative Methoden bei „Nachbarinnen in Wien“.....	83
7.1. Planung und Implementierung.....	83
7.1.1. Projektmethodik.....	84
7.1.2. Planungsphase.....	89
Partizipation durch sozialräumliche Integration.....	89
Partizipation der Zielgruppe.....	92
Partizipatorisches Fazit der Planungsphase.....	94
7.1.3. Der Lehrgang zur Nachbarin.....	94
7.2. Partizipation weitertragen: die Zukunft des Nachbarinnen-Projekts.....	98
7.2.1. Neue Stakeholder in der Betreuungsphase.....	99
7.2.2. Wellen schlagen – Weitere Erfolge des Projekts.....	101
7.3. Lessons learnt? Möglichkeiten, partizipative Methodiken in einem Integrationsprojekt einzusetzen.....	103
8. Ein kurzes Fazit.....	107
Literaturverzeichnis.....	110
Literatur.....	110
Internetquellen.....	124
Ausgewertete Materialien.....	126
Anhang 1: Abstract.....	127
Anhang 2: Lebenslauf.....	128

Danksagung

Mein erster großer Dank gilt meinen KommilitonInnen und Lehrenden am Institut der Internationalen Entwicklung und anderen Studiengängen. Sie alle haben mit einer transdisziplinären Herangehensweise, der stetigen Verknüpfung von Theorie und Praxis sowie einer Perspektive „über den Tellerrand hinweg“ dazu beigetragen, dass die letzten fünf Jahre die spannendsten und lehrreichsten meines Lebens waren.

Ganz besonders möchte ich mich auch bei meiner Betreuerin Drⁱⁿ. Birgit Sauer bedanken, die, trotz der teils chaotischen Situation mit der Abschaffung des Studiengangs IE, meine Diplomarbeit übernommen hat. Danke für all die hilfreichen Anmerkungen und die Bestärkung in meiner Themenwahl, als ich schon daran gezweifelt hatte!

Ich danke meiner Familie und meinen FreundInnen für die Unterstützung, die offenen Ohren und manchmal auch Ablenkung während der wortwörtlich heißen Phase des Verfassens dieser Arbeit. Die kurzen Erholungszeiten in Wien und Landshut – Danke Sebastian & „Gang“! – haben mir immer wieder Inspiration und Energie gegeben.

Birgit F., danke für deine kompetente Unterstützung und die vielen Literaturanregungen. Danke Vali für deine fördernden Beiträge und den ständigen Austausch.

Matthias und Flo, einen besseren Ort zum Arbeiten und Lesen hätte ich mir nicht wünschen können, Danke dafür!

Ohne meine Freundin Hannah wäre ich manchmal an den Hürden der Universität verzweifelt. Ich bedanke mich für all die Gespräche zu unseren Diplomarbeiten und die klugen und lustigen Observationen über das Leben im Studium. Diese Arbeit ist zu einem nicht geringen Teil auch deine.

Zuletzt möchte ich Renate, Christine, Evi und Asha, Gül, Kawther, Rehab, Sawsan sowie allen anderen Nachbarinnen danken. Gäbe es Euer tolles Projekt nicht, würde auch diese Arbeit nicht existieren.

Abkürzungsverzeichnis

AMS	Arbeitsmarktservice
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und KonsumentInnenschutz
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
MA 17	Magistratsabteilung 17, Wien – Integration und Diversität
NAP	Nationaler Aktionsplan für Integration
PM&E	Partizipatives Monitoring und Evaluation
PRA	Participatory Rural Appraisal
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)

Vorwort zu sprachlichen „Eigenheiten“

Spätestens seit dem „linguistic turn“ in den Sozialwissenschaften sollte offensichtlich sein, dass Sprache keinesfalls frei von Macht ist (vgl. etwa De Cillia 2011: 164). Daher ist es mir auch ein besonderes Anliegen schon im Vorhinein zu klären, warum ich im Laufe dieser Arbeit bestimmte Begrifflichkeiten oder besondere Schreibweisen verwende. Gerade Begriffe im Zusammenhang mit Migration und Integration können missverstanden werden und oft auch politisch umkämpft sein. Der Begriff Integration etwa wird in einem eigenen Kapitel noch in seiner Verwendung erläutert, es sei aber so viel gesagt, dass hier vor allem eine sozialräumliche Integration gemeint ist, die Bemühungen sowohl von Seiten der migrantischen, aber auch der Mehrheitsgesellschaft verlangt. Somit ist auch schon der zweite Begriff angesprochen, der nicht unumstritten ist, jener der MigrantInnen und der migrantischen Bevölkerung. Mir ist bewusst, dass gerade in der deutschsprachigen Literatur vor allem die Begrifflichkeit „Migrationshintergrund“ diskutiert wird. Es erscheint mir jedoch im Zuge dieser Arbeit sinnvoll, von MigrantInnen anstatt „Neuer ÖsterreicherInnen“ zu sprechen, insbesondere, da sowohl im Migrationsprozess erworbenes Wissen thematisiert wird als auch die meisten der Projektzielgruppe angehörigen Familien noch nicht österreichische StaatsbürgerInnen sind. Als MigrantInnen werden demnach in dieser Arbeit Personen bezeichnet, die persönlich nach Österreich zugewandert sind. Migrantische Familien sind jene, die in erster und zweiter Generation hier leben. Ebenso werden einzelne Gruppen von MigrantInnen thematisiert, vor allem jene aus den türkischen, arabischen und tschetschenischen Sprachräumen, was nicht eine kulturalisierende Kategorisierung darstellen soll, sondern schlicht im Zusammenhang mit den Muttersprachen der als Nachbarinnen tätigen Frauen steht. Statt „Migrationshintergrund“ werde ich den Begriff „Migrationserfahrungen“ im Plural verwenden, einerseits um herauszustreichen, dass Migration zu spezifischen Erfahrungen führt und andererseits um aufzuzeigen, dass es sich um individuelle Erfahrungen, anstatt eines kollektiven Hintergrunds handelt und so die Heterogenität von Migrationen hervor zu streichen.

Schließlich noch zum offiziellen Namen des Projekts „NACHBARINNEN in Wien“, in dem das gesamte erste Wort kapitalisiert wird. Ich habe ich diese Kapitalisierung in den Überschriften, sowie in der Formulierung der Forschungsfrage angewandt, verzichte jedoch im weiteren Verlauf der Arbeit aufgrund der einfacheren Schreibweise darauf.

1. Einleitung

1.1. Einführung in die Thematik und Untersuchungsgegenstand

Aktive Teilhabe, BürgerInnenengagement, *claiming citizenship* – für das, was unter Partizipation verstanden wird, gibt es viele Begrifflichkeiten. Eines haben sie alle gemein: Ihre Grundintention besteht darin, die repräsentativen Prozesse in Demokratien durch Formen aktiver Teilhabe der Bevölkerung auf allen Ebenen zu erweitern (vgl. Gaventa 2007: xiii).

In der vorliegenden Diplomarbeit sollen solche partizipativen Prozesse anhand eines konkreten Beispiels illustriert und analysiert werden. Der Untersuchungsgegenstand ist daher „Nachbarinnen in Wien“, ein im Jahr 2011 initiiertes Projekt, das die Förderung der Partizipation von Migrantinnen und Migranten an ihrem Wohnort zum Ziel hat. Im Zentrum der Analyse stehen dabei die darin angewandten Methoden der partizipativen Projektarbeit. Diese Maßnahmen werden kontrastiert mit den normativen Vorstellungen, die der österreichischen Integrationspolitik zugrunde liegen (verkörpert durch den Nationalen Aktionsplan für Integration und seine Weiterentwicklungen durch das Staatssekretariat für Integration).

Denn selbst wenn man politische Partizipation auch bloß auf ein liberales Demokratieverständnis beschränkt – in dem Wahlen die wichtigste Form von Partizipation darstellen (vgl. Ukacar/Gschiegl 2009: 70) – so bleibt es jenem Teil der migrantischen Bevölkerung Österreichs, der nicht über die Staatsbürgerschaft verfügt, zumindest auf nationaler Ebene verwehrt, Politiken mitzugestalten. Gerade im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik jedoch, der schließlich in den letzten Jahren immer wieder für politischen Zündstoff gesorgt hat, sind sie schlussendlich die Gruppe, die von grundlegenden Entscheidungen am meisten tangiert ist.

Seyla Benhabib bezeichnet dies als Grundparadox der Demokratie: Jene, die ausgeschlossen sind, können nicht unter denen sein, die Gesetze über Inklusion und Exklusion verändern. Sie hält es jedoch für möglich und nötig, solche Unterscheidungen zwischen Einschluss und Ausschluss über partizipative Prozesse auszuhandeln (vgl. Benhabib 2011: 177). Die momentan noch

vorherrschende Art und Weise des Ausschlusses und der klaren Differenzierung zwischen BürgerInnen und Nicht-BürgerInnen in Bezug auf politische Mitbestimmung und vollem Zugang zu Institutionen eines Wohlfahrtsstaates kann nach Mackert als eine interne Exklusion von Seiten des Nationalstaates klassifiziert werden (vgl. Mackert 1999: 108f.).

Ziel von partizipativen Projekten im Integrationsbereich muss es daher, aus der in dieser Arbeit vertretenen Perspektive von Benhabib, sein, die Gestaltung von Politiken in eben jenem Bereich, gemeinsam mit der sie betreffenden Gruppe zu entwickeln. Dabei wird von der These ausgegangen, dass in einem partizipativen Prozess oft brachliegende Kapazitäten im Bereich der Entscheidungsfindung und demokratischen Beteiligung sowie das vor, während und nach der Migrationserfahrung erhaltene Wissen von MigrantInnen – ihre *capabilities* – als wertvolle gesellschaftliche Ressourcen wahrgenommen und genutzt werden.

Partizipative Prozesse zur Förderung dieser *capabilities* setzen im untersuchten Projekt an der lokalen Ebene an, was jedoch nicht bedeutet, dass die nationale dabei ausgeblendet wird. Im Gegenteil:

„[T]he local context provides the conditions that will shape the attitudes of the native population towards migrants and the reactions of policy-makers and political elites.“ (Morales/Giugni 2011: 4)

Oder, um es in den Worten Cornwalls und Coelho auszudrücken: Lokale partizipative Methodiken in der Planung staatlicher Politiken können dazu beitragen, dass Orte der Macht ebenso zu Orten der Möglichkeiten werden (vgl. Cornwall/Coelho 2007: 11).

Vor allem jedoch soll die vorliegende Diplomarbeit davon handeln, wie Menschen in unserer nächsten Nähe tagtäglich den doch recht trockenen methodischen Begriff der Partizipation mit Leben, Energie und Engagement füllen. Ein erster Einblick darin kann im Folgenden durch meine persönliche Motivation sowie die Vorstellung des untersuchten Projekts gewährt werden.

1.2. Erkenntnisinteresse und persönliche Motivation

Um zu demonstrieren, warum ich mich im Zuge meiner Diplomarbeit dafür entschieden habe, das weite Feld von Partizipation und Integration ein wenig abzugehen, erscheint es mir sinnvoll, dieses Interesse in meinen wissenschaftlichen und akademischen Kontext einzubetten.

Im Zuge meines Studiums der Internationalen Entwicklung habe ich innerhalb eines Praxisseminars erste Erfahrungen mit Theorie und Praxis von partizipativen Methoden gemacht. Im Laufe dieses Seminars konnte ich in einer Gruppenarbeit ein (imaginäres) partizipatives Projekt planen. Nur wenige Monate später hatte ich dann in Zusammenhang mit meiner Anstellung in einer wirtschaftspolitischen Projektberatung – wo ich unterstützend mit der Strategieentwicklung von Projekten und der Evaluation solcher in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales betraut bin – Gelegenheit, das Gelernte in die Tat umzusetzen. Im Frühjahr 2012 wurde von Christine Scholten die Anfrage an die Agentur herangetragen, eine pro bono Evaluation des damals noch in den Kinderschuhen steckenden Projekts Nachbarinnen in Wien, durchzuführen. Zu Beginn konnte die Agentur zusätzlich Beratung bezüglich der Aufstellung von Finanzierungen und Projektplänen zur Verfügung stellen. Seit diesem Zeitpunkt bin ich gemeinsam mit einer Kollegin für diese Bereiche des Projekts zuständig. Zwei Zwischenevaluationsberichte, die von mir ko-verfasst wurden, werden auch in dieser Arbeit zitiert werden, jedoch nur jene Teile, die generelle Fakten, Ziele und Prinzipien des Projekts vermitteln.

Mein Interesse an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Projekt stammt zusammenfassend also daher, dass es ein Beispiel bietet, an dem einige der Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit (EZA), die ich bisher im Studium nur theoretisch untersucht habe, auch praktisch angewandt werden. So finden Methodiken der (teilweise auch partizipativen) Projektplanung sowohl in das Projekt als auch in meine wissenschaftliche Analyse Eingang. Die Herausforderung, die sich mir stellt, ist vor allem der Umgang mit der Analyse von in Österreich größtenteils noch fehlenden Integrationsprojekten, die nicht explizit nur auf Bildung und Gesundheit abzielen, sondern vielmehr Kompetenzen und Fähigkeiten innerhalb des gesamten österreichischen Sozialsystems fördern. Weiters müssen (Analyse-)Methoden der EZA in den österreichischen Integrationskontext „übersetzt“ werden. Vielleicht kann diese Arbeit dazu beitragen, die bisherige akademische Lücke im Bereich partizipative Integration ein wenig zu verkleinern.

Dabei ergibt sich aus den genannten Herausforderungen gleichzeitig auch eine explizit politische Auslegung der Arbeit, die dazu beitragen soll, die Qualitätssicherung und Zielgruppenausrichtung von Integrationsprojekten zu erhöhen.

Als Studentin der Politikwissenschaft interessiert mich gerade diese politische Dimension, die die Einbindung von partizipativer Arbeit in den Nationalen Aktionsplan für Integration und damit in die österreichische Integrationspolitik untersucht. Hierbei ist das seit April 2011 existierende Staatssekretariat für Integration von Bedeutung, dessen Empfehlungen ich anhand partizipativer Methoden analysieren möchte. In diesem Aspekt ist für mich auch die gesellschaftliche Relevanz der Erforschung meiner Thematik zu verorten, da ich es als unumgänglich empfinde, MigrantInnen, die einen Teil der österreichischen Gesellschaft bilden, nicht nur wahrzunehmen oder zu tolerieren, sondern deren Fähigkeiten zu erkennen und zu fördern sowie ihnen jene gestalterische Rolle in ihrer – räumlichen und politisch-gesellschaftlichen – Umgebung zuzugestehen, die ÖsterreicherInnen mit Staatsbürgerschaft selbstverständlich anerkannt wird. Mit dieser Arbeit hoffe ich, dieser Argumentation folgend, aufzeigen zu können, dass Partizipation von MigrantInnen eines der höchsten Ziele eines Staates sein sollte, dessen Souverän zum Teil auch MigrantInnen selbst und deren Kinder sind und sein werden. Im Endeffekt geht es hier also um eine Frage der Selbsterhaltung und zukünftigen Ausrichtung von Staat und Gesellschaft. Dies muss zwar nicht bedeuten, dass die Partizipation von MigrantInnen eine Gesellschaft automatisch „besser“ macht, jedoch stellt sie zumindest sicher, dass Möglichkeiten existieren, jene, die innerhalb eines Gebietes wohnhaft sind auch über dessen lokale, kommunale und nationale Gestaltung mitbestimmen zu lassen. Prinzipiell halte ich mich dabei an Mackerts Analyse:

„[F]ormale Gleichheit ist wichtig, sie verschafft Migranten überhaupt erst den Zugang zu den Verteilungskämpfen der modernen Gesellschaften. Durch sie entsteht aber keine schöne neue Gesellschaft, in der alle real zu Gleichen werden. Sie ist jedoch der erste Schritt zu einer gleichberechtigten Teilhabe an Rechten und einer gleichberechtigten Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen.“ (Mackert 1999: 215)

Schlussendlich ist mit aber auch bewusst, dass ich – um nicht nur meinen persönlichen ethischen Standards, sondern auch jenen der Universität Wien zu entsprechen – nicht schlicht eine Diplomarbeit verfassen kann, die nur Ergebnisse der im Zuge meiner Anstellung verfassten

Evaluation enthält. Daher möchte ich die Diplomarbeit gewissermaßen als theoretische Vorbereitung für die endgültige Evaluation des Projekts sowie als wissenschaftliche Begleitung verfassen. Außerdem bin ich mir darüber im Klaren, dass ich durch meine Teilnahme an den Planungseinheiten des Projekts auch meine eigene Position, sowohl als wissenschaftliche Begleiterin als auch als zwar nur marginal, aber doch Einbezogene darin, reflektieren muss. Gleichzeitig denke ich, dass gerade durch diese Klarstellung des eigenen Standpunkts eine kritische Analyse des Projekts und der darin enthaltenen Methodiken trotz allem von meiner Seite aus möglich ist.

1.3. Fragestellung

Da über die letzten Seiten hinweg schon ein kurzer Überblick über die thematische Einbettung der vorliegenden Arbeit gegeben wurde, scheint es nun sinnvoll, die zugrunde liegende Forschungsfrage anzuführen. Diese lautet:

Welche Standards und Methoden aus der partizipativen Projektarbeit, die zur Stärkung der capabilities Einzelner beitragen, wurden bei der Planung und Implementation des Integrationsprojekts „NACHBARINNEN in Wien“ angewandt?

Auf welche Weise funktionieren partizipativ geplante Projekte als Lernprozesse?

Als Unterforschungsfrage, die das Projekt in den österreichischen Kontext einbetten soll, soll Folgendes beantwortet werden:

Welche Formen von Partizipation und welche partizipativen Methoden können in den im Nationalen Aktionsplan für Integration formulierten Maßnahmen der österreichischen Integrationspolitik ausgemacht werden?

Diese Forschungsfragen sollen den Versuch reflektieren, mit Hilfe der vorliegenden Arbeit den Forschungsstand in Österreich in Bezug auf partizipative Möglichkeiten im Migrations- und Integrationsbereich zu erweitern. Bisherige Analysen und Evaluationen von Projekten, die sich ebenso der aufsuchenden Familienarbeit bedienen, stellen vor allem die Erreichung von fixierten Projektzielen in den Vordergrund und legen weniger Augenmerk auf die Teilhabe der betreuten Familien (vgl. beratungsgruppe.at 2007: 5ff).

1.4. Aufbau der Arbeit

Nach dieser Einleitung und der Darlegung des Untersuchungsgegenstandes der vorliegenden Arbeit erfolgt eine Einteilung in sieben weitere Kapitel.

Eine kurze Vorstellung des Nachbarinnen-Projekts erfolgt in Kapitel 2. In Kapitel 3 werden die theoretischen Grundlagen der Arbeit und die Begriffe Partizipation, Ermächtigung und Integration erläutert. Das Augenmerk liegt dabei sowohl auf der historischen Entwicklung der Konzepte als auch auf den Einsatzgebieten dieser. Weiters wird eine daraus resultierende Definition von Partizipation und Integration für die Arbeit vorgenommen. Kapitel 4 stellt das untersuchte Material und die Methoden zur Analyse dessen dar.

Es folgen zwei Kapitel zum Kontext des Projekts, wobei in Kapitel 5 die Integrationspolitik in Österreich thematisiert wird. In diesem Kapitel erfolgt ebenso die Analyse des Nationalen Aktionsplans für Integration. Auch die diesem zugrunde liegenden Konzeptionen von Integration und die Verteilung der jeweiligen Rollen von Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen im Bereich Integration sollen geklärt werden. Kapitel 6 behandelt die Methode der aufsuchenden Familienarbeit und führt Beispiele für partizipative Integrationsprojekte an. Die behandelten Beispiele können zu einer ersten Einschätzung von Effekten und Spielräumen partizipativer Integrationspolitik führen.

Die Beantwortung der Forschungsfragen geschieht schließlich in Kapitel 7, in dem die Analyse des Nachbarinnen-Projekts vorgenommen wird. Planungsphase, Lehrgang und der weitere Verlauf werden dabei auf partizipative Methodiken untersucht. Die Bewertung der Ergebnisse erfolgt durch die in Kapitel 3 vorgestellten theoretischen Annahmen. Zu Ende des Kapitels soll dargestellt werden, welche Lektionen aus dem Projekt gezogen werden können und welche Erkenntnisse zur Partizipation von MigrantInnen sich auch für andere Projekte ergeben. Im achten und letzten Kapitel werden abschließend die Ergebnisse auf theoretischer und politisch-programmatischer Ebene noch einmal zusammengefasst und die Arbeit reflektiert.

2. Das Projekt „NACHBARINNEN in Wien“

Im folgenden Teil sollen Voraussetzungen sowie grundlegende Prinzipien und der Verlauf des untersuchten Projekts kurz skizziert werden. Eine genauere Analyse der Ziele sowie die bisherige Chronologie des Projekts erfolgt im Kapitel „Analyse und Evaluation“.

„Das mache ich doch eigentlich schon längst“. Dieser Satz stand zu Beginn des Projekts „Nachbarinnen in Wien“ im Frühjahr 2012. So oder ähnlich könnte sich Gültaze Ekici geäußert haben, als Renate Schnee, Sozialarbeiterin im Stadtteilzentrum Bassena am Schöpfwerk, und Christine Scholten, Allgemeinärztin und dort als medizinische Beraterin tätig, fragten, ob sie sich vorstellen könne, im Zuge eines Projekts, angelehnt an die Arbeit der „Stadtteilmütter“ in Berlin, als muttersprachliche Begleiterin migrantische Familien, die bisher nur wenig Kontakt zum und Erfahrung mit dem wohlfahrtsstaatlichen System in Österreich sowie Schulen und Behörden hatten, zu beraten.

Gül Ekici ist eigentlich der Prototyp einer Nachbarin, die Bezeichnung für jene Frauen, die im Projekt als Beraterinnen tätig sind. Sie kam selbst mit sechzehn Jahren aus der Türkei nach Wien und hatte anfangs mit großen Schwierigkeiten sowohl im sprachlichen Bereich zu kämpfen als auch dabei, sich im österreichischen Schulsystem zurecht zu finden. Über die unterschiedlichen Nachbarschaftszentren an ihrem Wohnort, dem Wiener Schöpfwerk, begann sie sich schließlich über Deutschkurse und Bildungsmöglichkeiten in Österreich zu informieren. So absolvierte sie zuerst eine Studienberechtigungsprüfung und im Frühjahr 2013 ein Studium für Soziale Arbeit. Vor allem aber begann Gül Ekici, sich immer mehr lokal zu engagieren und türkischsprachige Frauen, die ähnliche Ausgangssituationen wie ihre eigene hatten, zu Ämtern zu begleiten und zu ermutigen, Bildungs-, Freizeit- und Gesundheitsangebote wahrzunehmen, die von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden. All diese Erfahrungen von Gültaze Ekici wurden in die Konzipierung des Nachbarinnen-Projekts eingebracht, sie war in dieser Planungsphase auch aktiv beteiligt und lieferte die Informationen über häufige Problemstellungen von in Wien lebenden Familien mit Migrationserfahrungen (vgl. Ekici 2013).

So entstand die Grundidee des Projekts: Frauen mit Migrationserfahrungen erhalten dabei eine fundierte Ausbildung zur aufsuchenden Familienarbeit und werden mit Abschluss dieser beim Verein Nachbarinnen in Wien angestellt. In ihrer Tätigkeit beraten Nachbarinnen, beruhend auf ihren eigenen Erfahrungen, Familien mit gleicher Muttersprache. Gegründet wurde der Verein im Herbst 2012, Gül Ekici entschloss sich als Teilnehmerin den ersten Lehrgang zur Nachbarin zu besuchen und wurde Ende Juni 2013 vom Verein angestellt.

2.1. Zielgruppe

Als Zielgruppe wurden Familien mit Migrationserfahrungen, die entweder gerade erst nach Wien gezogen sind oder aber auch schon einige Jahre vor Ort leben und kaum Kontakt – weder zur Mehrheitsgesellschaft, noch zu wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen – haben, festgelegt. Im Fokus sind dabei vor allem jene Familien, denen es an Information über Teilhabemöglichkeiten, Ansprüche und Präventionsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit und Recht fehlt. Oft ist die Verbindung zu bereits bestehenden Angeboten, primär jenen der Stadt Wien, nicht vorhanden. Aufgabe der Nachbarinnen ist es somit, die „Komm-Strukturen“ (die, im Gegensatz zur aufsuchenden Arbeit, Beratung an einer zentralen Stelle anbieten und über die im Vorhinein schon das Wissen bestehen muss) der städtischen Angebote zu überwinden und durch die eigene Migrationserfahrung und Muttersprache Kontakte zu knüpfen. Familien werden von ihnen in öffentlichen Räumen, etwa auf Spielplätzen, vor Schulen oder bei Veranstaltungen im Wohnbezirk, angesprochen, Frauen und Männer ermutigt, ihre Erziehungsaufgaben aktiv wahrzunehmen, Hausbesuche angeboten und bei diesen die jeweils familienspezifische Situation und die Bedürfnisse identifiziert, um adäquate Beratung und Unterstützung zu leisten. Die Muttersprache hat dabei nicht nur eine Vernetzungsfunktion, sondern trägt ebenso dazu bei, einen gemeinsamen Austausch über Familienziele zu fördern, anstatt einen „Integrationsanspruch von oben“ zu stellen. Das Projekt ist für Wien vor allem deshalb neuartig, da nicht nur ein Bereich (etwa Gesundheit) durch mobile muttersprachliche Beratung abgedeckt wird, sondern erstmals versucht wird, einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen, der in der Lage ist, auf Einzelbedürfnisse einzugehen.

Momentan ist das Projekt allerdings noch auf den zwölften, zweiten und zwanzigsten Wiener Gemeindebezirk begrenzt, aus denen auch die Teilnehmerinnen des ersten Lehrgangs stammen. Die

vorläufige regionale Spezialisierung erfolgte einerseits aufgrund des teilweise über 40 prozentigen Anteils an BewohnerInnen mit Migrationserfahrungen in diesen Bezirken (vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/grundlagen/daten.html>; Zugriff: 5.12.2013) und andererseits da, von Seiten der Projektleitung, schon Kontakte zu Nachbarschaftszentren und lokalen Beratungseinrichtungen bestanden und somit der Bedarf am Projekt abgeschätzt werden konnte.

2.2. Ziele

Ergeben hat sich diese regionale Aufteilung unter anderem aus dem Ziel, Familien über die sozial-räumliche Integration am Wohnort zu einer verstärkten Teilhabe in lokalen und alltäglichen Kontexten – wie etwa dem Kontakt zu LehrerInnen der Kinder, die Teilnahme an Sportangeboten oder der Inanspruchnahme von präventiven Gesundheitsberatungen – zu ermutigen und Kompetenzen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich zu fördern. Nachhaltige soziale Beziehungen unterschiedlichster Gruppen am Wohnort sollen dabei etabliert und erhalten werden.

Ein weiteres Ziel des Projektes stellt die Ausbildung von Frauen mit Migrationserfahrungen sowie die Möglichkeit einer stabilen, langfristigen Erwerbstätigkeit dar. Mit der im Voraus gesicherten Anerkennung des Lehrgangs durch das Arbeitsmarktservice soll gewährleistet werden, dass eine Anstellung und fixe Einbindung in den Arbeitsmarkt nicht nur über den Verein selbst, sondern auch bei anderen Institutionen, die ähnliche Ziele wie das Nachbarinnen-Projekt verfolgen, angeboten werden kann. Wissen und Fähigkeiten der auszubildenden Frauen sollen sowohl während der Ausbildung, insbesondere aber auch während ihrer Tätigkeit als Nachbarinnen, genutzt, anerkannt und gefördert werden.

Neben den genannten Zielen der sozialräumlichen Integration sowie der persönlichen und beruflichen Ermächtigung von MigrantInnen, kann aber auch die verwendete Methodik als Projektziel genannt werden. Die aufsuchende Familienarbeit in der jeweiligen Muttersprache – oft auch Case-Management genannt – soll einen Austausch auf gleicher Höhe zwischen den betreuten Familien und der Nachbarin bewirken, anstatt „von oben herab“ zu arbeiten. Konkret bedeutet dies, dass die Methode vorsieht, „maßgeschneiderte“ Pläne für jede einzelne Familie gemeinsam zu

entwickeln, weshalb Umfang und Inhalt einer jeden Einzel-Betreuung unterschiedlich sein können, sogar sollten. Die Wahl dieser Methode drückt eine Überzeugung aus, die die Migrationserfahrungen selbst als Basis für Integration sieht, anstatt Assimilation an eine angeblich homogene Gesellschaft zu fordern. Das Aneignen von Wissen über gesellschaftliche/rechtliche Voraussetzungen am Wohnort wird bei dieser Auslegung von Integration als Vorbedingung für das sinnvolle Erlernen und Anwenden der Sprache des Aufnahmelandes betrachtet (vgl. Fischer/Krainhöfner 2013a: 22ff.).

Zusammenfassend werden die Ziele in einem der ersten Informationsflyer über das Projekt erläutert:

„Chancen ermöglichen und Selbsthilfekräfte stärken, das ist, was wir mit dem Projekt bewirken wollen.“ (Flyer NACHBARINNEN in Wien)

2.3. Kurze Skizzierung des Projektverlaufs

Der eigentliche Beginn des Projekts kann mit der Ausbildung von 16 Migrantinnen ab Februar 2013, die von den Projektleiterinnen in Bewerbungsgesprächen ausgewählt wurden, in einem fünfmonatigen Lehrgang festgelegt werden. Die Finanzierung des Lehrgangs geschah durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und KonsumentInnenschutz (BMASK), zertifiziert wurde er vom AMS. Inhaltlich konzipiert wurde die Ausbildung von Evelyn Klein, die Erfahrung mit der Planung von (Universitäts-)Lehrgängen mitbrachte. Der Lehrgang wurde unterteilt in fünf Module, nämlich Bildung, Erziehung, Gesundheit, Soziales und Kommunikation, die Informationen zu den unterschiedlichen Versorgungssystemen enthalten und die Kompetenzen in diesen Bereichen ausbauen sollen und von Expertinnen in den jeweiligen Bereichen, die meisten von ihnen ebenfalls mit Migrationserfahrungen, unterrichtet werden. Neben dem Wissenserwerb zählten methodische Teile zu Sozialer Arbeit als Vorbereitung für die tatsächliche Arbeit als Nachbarin zum Curriculum.

Nach Beendigung des Lehrgangs wurde allen Teilnehmerinnen von der für Integration und Menschenrechte zuständigen Wiener Stadträtin Sonja Frauenberger ein Zertifikat verliehen, tags darauf wurden elf Frauen vom Verein als Nachbarinnen im Ausmaß von zwanzig Wochenstunden angestellt. Für die übrigen fünf ausgebildeten Frauen wurden teilweise Arbeitstrainings im

Sozialbereich organisiert, zwei Frauen hatten zu Ende der Ausbildung selbst eine andere Anstellung gefunden. Im September 2013 – zu Beginn des neuen Schuljahres – nahmen die Nachbarinnen ihre Tätigkeit auf, aufgeteilt in zwei regionale Teams. Jede Nachbarin absolviert Hausbesuche bei Familien und kann im Halbjahr etwa fünfzehn bis zwanzig Familien begleiten. Der konkrete Betreuungszeitraum einzelner Familien soll sich in etwa in diesem Bereich von sechs Monaten befinden, kann jedoch individuell unterschiedlich ausfallen. Neben der Betreuung werden Team-Treffen der Nachbarinnen abgehalten, die zur Reflexion und zum Austausch dienen sollen. Weiters ist angedacht, dass im Februar 2014 sechzehn weitere Frauen eine Ausbildung zur Nachbarin beginnen können (vgl. Fischer/Krainhöfner 2013b: 11ff.).

3. Theorie und Forschungsansatz

3.1. Transnationale Migrationsforschung

Gerade für ein Grundverständnis der Netzwerke und Beziehungen, die sowohl MigrantInnen als auch Mehrheitsgesellschaft kennzeichnen, empfinde ich transnationale Perspektiven als jene, die einer Realität mit globalen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten am meisten Rechnung tragen. Es gilt dabei vor allem, einen methodischen Nationalismus bei der Analyse von Integrations- und Migrationsphänomenen zu vermeiden, der Personen, ihre Handlungen und Beziehungen rein im Container der Nation wahrnimmt und analysiert und in der Folge transnationale Netzwerke und die Einbindung von Menschen in solche Netzwerke verkennt (vgl. Wimmer/Glick-Schiller 2002: 302).

Prinzipiell ist der Ansatz davon gekennzeichnet, dass Migrationen nicht als abgeschlossene Prozesse betrachtet werden, also als Wanderungen von A nach B, wobei alle Beziehungen zum Herkunftsort abgebrochen werden und der neue Wohnort alleiniger Mittelpunkt des Lebens und aller Aktivitäten ist. Im Gegenteil – transnationale Theorien gehen davon aus, dass MigrantInnen (ebenso wie die Aufnahmegesellschaft) auf unterschiedlichste Weise mit ihren Herkunftsorten und Communities, Freunden und Familienmitgliedern in anderen Staaten netzwerkartig verbunden sind. Transnationalität kann dabei äußerst unterschiedliche Formen annehmen und in diversen Intensitäten auftreten. Diese Merkmale mögen per se nicht neu für Migrationsprozesse sein, haben sich aber sicher in ihrem Ausmaß durch neue Kommunikationstechnologien durchaus verstärkt (vgl. Vertovec 2004: 2ff).

Vertovec etwa betrachtet mit einem transnationalen Fokus Veränderungen auf drei Ebenen: den politischen Rahmenbedingungen, den ökonomischen Entwicklungen und den Veränderungen im Habitus der Individuen (vgl. ebd.: 9). Für diese Arbeit ist insbesondere der letzte Aspekt, der die soziokulturelle Dimension darstellt, von Bedeutung:

„By way of conceptualising transnational experience through habitus, social scientists might better appreciate how dual orientations arise and are acted upon. Values, perceptions

and aspirations that may be grounded in a pre-migration setting get situated in relation to structural opportunities and constraints (including laws, bureaucracies, labour markets, patterns of racism and sexism) in post-migration settings.“ (ebd. : 22)

Das Habitus-Konzept Pierre Bourdieus eignet sich laut Vertovec im transnationalen Migrationskontext besonders, da es erlaubt, Dispositionen, die nicht immer komplett bewusst sein müssen, mit in einem spezifischen Kontext stehenden Taten zu verbinden (vgl. ebd.: 19). Die Vermittlung zwischen den angesprochenen Werten aus der prä-Migration und den Strukturen in Österreich als post-Migration ist für die vorliegende Arbeit sicherlich eine wertvolle Analysekategorie.

Einen weiteren Teil der Transformationen im Habitus bilden Gender-Relationen und Veränderungen innerhalb von Familien. Observationen, dass Migrantinnen durch eine Re-Konfigurierung ihrer Rolle innerhalb der eigenen Familie – etwa durch die Aufnahme von Erwerbsarbeit – klassische Rollenbilder innerhalb einer transnationalen MigrantInnen-Community verändern können (vgl. etwa Pessar/Mahler 2001: 16) sind für diese Arbeit ebenso relevant wie die transnationale Situation von Kindern zwischen einem lokalen Schulsystem im Aufnahmeland und den Perzeptionen von Eltern aus den Sendestaaten, wie Schule funktioniert und wozu sie nützt (vgl. Vertovec 2004: 15).

Es zeigt sich also, dass die transnationale Perspektive Stärken hat, wenn es um die Untersuchung von Veränderungen und Erfahrungen von MigrantInnen geht. Jedoch darf dabei die Realität nationaler Gegebenheiten im Migrationsbereich nicht vergessen werden. Seien es Gesetze, finanzielle und sachliche Unterstützungen oder Beratungseinrichtungen – sie alle werden auf der nationalen Ebene bestimmt und dies wird sich wohl voraussichtlich auch nicht allzu schnell ändern. Es wäre demnach naiv und sinnfrei, die gesamte Arbeit unter das Dach einer transnationalen Analyse zu stellen. Insbesondere jene Teile, die strukturelle Verhältnisse betreffen, können nur unter dem Licht nationaler Gesetzgebung gelesen werden. Trotz allem sind grundlegende Annahmen, die in dieser Arbeit getätigt werden, als aufbauend auf die Erkenntnisse der transnationalen Migrationsforschung zu lesen.

3.2. Demokratische Partizipation: das Konzept von Seyla Benhabib

Den theoretischen Hintergrund, in den diese Arbeit einzuordnen ist, bilden Theorien der politischen Partizipation in Demokratien. Ich möchte mich dabei vor allem an den Arbeiten Seyla Benhabibs orientieren, deren demokratische Partizipationstheorie mit feministischen Theorien und Postcolonial Studies verwoben ist. Dies wird verdeutlicht in ihren Diskussionen um die Fluidität der Grenzen zwischen Öffentlichem und Privatem in Demokratien (vgl. etwa Benhabib 1999: 60f) oder der Betonung, dass es nötig sei *„verschiedene Stimmen der Menschheit zu Wort kommen [zu lassen] und nicht bloß Erzählungen west-europäischen, weißen, protestantischen männlichen Zuschnitts“* (ebd.: 54). Eine Verortung dieser Arbeit in feministischen Ansätzen betrachte ich deshalb als sinnvoll, da sie dem Anspruch, universalistische Theorien aufzustellen zu müssen, entgegen wirken und alltägliche Handlungen Einzelner in ihre Analysen miteinbeziehen möchte (vgl. z.B. Kreisky 2004: 28). Vor allem aber führen feministische Theorien einen weiten Begriff von Politik ein – und damit auch davon, was Partizipation im politischen Sinne sein kann. Teilhaben und politisches Gestalten bedeutet eben nicht nur, bei Wahlen eine Stimme abzugeben, sondern kann ohne Frage auch auf Community-Arbeit und Engagement in der Zivilgesellschaft ausgeweitet werden.

Ein weiterer Grund, warum Benhabibs Werke – ich beziehe mich dabei insbesondere auf *„Kulturelle Vielfalt und Demokratische Gleichheit“* (Benhabib 1999) sowie *„The Rights of Others“* (Benhabib 2011) – für diese Arbeit unumgänglich sind, ist, dass sie sich explizit mit MigrantInnen in westlichen Gesellschaften beschäftigen. In diesem Kontext spricht Benhabib von *„kulturellen Gruppen“*, besteht jedoch darauf, nicht einem Kulturdeterminismus in die Falle zu gehen, der Menschen als ganz und gar von einer einheitlichen Kultur geprägt darstellt. Widersprüche, Kämpfe und Heterogenitäten von Kulturen müssen ebenso beachtet werden, wie die individuelle Art und Weise, wie Personen eine oder mehrere Kulturen für sich interpretieren und zu einem Teil ihres Identitätsprozesses machen.

Innerhalb einer von ihr entwickelten Diskursethik stellt Benhabib die Wichtigkeit der Teilhabe an den Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Normen (etwa in Form politischer Partizipation), gerade auch von MigrantInnen und Minderheiten-Gruppen, dar. Sie argumentiert, dass demokratische Gesellschaften in Grunddilemmata geraten, wenn sie MigrantInnen ausschließen, da

sie sich schließlich aus der Teilhabe des *demos*, also des Volks, begründen¹. Benhabibs Theorie verbindet auf diese Weise Moral, Ethik und Politik (vgl. Benhabib 2011: 14ff).

„Die Diskursethik darf nicht nur als eine Theorie verstanden werden, die den Standpunkt der formalen Gerechtigkeit artikuliert, sondern muß auch als Theorie moralischer Lernprozesse verstanden werden.“ (Benhabib 1999: 64)

Ich möchte argumentieren, dass Integrationsprojekte wie das hier vorgestellte, solche moralischen Lernprozesse darstellen.

Wie aus den vorangegangenen Ausführungen erkennbar ist, steht im Zentrum der Theorien Benhabibs der Widerspruch moderner demokratischer Gesellschaften zwischen den universalen Menschenrechten und politischen Partizipationsrechten, die auf territorialen Verständnissen von Staatsbürgerschaft beruhen:

„Obwohl die Demokratie eine Lebensform ist, die auf aktivem Konsens und Mitbestimmung beruht, wird die Staatsbürgerschaft eher aufgrund von passiven Zugehörigkeitsmerkmalen vergeben.“ (ebd.: 99)

Aus dieser grundsätzlichen Unvereinbarkeit ergibt sich für Benhabib ein Impetus, Bürgerschaft und Teilhabe als Rechte für MigrantInnen neu zu gestalten:

„The rights of foreigners and aliens [...] define that threshold, that boundary, at the site of which the identity of ‘we the people’ is defined and renegotiated, bounded and unraveled, circumscribed and rendered fluid. We are at a point in political evolution when the unitary model of citizenship, which bundled together residency upon a single territory with the subjection to a single administration of a people perceived to be a more or less cohesive entity, is at an end. [...] It does mean that we must be ready to imagine forms of political agency and subjectivity which anticipate new modalities of political citizenship.“ (Benhabib 2011: 178f.)

¹ Selbstverständlich gehören nicht nur MigrantInnen zur Bevölkerung, die von demokratischer Teilhabe in Form des Wahlrechts ausgeschlossen bleiben. Das selbe Dilemma könnte etwa auf Personen, die unter der Sachwalterschaft anderer Personen stehen ausgeweitet werden.

So können Personen in Demokratien nicht nur als Subjekte von Rechten gelten, sondern sich genauso als deren UrheberInnen ermächtigen (vgl. ebd.: 181). Diese neuen Modelle werden von Benhabib als Demokratische Iterationen bezeichnet, also Prozesse der Aushandlung von Rechten und Prinzipien auf unterschiedlichen Ebenen – so auch der Zivilgesellschaft und dem Lokalen – die per definitionem immer undefiniert und weiterverhandelt werden (vgl. ebd.: 179ff). Die Idee der Demokratischen Iterationen baut damit einerseits auf den Ausführungen von Jürgen Habermas zur deliberativen Demokratie auf. Andererseits werden diese erweitert um den mir nicht unwichtig erscheinenden Aspekt, dass das Ergebnis solcher Aushandlungen nicht immer Konsens sein muss, sondern konfliktive Meinungen als Ergebnisse ebenso relevant sind, zu einer demokratischen Gesprächskultur beitragen und Heterogenitäten unter den verhandelnden Personen aufzeigen (vgl. Benhabib 1999: 62).

Benhabibs Ausführungen beruhen immer auch auf der Annahme, dass gerade Migrationen die *scales* verändern auf denen politische Rechte verhandelt werden müssen. Dabei wird das Territorium des Nationalstaates weit überschritten, da Rechte von MigrantInnen sich oftmals nicht auf eine Staatsbürgerschaft am Wohnort rückbeziehen lassen, sondern aus den Internationalen Menschenrechten hergeleitet werden müssen (vgl. Benhabib 2011: 177). Wenn man nun diese Analyse von politischen Rechten auch auf gesellschaftliche Teilhaberechte und Informationen darüber erweitert, zeigt sich, warum in dieser Arbeit auch Ideen der Transnationalen Migrationsforschung aufgegriffen werden.

3.3. *Capabilities*

Schließlich möchte ich, um den handlungszentrierten Aspekt des Projekts zu untermauern, die Arbeit ebenso in den theoretischen Hintergrund des von Amartya Sen eingeführten und von Martha Nussbaum speziell auch für Gender-Differenzen weiterentwickelten Begriff der *capabilities* einbetten und diesen für Migrations- und Integrationsaspekte erweitern.

Bekannt geworden ist der Begriff in der Entwicklungsforschung vor allem durch die seit 1990 herausgegebenen Human Development Reports der Vereinten Nationen und den Human Development Index (vgl. Nussbaum 2011: 17 & Sen 2005: 159). Als *capabilities* werden darin die

Fähigkeiten von Einzelpersonen bezeichnet, „*what people are actually able to do and to be*“ (Nussbaum 2006: 49). Es handelt sich also um eine Theorie, die nicht nur Vorhandenes wahrnimmt, sondern auch die Möglichkeiten, Fähigkeiten oder Güter zu erreichen, miteinbezieht. Nussbaum bezeichnet dies als „lesen“ der konkreten Situationen, in denen sich Menschen (in diesem Fall im Entwicklungsbereich) befinden (vgl. Nussbaum 2011: 12).

Ursprünglich gedacht als alternativer Indikator im Entwicklungsbereich – anstatt etwa des Bruttoinlandsprodukts – und vor allem für die Armutsforschung entwickelt, halte ich das Konzept für ein äußerst adäquates, um sich auf einer theoretischen und empirischen Ebene mit MigrantInnen und deren Bewältigung von Hürden in der Mehrheitsgesellschaft auseinanderzusetzen. Zentral bei capabilities ist es, das Wohlbefinden, einen Faktor, der ebenfalls im Integrationsbereich nicht übersehen werden sollte, nicht etwa nur anhand ökonomischer und gesundheitlicher Indikatoren zu messen, sondern die Chancen, das eigene Wohlbefinden aus eigener Kraft zu verbessern auch einzubeziehen (vgl. Nussbaum 2006: 49f.). Dieser elementare Aspekt der capabilities-Perspektive nicht nur als theoretischer Ansatz, sondern auch als methodischer Rahmen zur Messung und Evaluation – „*the need for open valuational scrutiny for making social judgements*“ (Sen 2005: 157) – scheint mir besonders passend für die vorliegende Arbeit.

Wie auch Sen betont, liegt eine Stärke der Perspektive darin, dass sie auf unterschiedlichste soziale Ausgangslagen angewandt werden kann (vgl. ebd.: 157ff.). So findet sich etwa ein Ansatzpunkt, Capabilities auf Migrationsspezifika anzuwenden, in einem Beitrag von Des Gasper und Thanh-Dam Truong – beide tätig am International Institute of Social Studies in Den Haag – im Journal of Human Development and Capabilities (Gasper/Truong 2010).

Die AutorInnen verweisen darauf, dass – in Anlehnung etwa an Max Frischs berühmtes Zitat, man habe Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen – Migrationen eben nicht aus rein ökonomischen Push- oder Pull-Faktoren geschehen, sondern bewusste Handlungen von Menschen sind, auf denen auch die capabilities-Perspektive beruht. Im vorliegenden Zusammenhang der aufsuchenden Familienarbeit für Integration ist dabei vor allem wichtig:

„[C]apability concentrates on the opportunity to be able to have combinations of

functionings“ (Sen 2005: 154).

Zentral ist also, die *Möglichkeit* sich selbst zu ermächtigen und nicht, ob dies schon getan wurde. Vor allem aber, so argumentieren Gasper und Truong – und dies ist auch meine persönliche Motivation mich des capabilities-Ansatzes zu bedienen – erlaubt er es, die Handlungsmacht von Menschen zu betonen:

„[It includes] *a potentially richer picture of human agency in explanation and interpretation, with attention to the formation or suppression of capabilities to think and act.*“ (Gasper/Truong 2010: 341)

Dieser Fokus auf Handlungsmacht ist, wie ich meine, besonders adäquat in Einklang zu bringen mit den Theorien zu Partizipation und Integration, die dieser Arbeit zugrunde liegen. Der mir ebenso wichtige politische Aspekt des Ansatzes liegt darin, anzuerkennen, dass auch die Aufnahmegesellschaft durch Migrationen Einzelner verändert wird und sich mit eigenen Perzeptionen von Wohlfahrt und der Veränderung dieser auseinandersetzen muss. Dies bedeutet in den Worten Gaspers und Truongs also:

„*A capabilities approach refers, then, to real freedoms to achieve things that people have reason to value. The stress on freedoms reflects that this is a political conception, about judgements by a relevant community of which things it should respect and promote, rather than in most cases oblige or enforce.*“ (ebd.: 348)

Der letzte Satz, in dem die Rolle von Aushandlungen, die in Gemeinschaften um eigene Leitlinien stattfinden, betont wird, illustriert meiner Meinung nach besonders gut, wie der capabilities-Ansatz in einem Theoriegebäude ebenso mit demokratischen Iterationen Benhabibs in Einklang gebracht werden kann. Im Vordergrund steht nämlich, dass die Partizipation von MigrantInnen an Entscheidungen innerhalb der Strukturen einer Gemeinschaft ebenso wichtig ist, wie die Teilhabe an den Strukturen selbst. Der Ansatz trägt vor allem auch jener Tatsache Rechnung, die schon in den ersten Einführungen zu Partizipation erwähnt wurde, dass nämlich Möglichkeiten demokratischer und gesellschaftlicher Teilhabe zu einem großen Teil auch von der Fähigkeit, diese zu artikulieren, abhängig sind.

Eine Schwäche von capabilities liegt sicherlich darin, dass sie die strukturellen Prozesse, in die Fähigkeiten von Einzelnen schließlich eingebunden sind, zu wenig analysieren können (vgl. Sen 2006: 156). Daher möchte ich den Ansatz in Kombination mit anderen Theorien als Analysegebäude verwenden.

Zusammengefasst ist die Arbeit theoretisch begründet in Ansätzen, die die Anliegen von MigrantInnen transnational erfassen und deren Rechte daraus ableiten; die den ständigen Austausch und die Re-Definition gesellschaftlicher Normen zwischen Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen als elementar für Partizipation erfassen; sowie solchen, die Fähigkeiten, Möglichkeiten und Lernprozesse in den Vordergrund stellen. Dabei werden die Fragen *wer spricht, wie, wo und mit wem* sich diese Personen demokratisch artikulieren können und *welcher Mittel* sie sich dabei bedienen, abgedeckt. Dazu kommen die theoretischen Ansätze zu Partizipation und Integration, die im Folgenden erläutert werden und die gemeinsam mit den drei vorgestellten Theorien gewissermaßen das theoretische Gerüst, innerhalb dessen die Textbausteine ein Ganzes bilden, darstellen.

3.4. Partizipation

Partizipation ist eines jener Konzepte, die schon seit einigen Jahren nicht mehr aus der EZA wegzudenken sind. Neben Nachhaltigkeit und Gender-Ausrichtung ist es wohl eines der meistgenannten in der Projektarbeit und den Calls for Proposals der nationalen, bi- und multilateralen Entwicklungsagenturen (vgl. Hickey/Mohan 2004: 5). Welche Ansätze von Partizipation über die Jahre hinweg entwickelt wurden, wie diese in der Praxis Einsatz fanden und vor allem auch wie wir heute und hier dieses Konzept fassen und nützen können soll Gegenstand des folgenden Unterkapitels sein.

3.4.1. Welche Partizipation? Ein politisch-normatives Verständnis für die vorliegende Arbeit

Bezogen auf die vorangegangenen Theorien, insbesondere jene von Seyla Benhabib, möchte ich hier eine Definition von Partizipation in der vorliegenden Arbeit bieten.

Der mir wohl wichtigste Punkt ist es, Partizipation nicht als reines Methodenpaket etwa für die EZA zu fassen, sondern explizit den politischen Aspekt zu betonen, der Formen demokratischen Ausdrucks und der BürgerInnenschaft meint. Dazu ist es nötig, Herangehensweisen aus der politischen Partizipationsforschung mit jenen aus der EZA zu kombinieren. Das Ergebnis ist somit ein Verständnis von Partizipation, in dem das Wissen und die Erfahrungen von Bevölkerungsgruppen als Basis für die Artikulation von Rechten gilt. Im Zentrum steht dann die Ermöglichung von Handlungsmacht, so dass Personen wahrgenommen werden als „*‘makers and shakers’ rather than as ‘users and choosers’ of interventions or services designed by others*“ (Gaventa 2004: 29). Dieses Zitat soll auch klarstellen, wer in partizipativen Prozessen meiner Auffassung nach inkludiert sein sollte – nämlich all jene, die ein Interesse an einer solchen Artikulation haben. Die Bevölkerung vor Ort steht dabei an allererster Stelle, aber auch Personen, die beruflich mit der jeweils betreffenden Thematik zu tun haben sowie im besten Falle VertreterInnen von regionalen und nationalen Regierungen und staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Gleichzeitig bedarf es eines gewissen Informationsstands, um überhaupt an partizipativen Projekten teilnehmen zu können, sei es nur darüber, dass diese existieren, oder auch darüber, auf welche Art und Weise und womit man sich selbst einbringen kann. MultiplikatorInnen zur Informationsverbreitung können dabei Teile der Bevölkerung sein. Andererseits ist anzumerken, dass kein Zwang zur Partizipation bestehen darf. Somit ist auch Partizipation nicht absolut inkludierend – wie für jeden anderen gesellschaftlichen Prozess gibt es hierfür Zugangsbedingungen sowie Meinungen, die hierarchisch über andere gestellt werden. Dies sollte jedoch nicht dagegen sprechen, zumindest den Versuch zu unternehmen, all jene, die an einer zivilgesellschaftlichen Kommunikation interessiert sind, zu inkludieren. Im wesentlichen fasse ich Partizipation also als Demokratische Iterationen, wie sie Benhabib beschreibt.

Weiters heißt es in meinem Verständnis von Partizipation im engen Sinne auch mehrere scales, also politisch-räumliche Handlungsebenen, miteinzubeziehen. In diesem Sinne verkörpert Partizipation für mich auch durchaus eine Eingebundenheit in Wirkungsräume und muss daher stets auf mehreren Ebenen agieren. Dies bedeutet, dass die nationale Ebene auch eine Rolle spielt, wenn auf der lokalen Ebene verhandelt wird. Die Wirkungsweise der unterschiedlichen Ebenen wird weiter unten noch eingehend erläutert. Wozu genau soll Partizipation, wie sie hier gefasst wird, nun also dienen?

Das Hauptaugenmerk von Partizipation liegt darauf, Orte zu generieren, innerhalb derer Personen in einem demokratischen Prozess aktiv an der (Um-)Gestaltung ihrer Umgebung teilnehmen können. Dies kann auf Projektebene geschehen, aber auch durch staatliche Institutionen in Kommunen, wie etwa den brasilianischen Gesundheitsräten (vgl. Coelho 2007: 38). Zentral für die Anwendung partizipativer Methoden ist es dabei, dass Personen ihre Meinungen kommunizieren und diskutieren – also demokratische Iterationen schaffen. Das Ergebnis muss dabei nicht immer Konsens sein. Es gilt durchaus zu realisieren, dass zwar unterschiedliche Auffassungen in der Gruppe vertreten sein können, teilweise auch solche, die von anderen als unterdrückend empfunden werden, jedoch nicht jede dieser Auffassungen am Ende in die Gestaltung des Projekts einfließen muss. Die Gruppe kann durchaus Entscheidungen treffen, die einige Grundsätze als besser als andere identifiziert (vgl. Benhabib 1999: 64).

Partizipation ist somit eine politische Praxis und eine normative Deliberation. Dieser Definition liegt die Überzeugung zu Grunde, dass es erforderlich ist, das Wissen der Gruppe einzusetzen, dabei allerdings nicht in eine „Authentizitätsfalle“ zu gehen, in der jede Art lokalen Wissens automatisch echter und besser erscheint (vgl. Mohan/Hickey 2004: 61f.). Welche Position sich auch immer aus den demokratischen Iterationen ergibt, elementar in partizipativen Prozessen ist, dass eine Art gemeinsame Verantwortlichkeit für partizipative Projekte entsteht:

„In terms of active citizenship, people adhere to decisions and share responsibility precisely because they have participated in the discussion rather than being ‘bound’ or ‘obliged’ by law.“ (vgl. ebd.: 65)

Des weiteren zeigen Studien, wie jene von Cornwall und Coelho über die Brasilianischen Gesundheitsräte, dass der partizipative kommunikative Austausch „Nebenwirkungen“ auf die Teilnehmenden hat: Die Bevölkerung tauschte Information untereinander aus (etwa über existierende Institutionen oder die jeweiligen Rechte, Dienstleistungen zu nutzen) und vertiefte diese. Dabei wurde auch Forderungen der Nachvollziehbarkeit der Flüsse von Steuergeld oder Spenden entwickelt. All dies führte im konkreten Fall dazu, dass sich BewohnerInnen eines Stadtteils als aktive BürgerInnen verstanden (vgl. Cornwall 2007: 162).

Neben all diesen Effekten, die partizipative Methoden auf die eingebundene Bevölkerung haben können, erscheint es mir nicht unwichtig, ebenso Stärken auf der Projektebene zu erwähnen. Jene Personen, an die spezifische Projekte gerichtet sind, sollen eben nicht nur in Planung und Zielsetzung involviert werden, sondern auch die Möglichkeit erhalten, aktiv an der Entwicklung von Instrumenten und Herangehensweisen mitzuarbeiten. Somit bieten partizipative Methoden den Vorteil, Projekte flexibel und nach Erfahrungswerten anpassen zu können, was zu einem zielgruppen-adäquateren Einsatz von Projektmitteln (in der englischen Literatur wird dies als *efficiency* bezeichnet) beitragen kann (vgl. DFID 2003: 7.1). Wenn Projekte in einer Vorreiterrolle eben diese *efficiency* aufzeigen, kann dabei auch eine Kritik an der neoliberalen Forderung nach einem schlankeren Staat formuliert werden. Anstatt wohlfahrtsstaatliche Zuwendungen aufgrund ihrer angeblichen Ineffektivität abzubauen, können partizipative Projekte als Beispiel dafür gelten, wie Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie momentan am meisten gebraucht werden:

„In both North and South, there is growing consensus that the way forwards is found in a focus on both a more active and engaged civil society which can express the demands of the citizenry, and a more responsive and effective state which can deliver needed public services.“ (Gaventa 2004: 27)

So sehr sich der Nutzen von Partizipation je nach theoretischer Ausrichtung in den letzten gut 70 Jahren verändert hat, so unterschiedlich war auch das Ausmaß und der Grad an tatsächlicher Teilhabe von BürgerInnen. Ich möchte hier auch dafür plädieren, dass Partizipation nicht nur ein Schlagwort sein sollte, um Projektfinanzierungen zu erhalten. Es gibt gute Gründe, die für den Einsatz partizipativer Methoden sprechen und es ist generell zu befürworten, dass Personen Veränderungen in ihrer tagtäglichen Umgebung aktiv mitgestalten können. Jedoch erscheint es mir kontraproduktiv, Finanzierungen nur noch dann zu gewähren, wenn die ansuchenden Projekte partizipative Elemente enthalten, da dies meiner Meinung nach dazu führen könnte manipulative Methoden der Einfachheit halber zu fördern, und somit solche Projekte, die sich um eine tiefergehende Partizipation bemühen, zu diskreditieren.

3.4.2. Ermächtigung und partizipative Methoden – Partizipation in der EZA

Eine Hand, die eine Füllfeder führt und auf einer weißen Oberfläche das Verb „partizipieren“ auf Französisch, beginnend mit „je participe“, dekliniert. Bis hin zur dritten Person Mehrzahl, die plötzlich „ils profitent“ heißt – sie profitieren. Dieses Poster, entstanden im Zuge der Pariser Studierendenbewegung 1968, steht zu Anfang des ersten einflussreichen Artikels zu Partizipation, wie wir sie heute verstehen. Er stammt nicht etwa aus den letzten zehn Jahren, sondern aus einer Zeit, in der die Entstehung des Posters mit dem „letzten Frühjahr“ datiert ist (Arnstein 1969: 216).

Nimmt man es genau, dann ist Teilhabe auch Ende der 1960er Jahre kein besonders neues Thema der Politischen Theorie gewesen. Ob bei Plato, Rousseau oder Montesquieu, die Frage, wie sich BürgerInnen an Politik beteiligen (und im Falle der oben Genannten wird dies nicht immer positiv oder gleichberechtigt demokratisch gesehen), gehört zu den Grundthemen der Politischen Theorie. Was sich jedoch mit dem Begriff von Partizipation, auf den ich mich beziehe, änderte, ist die Intention: Wer soll partizipieren und wozu? Diese Frage beantwortet Shelley Arnstein in dem schon zitierten Artikel „A Ladder of Citizen Participation“, der als die Gründungstunde der Partizipationstheorien, wie sie die EZA versteht, gelten kann.

„It is the redistribution of power that enables the have-not citizens, presently excluded from the political and economic processes, to be deliberately included in the future. It is the strategy by which the have-nots join in determining how information is shared, goals and policies are set. [...] [I]t is the means by which they can induce significant social reform which enables them to share in the benefits of the affluent society.“ (ebd.)

Der operative Begriff in diesem Zitat ist jener der *have-nots*. Ich möchte argumentieren, dass er nicht nur auf ökonomisches Nicht-Haben anzuwenden ist, sondern vor allem auf Zugang zu Informationen und Möglichkeiten, die eigene Umwelt zu ändern. Die *have-nots* besitzen die capabilities dazu, hatten jedoch noch nicht die Gelegenheit, sie einzusetzen.

Obwohl sich Arnsteins Typologie einer Leiter – beginnend mit der Nicht-Einbeziehung der Bevölkerung bis hin zu kompletter Kontrolle durch sie – auf Wohnbauprojekte in den USA zu Ende der 1960er bezieht, erscheint sie mir in ihrer grundsätzlichen Analyse, dass Partizipation viele Formen annehmen und unterschiedlichste Grade an Miteinbeziehung besitzen kann, immer noch höchst aktuell.

Ein Überblick über die nächsten Jahrzehnte der Partizipation in der Entwicklungsforschung kann diese Observation nur bestätigen. Hickey und Mohan etwa führen an, dass Formen der Partizipation in jeder Phase moderner Entwicklungspolitiken eine Rolle gespielt haben. Schon während der Kolonialzeit wurde Partizipation als eine Obligation gesehen, die eine geradlinige Entwicklung im Sinne des Fortschrittsdenkens innerhalb homogener politischer Einheiten fördern sollte. Einen ähnlichen Ansatz von Partizipation verfolgten auch US-amerikanische VertreterInnen der Modernisierungstheorien ab den 1960ern, hier stand Partizipation als BürgerInnenpflicht vor allem für die Stabilisierung politischer Systeme im Vordergrund².

Ab den 1970ern begannen TheoretikerInnen aus Süd und Nord alternative Entwicklungsstrategien vorzuschlagen, in denen Teilhabe nunmehr als Recht, anstatt einer Pflicht formuliert wurde. Partizipation könne dazu dienen, staatliche Strukturen von innen heraus anzufechten und Marginalisierungen sowie Hierarchien entgegen zu wirken³. Mit diesen Theorien wurde auch die Ebene, auf der partizipative Prozesse stattfinden sollten, redefiniert. Während Partizipation im modernisierungstheoretischen Sinne Teilhabe in den Institutionen des politischen Systems bedeutete, wurde nun die lokale Ebene und die zivilgesellschaftliche Sphäre wichtiger.

Schließlich wurde der Partizipations-Ansatz – ursprünglich als Alternative zur institutionalisierten Entwicklungspolitik gedacht – in den 1990ern auch von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und internationalen Entwicklungs-NGOs übernommen. Partizipation sollte dort ansetzen, wo Top-Down-Ansätze gescheitert waren und das Wissen von betroffenen Menschen vor Ort nutzen, um später kostspielige Interventionen zu vermeiden. Somit sollte Partizipation die Projektarbeit nicht nur effektiver machen, sondern ebenso die Kosteneffizienz erhöhen (vgl. Hickey/Mohan 2004: 6ff).

Heutzutage bedeutet Partizipation in der Praxis der EZA in den meisten Fällen eine Kombination von einzelnen Methodiken auf Projektebene, statt eines übergeordneten Konzepts, das theoretisch und methodisch definiert, was genau darunter zu verstehen ist. In ihrer theoretischen Ausrichtung stammen die Methoden sowohl aus der Aktionsforschung, die Handlungen als die Grundlage für

2 Als Beispiel für eine solche Konzeption von Partizipation kann etwa die von Gabriel Almond und Sidney Verba entwickelte „Civic Culture“ gelten, zu Partizipation darin vgl.: Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1989 [1963]): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park/London/New Delhi: Sage. 134ff.

3 Hierzu zählen etwa die Theorien von Paulo Freire oder Orlando Fals Broda; vgl. etwa: Fals Broda 2011: 85ff.

empirische Forschung verwendet, als auch epistemologisch aus Konzeptionen, die Wissen als eingebunden in historische und soziale Kontexte und damit in Veränderungen darin betrachten. Zentral ist dabei die Frage, für wen Entwicklung stattfinden soll, dementsprechend wird etwa von *women's development* oder *community development* gesprochen (vgl. Tandon 2011: 88f.). Es zeigt sich also, dass partizipative Ansätze immer sowohl ein normatives Ziel – jenen eine Stimme zu geben, die davor in Entwicklungsprojekten überhört wurden –, und technische Überlegungen zur Effizienz vereinen (vgl. UNDP 1997). Es ist dieses Zusammenspiel von Operativem und Normativem, das meiner Meinung nach zu einer langfristigen Etablierung des Konzepts in der EZA geführt hat.

Das bekannteste Beispiel partizipativer Methoden in der Entwicklungspraxis ist das Participatory Rural Appraisal (PRA), in dem EZA-PraktikerInnen gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung die natürliche Umwelt begehen und aufzeichnen, aber auch Fotos, Karten und Interviews zur Identifikation von Problemstellungen verwenden (vgl. Chambers 1994: 959). Aber auch deliberative Methoden, wie BürgerInnenräte, zählen zu den für die EZA relevanten Methoden im *democracy building*, ein Handlungsfeld, das immer mehr von Staaten des Südens selbst, teils mit finanzieller Unterstützung durch Entwicklungsorganisationen, betrieben wird (vgl. Cornwall/Coelho 2007: 2).

Der verstärkte Einsatz partizipativer Methoden in der EZA ab den 1990er Jahren wurde allerdings nicht immer von allen Seiten goutiert. Mitte des Jahrzehnts entstand eine Welle der Kritik an ihrem inflationären Einsatz, die speziell darauf abzielte, dass Machtstrukturen außer Acht gelassen würden und politische Aspekte wie die Emanzipation der Bevölkerung in den Hintergrund treten würden. Die wesentlichen Kritikpunkte, welche im Theoriekapitel schon erläutert wurden, fanden Einbindung in die partizipative Praxis der EZA, indem sich diese immer mehr an der BürgerInnenschaft der Zielgruppe orientiert.

3.4.3. Ebenen von Partizipation: Spaces & Scales

Es ist meine Überzeugung, dass Partizipation, neben einer Auseinandersetzung damit, wer handelt und in welchem politischen und/oder historischen Kontext dies geschieht, immer auch in Zusammenhang mit den realen geografischen, sozialen und politischen Räumen, in denen Partizipation stattfindet, gebracht werden muss (vgl. Kesby 2005: 2056). Dies ergibt sich schon daraus, dass Partizipation nun einmal auf der Teilhabe von Menschen beruht und diese – so lange es

sich nicht um digitale Partizipation handelt – einige Schwierigkeiten haben werden, gleichzeitig an mehreren Orten zu sein. Neben dieser praktischen Erklärung ist aber auch anzumerken, dass die meisten partizipativen Projekte eine spezifisch räumliche Komponente miteinbeziehen, egal, ob sie sich mit der Planung eines Gemeinschaftszentrums, eines ganzen Stadtteils oder eben mit sozialer Arbeit vor Ort beschäftigen. Vor allem wenn MigrantInnen Zielgruppe von Partizipation sind, erscheint es logisch, neben einer lokalen auch die nationale, auf der Gesetze über diese Gruppe verabschiedet werden, und die transnationale Ebene, die durch Netzwerke und Kommunikationsmittel prägend ist, miteinzubeziehen. Dabei können Gesetze analysiert werden oder die jeweiligen Formen, über die Information verbreitet wird, untersucht werden.

Ebenso muss Raum bei jeder Auseinandersetzung mit Ermächtigung und der Umverteilung von Macht mitgedacht werden, sowohl als Orte, an denen verhandelt wird, als auch als Bezug zum Handeln von Menschen (vgl. Cornwall 2004: 80ff.). Daher ist grundsätzlich in der Analyse zwischen *spaces*, die die konkreten Räume, innerhalb derer gehandelt wird, bezeichnen, und *scales*, die sich auf Ebenen, auf denen politisch gehandelt werden kann und auf denen sich Wirkungen messen lassen – quasi die strukturellen Aspekte – beziehen, unterschieden werden (vgl. Kesby 2005: 2059). Zur einfacheren Illustration: Wenn in einem Bezirk ein Jugendzentrum partizipatorisch geplant wird, dann ist der *space* nur der jeweilige Bezirk, der Grund auf dem gebaut wird, die Gestaltung der Räume im Zentrum; die *scale* jedoch, auf der darüber verhandelt wird, kann sowohl lokal als auch regional (z.B. über Förderungsfonds), national und transnational (etwa durch die Berichterstattung auf einer Website) sein.

Gerade in Zeiten des Internets und einer weltweit fast zeitgleichen digitalen Kommunikation haben sich die *scales*, innerhalb derer gehandelt werden kann, stark diversifiziert. Menschen auf der ganzen Welt können ihre Vorschläge zu Projekten einbringen und gemeinsame Partizipationsräume schaffen. Digitale Partizipation zu sozialen Fragestellungen ist sicherlich eine Thematik, die es in den nächsten Jahren noch zu einiger wissenschaftlicher Prominenz schaffen wird⁴.

Allerdings ist der *space*, in dem partizipative Projekte schlussendlich realisiert werden, meist auf einen lokalen Raum beschränkt, was jedoch nicht heißt, dass sich die Ergebnisse nicht auf andere *spaces* auswirken:

4 So beschäftigt sich unter anderem eine meiner Kollegin am Institut der Internationalen Entwicklung in ihrer Diplomarbeit mit diesem Thema, siehe dazu Kieblspeck, Hannah (2013): *Cyber Citizens – Politische Potenziale des Internets am Beispiel der Kampagnen-Plattform Avaaz*. Diplomarbeit, Universität Wien.

„[T]hose who participate in any given space are also, necessarily, participants in others; moving between domains of association, people carry with them experiences [...] that influence how they make use of their agency when they are invited to participate.“ (Cornwall 2004: 78)

„Klassische“ Partizipationsprojekte, die nicht etwa digital, sondern an einem konkreten Ort stattfinden, wie das vorliegende, konzentrieren sich dabei räumlich auf einen Punkt, an dem Treffen stattfinden und das Projekt verwirklicht wird, die *scale* jedoch kann neben dem direkten lokalen Einfluss auch andere Ebenen beinhalten. Finanzierungen oder Expertisen können zum Beispiel aus anderen Regionen, ja sogar Staaten kommen, gleichzeitig kann nur ein einziges lokales Projekt als Vorzeigemodell weit über Grenzen hinaus wirken (vgl. Dobbs/Moore 2002: 169). Solche Projekte können also gewissermaßen als ein ins Wasser geworfener Stein verstanden werden, der an einem Ort sinkt und dort den Mittelpunkt bildet, aber ebenso konzentrische Kreise bildet, die bis an weit entfernte Punkte den Impuls weitertragen.

3.4.4. Kritik an partizipativen Ansätzen

Partizipative Ansätze sind heutzutage in der EZA allgegenwärtig. Insbesondere der Umstand, dass ein ursprünglich aus alternativen Entwicklungskonzeptionen entstandenes Konzept zu Ende des letzten Jahrhunderts auch von den *big players* wie etwa der Weltbank übernommen wurde, führte innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinde zu einem gewissen Unbehagen. Es erscheint aber auch im Lichte der großen Anzahl der Publikationen zu Partizipation logisch und wichtig, das Thema kritisch zu betrachten.

Die wissenschaftliche Kritik äußerte sich schließlich in dem von Bill Cooke und Uma Kothari 2001 herausgegebenem Sammelband „Participation: The New Tyranny“ (Cooke/Kothari 2001). Dieser doch sehr zugespitzt formulierte Titel sollte die zugrundeliegende Kritik vermitteln:

„In sum, then, tyranny is the illegitimate and/or unjust exercise of power; this book is about how participatory development facilitates this.“ (Cooke/Kothari 2001: 4)

Zentral für Cookes und Kotharis Kritik sind demnach weniger methodologische Problematiken, als viel mehr die Analyse, dass der Einsatz partizipativer Methoden allzu oft Machtverhältnisse sowohl

innerhalb der teilnehmenden Gruppen als auch zwischen diesen und den externen EntwicklungsarbeiterInnen verschleierte. Ebenso würden Ungleichheiten, die auf einer strukturellen Ebene existierten, nicht adäquat adressiert, was zu einer fast apathisch unpolitischen Ausrichtung von Partizipation führe. Im Vordergrund steht dabei nicht eine Gegenposition zu „Partizipation“ zu schaffen, sondern kritische Perspektive auf die verwendeten Methoden zu bieten (vgl. ebd.: 14).

Diese Kritikpunkte sind, wie ich meine, durchaus wichtig und sollten bei jeder Beschäftigung mit Partizipation bedacht werden. Daher möchte ich kurz auf beide Kritikansätze eingehen, einerseits jenem der Verschleierung von Machtverhältnissen, wobei auch die Art, wie Wissen produziert wird, eine Rolle spielt, und andererseits jenem, dass Partizipation nur auf der Mikroebene wirken würde und daher unpolitisch sei.

Zum ersten Punkt ist anzumerken, dass er eine gewisse Validität besitzt. So argumentiert etwa auch Chambers, dass Partizipation manchmal schon bestehende Ungleichheiten verstärken kann. Es würden etwa oft jene Gegenden und Bevölkerungsgruppen von partizipativen Prozessen profitieren, die ohnehin schon eine starke Stimme besäßen, während etwa traditionell unterrepräsentierte Gruppen oder Stadtteile kaum gehört würden (vgl. Chambers in Cornwall 2011: 167). Jedoch fand nach der Veröffentlichung „Participation: The New Tyranny“ auch eine konzeptuelle Umorientierung von Partizipation statt, die ein Konzept von *citizenship* (was mit BürgerInnenschaft übersetzt werden kann) in den Vordergrund stellte (vgl. Mohan/Hickey 2004: 65).

Auch ich baue auf diese Definition von Partizipation auf. Ich möchte allerdings erwähnen, dass BürgerInnenschaft sich im vorliegenden Kontext nicht auf die österreichische Staatsbürgerschaft beziehen soll, sondern auf ein Recht – hergeleitet aus einem transnationalen Verständnis von Menschenrechten, wie es Benhabib formuliert –, am Wohnort, unabhängig davon, ob man nun BürgerIn des jeweiligen Staates ist oder nicht, an der Veränderung der Umwelt und den Bestimmungen darüber teilzuhaben. Im Gegensatz zu „traditionellen“ EZA-Projekten, die etwa mit der Idee eines Sanitärprojekts in einem bestimmten Dorf begannen und die genaue Zielsetzung dessen in partizipativer Weise aushandelten, geht es in den von Hickey und Mohan präsentierten Zugängen darum, Partizipation als Recht einer jeden Person zur Mitbestimmung zu verankern.

Dies steht eng im Zusammenhang mit Versuchen, demokratische Institutionen vor Ort zu etablieren – Räte, Komitees, Nachbarschaftsorganisationen –, die zuallererst in die Gemeinden hineingehen,

um dann Personen zu motivieren, sich selbst zu engagieren und schlussendlich die Institutionen zu übernehmen. In diesem Sinne wird Macht nicht als ein inhärent schlechtes Attribut gefasst – ohne Macht gäbe es wortwörtlich auch keine Ermächtigung! Diese Konzeption von Partizipation als Recht thematisiert somit Macht als etwas, das es umzuverteilen gilt und mit Hilfe dessen Veränderungen von unten geschehen können (vgl. Kesby 2005: 2040).

Nun ist es gewiss auch bei Partizipation als Ausübung von Rechten nicht ausgeschlossen, dass sich wiederum Personen engagieren, deren Stimme in der Gemeinschaft ohnehin stark gehört wird. Ich denke jedoch, dass durch eine sensible aufsuchende Arbeit und durch Komm-Strukturen darauf geachtet werden kann, so viele Meinungen wie möglich zu hören. Weiters muss angemerkt werden, dass es schwierig erscheint, bindende Strukturen zu schaffen, in denen wirklich jede Person gehört wird. Auf die Kritik, partizipative Projekte würden inhärente Machtverhältnisse verschleiern, kann demnach nur geantwortet werden, indem eine so sensibel und transparent wie mögliche Vermittlung und Kommunikation innerhalb von partizipativen Strukturen etabliert wird. Dann können alternative diskursive Institutionen auf lokaler Ebene durchaus auch zu einer Kontestation von staatlichen Diskursen führen (vgl. Barnes 2007: 243).

Solche lokalen Formen von aktiver Teilhabe der Bevölkerung sind meiner Meinung nach ebenso als Antwort auf den zweiten Kritikpunkt zu sehen. Dass Partizipation per se unpolitisch sei, ist für mich um einiges unverständlicher, als dass sie Machtverhältnisse ignoriere. Diesem Befund liegt nämlich eine Konzeption des Politischen zu Grunde, die sich rein auf eine Makroebene von politischen Institutionen bezieht. Die alltägliche Arbeit sowohl innerhalb dieser politischen Institutionen, aber auch in der Zivilgesellschaft wird dabei entpolitisiert.

Allerdings ist die Misskonzeption hier nicht nur, Politik bloß auf der Makroebene verankert zu sehen, sondern auch die Annahme, gesellschaftliche und politische Ebenen seien voneinander komplett abgekapselt. Partizipative Methoden mögen zuallererst an der Mikroebene ansetzen, dies bedeutet aber nicht, dass sie keine Kritik an strukturellen Voraussetzungen beinhalten. Ich würde sogar so weit gehen zu argumentieren, dass den allermeisten partizipativen Projekten auch der Wunsch zu Grunde liegt, nachhaltige strukturelle Veränderungen einzuleiten. Warum soll es auch nicht möglich sein, Ergebnisse, die aus Praktiken auf der lokalen Ebene resultieren, in Politiken auf der nationalen und internationalen Ebene zu inkorporieren? Fallbeispiele haben etwa gezeigt, dass

Einzelpersonen, die in ihrer nächsten Wohnumgebung in partizipativer Weise ermächtigt wurden, auch bereiter dazu sind, rechtliche Veränderungen zu fordern und zu gestalten (vgl. Dobbs/Moore 2002: 168).

Diese Argumentation der Nachwirkung auf mehreren Ebenen wird auch im Sammelband „Participation: From Tyranny to Transformation“ von Samuel Hickey und Giles Mohan vorgestellt (Hickey/Mohan 2004), der als Reaktion auf Cooke und Kothari erschien und explizit eine Re-Politisierung von Partizipation begründet. Als zentral für die darin vorgestellten Thesen kann gelten, dass das Konzept Partizipation – wie schon in der Antwort auf den ersten Kritikansatz beschrieben –, das bis dahin eher eine Ausrichtung als „Methodenhandbuch“ für die EZA besaß, hier nunmehr als allgemeines Recht auf BürgerInnenschaft verstanden werden kann (vgl. Hickey/Mohan 2004: 12).

Eine Art und Weise, wie sich darin der explizit politische Aspekt von Partizipation äußern kann, wird von Williams mit der Aufdeckung von politischen capabilities argumentiert:

„[P]olitical capabilities provide the set of navigational skills needed to move through political space, and the tools to reshape these spaces where this is possible.“ (Williams 2004: 95)

Relevant ist diese Auslegung von Partizipation für das hier thematisierte Projekt, da erstens der Fokus auf der Vermittlung und Stärkung von Fähigkeiten liegt. Zweitens ist er gerade deshalb als politisch zu betrachten, weil es um eine langfristige Ermächtigung von bisher ausgeschlossenen Personen geht, anstatt einer momentanen Involvierung in ein Einzelprojekt. Politisch ausgerichtete Partizipation behält schon durch ihre Ausrichtung auf das Recht der Bevölkerung auf Teilhabe politische Makrostrukturen im Auge. Deshalb sollte auch jede Analyse von Partizipation den politischen Zusammenhang, in dem diese steht, nicht außer Acht lassen:

„[U]nderstanding the ways in which participation relates to existing power structures and political systems provides the basis for moving towards a more transformatory approach to development; one which is rooted in the exercise of a broadly defined citizenship.“ (Hickey/Mohan 2004: 5)

Eben diese Konzentration auf BürgerInnenschaft definiert Partizipation per se immer politisch, sie hat schließlich zur Aufgabe, Menschen zu ermutigen, gemeinsam Veränderungen von politischen Strukturen zu schaffen und ein Recht auf diese Veränderungen zu formulieren. Was Partizipation

jedoch unpolitisch machen kann, ist eine Anwendung, die komplett aus dem gesellschaftlichen, sozialen und staatlichen Kontext herausgerissen stattfindet. Es ist daher die Aufgabe von all jenen – und dies inkludiert auch mich –, die sich wissenschaftlich mit dieser Thematik beschäftigen, die kontextuellen Einbettungen ebenfalls in den Fokus zu nehmen.

Es zeigt sich also, dass trotz aller durchaus gerechtfertigter Kritik an partizipativen Ansätzen und den Schwächen, die diese aufweisen können – das teilweise fehlende Adressieren von Kontexten, die Verschleierung von Hierarchien innerhalb partizipativ agierender Gruppen –, die Lösung nicht sein kann, den Ansatz komplett zu verwerfen.

Ich möchte argumentieren, dass es möglich ist, durchaus auch durch das Aufzeigen von und der Auseinandersetzung mit den genannten Schwächen, mit partizipativen Methoden effektive Arbeit zu leisten. Der Preis dafür, die aktive Teilhabe und Mitbestimmung von in ein Projekt involvierten Personen aufzugeben, weil die Methode in manchen Fällen nicht die erwartete Wirkung zeigt, scheint mir zu hoch. Am Ende ist dieser Punkt für mich einer der spannendsten an partizipativen Projekten: Dass man eben nie genau voraussagen kann, wie das Endprodukt aussieht.

Weiters illustriert die Debatte über Partizipation den Wert von Kritik: Hätten Cooke und Kothari nicht beinahe das Ende partizipativer Ansätze beschworen, wäre es vielleicht nicht zu einer derart starken Auseinandersetzung darüber gekommen, was Partizipation neben einer Bündelung von Methoden theoretisch bedeuten und wie sie auch normativ ausgerichtet sein kann. Erst die Kritik konnte zu einem meiner Meinung nach wichtigen Plädoyer für Partizipation als politisch ausgerichtetes Projekt führen.

3.5. *Integration*

In diesem letzten theoretischen Teil soll nun noch das politische Handlungsfeld Integration, das den Hintergrund des Nachbarinnen-Projekts bildet, erläutert werden. Dabei möchte ich zuerst kurz auf die wissenschaftlichen Debatten zu Integration eingehen sowie ein Verständnis des Begriffes in dieser Arbeit klären.

3.5.1. *Theorie der Integration: Begriffsgeschichte und -verwendung in der vorliegenden Arbeit*

Während das Wort Partizipation nur langsam von einer starken wissenschaftlichen Beschäftigung auch in ein Alltagsverständnis getragen wird, ist Integration ein in beiden Bereichen wohl allgegenwärtiger Begriff. Dies bedeutet allerdings bei weitem nicht, dass es sich dabei um ein klar abgegrenztes oder gar unumstrittenes Konzept handelt.

Ein Überblick über die wissenschaftliche Geschichte des Integrationsbegriff zeigt, dass damit unterschiedliche Konzeptionen über die Rolle des Staates verbunden werden. Die erste wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Konzepten von Migration und Integration fand etwa durch die Chicago School in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts statt. Robert Park, ein dieser Schule zugehöriger Autor, sah MigrantInnen als vorerst abgegrenzt von der Aufnahmegesellschaft lebende Individuen, die sich über einen *race-relations cycle*, über mehrere Generationen hinweg, langsam akkulturieren und schlussendlich assimilieren würden⁵. Dieser Auslegung der gesellschaftlichen Aufnahme von MigrantInnen liegt die Annahme zugrunde, dass innerhalb der Aufnahmegesellschaft keine Heterogenitäten existieren. Es ist ein Konzept, das von einer homogenen Nation ausgeht, an die es sich zu assimilieren gilt und bildet ein klassisches Beispiel für den unter anderem von Wimmer und Glick-Schiller kritisierten methodologischen Nationalismus in der Migrations- und Integrationsforschung (vgl. Wimmer/Glick-Schiller 2002: 316f.).

Auch in Europa herrschten ähnliche Standpunkte vor: Bis zum Ende des zweiten Weltkriegs wirkten die Nationalismus-Strömungen des 19. Jahrhunderts nach, deren Zweck schließlich die Errichtung

⁵ Wie das Wort *race* im Übrigen suggeriert, wurde nicht nur die Assimilation von MigrantInnen in einem derartigen Zyklus verstanden, sondern etwa auch die von AfroamerikanerInnen und JüdInnen, also all jenen Gruppen, die nicht einer Konzeption der weißen Mainstream-USA entsprachen.

homogener „Kulturnationen“ war, als zugehörig galten jene, die sich mit dieser identifizierten (vgl. Heckmann 2005: 11). Assimilation war auch in der vorherrschenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung die einzige Option:

„Throughout the world civic education had become equated with lessons in patriotism. People were envisioned as each having one nation-state and to belong to the world people were thought to require a national identity. The social sciences neither investigated nor problematized this assumption but took it for granted.“ (Wimmer/Glick-Schiller: 318)

In Europa wurde nach Ende des Zweiten Weltkriegs – der der Welt nunmal auch das grauenvolle Gesicht von Bestrebungen nach Homogenität gezeigt hatte – auch durch die Bewegung der Menschenrechte der Begriff Assimilation stark vermieden (vgl. Heckmann 2005: 11) und MigrantInnen, besonders im Falle Österreichs und Deutschlands, ohnehin meist unter dem Begriff „AusländerInnen“, die sich nur temporär in Staaten aufhielten, verhandelt. Integration wurde somit methodologisch unter den Tisch gekehrt (vgl. Fassmann 2008: 1). In den USA begannen WissenschaftlerInnen zeitgleich die Idee eines *melting pot* zu hinterfragen. Unter anderem durch den Einfluss der Bürgerrechtsbewegungen, innerhalb derer die kulturelle Entität der Nation als überholt enthüllt wurde, begannen Auffassungen von kulturellem Pluralismus wissenschaftlich Fuß zu fassen. Diese wurden schließlich nach 1989 auch in Europa immer populärer (vgl. Wimmer/Glick-Schiller 2002: 319).

Allerdings ist anzumerken, dass auch dieses Konzept des Multikulturalismus methodisch nicht unproblematisch ist. Generell möchte ich zwei mit einander zusammenhängende Kritikpunkte daran anmerken:

Erstens suggeriert das Stichwort Multikulturalismus eine gleichberechtigte Ko-Existenz mehrerer gesellschaftlicher Gruppen, die in der Realität so nicht gegeben ist. Das Konzept verdeckt Machtverhältnisse, die durchaus vorhanden sind, indem etwa trotz allem von einer dominanten Gesellschaftsformation ausgegangen wird, neben der andere, kleinere vorhanden sein „dürfen“ (vgl. Gruber 2010: 20f.). Es fehlt dem Konzept somit an einer Ausrichtung nach tatsächlicher Gleichheit zwischen MigrantInnen und Mehrheitsgesellschaft, indem von einem angeblich harmonischen Nebeneinander ausgegangen wird (vgl. Ager/Strang 2008: 174).

Zweitens, und dies wirkt meiner Meinung nach viel gravierender, ist die Fokussierung auf „Kultur“

besonders kritisch zu betrachten. Einerseits werden Kulturen selbst als homogen gefasst, andererseits werden Migrationen und insbesondere Integration kulturalisiert, indem MigrantInnen als einer einzigen Kultur zugehörig betrachtet werden und politisch und gesellschaftlich weniger als Individuen mit eigenen Identitäten gelten, denn als Mitglieder einer einheitlichen Kultur. Die Kulturalisierung von Migrationsgesellschaften schreibt implizit – durch die Identifizierung einer ursprünglichen Kultur, neben die sich durch Migration andere gesellten – den Assimilationsdiskurs fort:

„[Wir beobachten] *gesellschaftliche Prozesse, in denen bestimmte Gruppen, in diesem Fall eingewanderte Minderheiten und deren Nachkommen, auf Ethnizität, Religion oder Herkunft festgeschrieben werden. Man geht davon aus, dass die deutsche Gesellschaft einst ethnisch homogen war und erst durch die Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg multikulturell geworden wäre.*“ (Neubert/Roth/Yildiz 2013: 23)

Es erscheint tatsächlich nicht immer einfach, die Begriffe Integration und Assimilation theoretisch und im politischen Diskurs voneinander zu trennen. Man denke dabei etwa an die inzwischen fast legendäre Aussage des ehemaligen deutschen Innenministers Otto Schily, dass „*die beste Form der Integration [...] die Assimilierung*“ sei (zit. nach Sturm 2002). Der österreichische parteipolitische Diskurs ist bekannterweise noch stärker von solchen Standpunkten geprägt, so spricht FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky (der unter anderem auch für den Wahlspruch „Daham statt Islam“ verantwortlich ist) im Zusammenhang mit MigrantInnen von „kulturfernen Nationen“ und „Verdrängungswettbewerb“ (zit. nach Pöll 2011). Es ist im Lichte solcher Aussagen von höchster Wichtigkeit zu betonen, dass der Integrationsbegriff im wissenschaftlichen Verständnis, das auch dieser Arbeit zugrunde liegt, klar getrennt werden muss vom Assimilationsbegriff (vgl. Morales 2011: 20).

Eben solche wissenschaftlichen Werke, die Integration jenseits von Assimilation und Multikulturalismus fassen, existieren verstärkt seit Beginn des neuen Jahrtausends. So meint etwa der Journalist Doug Saunders:

„*We ought to abandon the word multiculturalism, as well as the word assimilation; both terms imply the existence of a monolithic, predefined culture that one either embodies or rejects. In real life, as we experience it in our homes, streets, workplaces and schools there is no fixed and immutable thing known as culture, but rather a varied and shifting set of practices built around a*

roughly agreed upon set of values and a collection of respected institutions.“ (Saunders 2012: 162)

Wie auch dieses Zitat betont, wird in der rezenten wissenschaftlichen Debatte vor allem Partizipation thematisiert und Integration somit – ähnlich den vorangegangenen Ausführungen von Partizipation – als Formulierung von Rechten und Zugang zu Ressourcen im Sinne einer BürgerInnenschaft gefasst. Als Beispiele für die Vertretung einer solchen Perspektive können etwa Morales/Giugni (2011) oder Leibetseder/Weidenholzer (2008) gelten. (Im Übrigen erlaubt es diese Auslegung von Integration auch, den Begriff auf marginale Gruppen jeder Art auszuweiten, so dass nicht nur MigrantInnen Ziel von Integrationsmaßnahmen sind.) Auch ich möchte mich in der Auslegung von Integration auf diese Perspektiven beziehen.

Zu allererst möchte ich dabei betonen, dass Integration von MigrantInnen, wie auch die genannten AutorInnen unterstreichen, vorrangig davon handeln sollte, in wie weit Rechte artikuliert und Leistungen in Anspruch genommen werden können. Im Vordergrund stehen hierbei langfristige Fragen von Macht und Ermächtigung, Integration kann somit als Prozess gefasst werden, in dem die schon erwähnten *political capabilities* nach Glyn Williams gestärkt werden:

„[T]his focus on political capabilities moves debate on because it takes questions of power seriously. [...] It should encompass longer-term political projects and reshaped political networks that embed within themselves a discourse of rights and a fuller sense of citizenship.“ (Williams 2004: 103)

Allerdings handelt eine solche Konzeption von Integration weniger von politischer Handlungsmacht innerhalb der Makro-Strukturen des politischen Systems, sondern meint das alltäglich Politische – wie etwa aktive Umgestaltung, aber auch die Inanspruchnahme staatlicher Dienstleistungen – vor Ort. Einerseits ist dieses Verständnis auf der lokalen Ebene verankert, wo vor allem auch ohne Staatsangehörigkeit größere Chancen bestehen, sowohl institutionell politisch aktiv zu werden, als auch in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden zu werden (vgl. Morales/Giugni 2011: 3). Außerdem soll Integration in dieser Arbeit sozialräumlich gefasst und analysiert werden. Im Wesentlichen heißt dies, dass die lokale Verankerung im Vordergrund steht und Menschen die Möglichkeiten besitzen und wahrnehmen können, am gesellschaftlichen Leben vor Ort teilzunehmen und dieses mitzugestalten. Dies ist insbesondere bei der Untersuchung der Systeme, innerhalb derer Kompetenzen entwickelt werden, vorteilhaft als auch dabei, die Misskonzeption zu

vermeiden, dass es eine homogene Gesellschaft gäbe, in die es sich zu integrieren gilt. Gleichzeitig meint sozialräumlich nicht, dass Menschen nur im Lokalen Fuß fassen können, ihre Identitäten könne auch aus transnationalen Zugehörigkeiten und Vernetzungen geschöpft werden (vgl. Biffl 2010: 6).

„[Moderne Gesellschaften] *lassen sich auch deshalb nicht als soziale Einheit begreifen, weil die Gesellschaft sich in viele soziale Systeme ausdifferenziert hat, die man als "gesellschaftliche Funktionssysteme" bezeichnen kann.*“ (Nohl 2008: 23)

Innerhalb dieser von Nohl identifizierten gesellschaftlichen Funktionssysteme nehmen MigrantInnen ebenso wie die Mehrheitsgesellschaft Rollen an – ob als SchülerInnen im Schulsystem oder PatientInnen im Gesundheitswesen. Integration heißt in diesem Sinne, die Funktionssysteme für MigrantInnen als NutzerInnen und AkteurInnen zu öffnen sowie zu gewährleisten, dass es MigrantInnen überhaupt möglich ist, diesen Zugang zu erlangen.

In einem sozialräumlichen Verständnis von Integration liegt der Fokus daher auf der Information über und der Nutzung sowohl staatlicher als auch zivilgesellschaftlicher Institutionen und Angebote vor Ort, so dass es möglich ist, ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben zu führen. In dieser Konzeption handelt es sich bei Integration nicht um eine „Einbahnstraße“. Neben dem Einsatz von MigrantInnen fordert sie auch jenen der Mehrheitsgesellschaft zur Herstellung integrativer Bedingungen (vgl. Daley 2007 : 166). Somit kann dieses Verständnis abgegrenzt werden von einer kulturalisierten Integrationskonzeption, die die Möglichkeiten gesellschaftliche Funktionssysteme zu nutzen als kulturell determiniert bestimmt und somit Personen ausschließt, die angeblich aufgrund ihrer Herkunft und ihrem kulturellen Hintergrund nicht in der Lage wären, sich zu integrieren.

3.5.2. Integration „messen“: Ager & Strangs Analyserahmen

Integration wird in dieser Arbeit als längerfristiger Prozess gefasst. Trotz allem erscheint es möglich, gewisse *outcomes* dieses Prozesses festzustellen. Als Orientierung dafür kann die von Alastair Ager und Alison Strang entwickelte Struktur zur Analyse von Integrationsmaßnahmen

herangenommen werden, deren Anspruch es ist, einen Untersuchungsrahmen zur Quantifizierung und Qualifizierung von Integrationspolitiken zu entwickeln. Dieser Rahmen besitzt eine explizit normative Ausrichtung, indem in einem partizipativen Entwicklungsprozess festgestellt wurde, welche Handlungsfelder die migrantische und nicht-migrantische Bevölkerung vor Ort als elementar für Integration empfindet (vgl. Ager/Strang 2008: 167).

Dabei wurden zehn Lebensbereiche herausgestrichen, die als Basis (Rechte), als Erleichterung (z.B.: soziale Beziehungen) oder Indikator und Mittel und Weg (z.B.: Schulsystem) zur Integration dienen können. So steht laut Forschungen Agers und Strangs etwa für MigrantInnen beim Thema Wohnen nicht die Qualität oder die Größe der Unterkunft an erster Stelle, sondern viel mehr die damit verbundenen sozialen Beziehungen. Eine „gute Nachbarschaft“ kann demnach sowohl ein Indikator als auch eine Erleichterung für integrative Maßnahmen sein (vgl. ebd.: 171). Zusammengefasst ergeben diese zehn Lebensbereiche schließlich ein vier dimensionales Gerüst, innerhalb dessen sozialräumliche Integration gemessen werden kann:

- 1) Zugang zum und Errungenschaften im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen,
 - 2) Voraussetzungen, Rechte und Verantwortungen im Bereich des Rechts und der Staatsbürgerschaft,
 - 3) Soziale Beziehungen zwischen und innerhalb der sozialen Gruppen in einer Gemeinschaft,
 - 4) Strukturelle Barrieren für die Etablierung solcher Beziehungen
- (vgl. ebd.: 170).

Entwickelt wurde das Konzept durch partizipative Feldforschung zur sozialräumlichen Integration von Flüchtlingen in zwei Bezirken Großbritanniens. Die Daten wurden so generiert, dass sowohl MigrantInnen als auch Mitglieder der autochthonen Bevölkerung ermutigt wurden, aus den eigenen Erfahrung vor Ort Indikatoren für Integrationsprozesse zu erstellen (vgl. Ager/Strang 2008: 168).

Eben diese partizipative Entwicklung aus der Praxis heraus unterstreicht, dass das Konzept besonders adäquat für die Analyse eines partizipativ geplanten Projekts ist. Vorteilhaft dafür ist außerdem der Versuch, auf individueller Ebene (und außerdem durchaus nicht nur für die Integration von MigrantInnen) zu untersuchen, welche Handlungsmöglichkeiten und capabilities

existieren. Auch die Konzentration auf die Integration in mehreren Bereichen, wie etwa Wohnen, Bildung und Gesundheitssystem, bietet sich für den Untersuchungsgegenstand der Diplomarbeit an. Der partizipative Ansatz von Integration, den Ager und Strang hier vertreten, illustriert das folgende Zitat. Es geht dabei sowohl um die Teilhabe von Personen der Zielgruppe als auch die Einbeziehungen vorhandener Organisationen vor Ort:

„Articulating rights thus defines the foundation of integration policy, to which governments are accountable. [...] [A]cknowledging rights raises the question of responsibilities. [...] [T]he government should lead, but successful integration depends on the contributions of all sectors of society, including public bodies, community and religious leaders, the education system, voluntary organizations, employers and trade unions.“ (ebd.: 175f.)

Unterstützt wird diese Betonung von mehreren Dimensionen und der Involvierung unterschiedlicher Personen auf Marko-, Meso- und Mikroebene bei der Messung von Integration unter anderem auch von Morales und Giugni. Abhängig sei Integration in deren Auffassung von *„the individual characteristics of migrants, their embeddedness in social (organizational) networks and the political opportunity structures of their place of residence (country and city)“* (Morales/Giugni 2011: 5). Es wäre prinzipiell möglich, auch diese drei Ebenen für eine Analyse heranzunehmen, da sie ähnliche Faktoren wie die vier Dimensionen von Ager und Strang darstellen. Jedoch ist Morales und Giugni Rahmen vor allem auf die Messung politischer Partizipation ausgerichtet und betont meiner Meinung nach zu wenig den Aspekt der BürgerInnenschaft von MigrantInnen.

Da allerdings die aktive Artikulation von Rechten Grundlage des Nachbarinnen-Projekts ist, ziehe ich das Framework Agers und Strangs jenem von Morales und Giugni für die Analyse vor.

3.5.3. Ebenen von partizipativer Integration im staatlichen Kontext

In all den vielfältigen Konzeptionen dessen, was Integration bedeuten kann und wie sie operiert, bleibt eine Tatsache immer unumstritten: Integration ist immer auch mit Örtlichkeit verbunden. So transnational die Kontexte sein mögen, in denen sich Menschen bewegen, ihr Aufenthalts- und/oder Wohnort kann de facto nur lokal sein. Daher muss das „Wo?“ von Integration im Endeffekt immer auch auf einer ganz konkreten lokalen Ebene stattfinden:

„Die übergeordnete Bundesebene kann Ziele und Strategien für Zuwanderung und Integration definieren; die operative Umsetzung geschieht aber im lokalen Raum. Die Kommune ist es, die identitätsstiftend wirkt, die Zugehörigkeit schaffen und das Gefühl einer neuen Heimat vermitteln kann.“ (Gruber 2010: 84)

Zu dieser vereinfachten operativen Umsetzung zählen vor allem auch partizipative Maßnahmen, da die Mobilisierung und gemeinsame Versammlung von MigrantInnen, zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und verantwortlichen VertreterInnen von Regierungen auf der lokalen Ebene leichter zu Stande zu bringen ist. Ebenso fallen viele der für sozialräumliche Integration relevanten Bereiche, wie sie bei Ager und Strang definiert werden (vgl. Ager/Strang 2008: 170) – z.B. Wohnen und Arbeitsmarkt –, in den Kompetenzbereich von Kommunen, die in einem relativ überschaubaren Bereich in der Lage sind, relativ schnell Schlüsse über das Funktionieren von Integrationsprogrammen zu ziehen (vgl. Penninx 2009: 9). Integrationspolitik kann auch deshalb als relevant auf der lokalen Ebene angesehen werden, da Stadtteile mit einem besonders hohen Anteil an migrantischer Bevölkerung auch zu jenen zählen, in denen insgesamt Wohn- und Infrastrukturen von einer niedrigeren Qualität sind. Dabei entsteht eine Segregierung innerhalb von Dörfern und Städten, die nicht nur ethnisch, sondern auch sozial gekennzeichnet ist (vgl. Halm 2010: 132f.). Eine lokale Integrationspolitik muss daher auch gleichzeitig Stadtentwicklungspolitik sein.

Dabei sollte jedoch durchaus beachtet werden, dass die lokale Ebene nicht alleine verantwortlich für Integration gemacht werden kann. Dies würde nämlich im Rückschluss bedeuten, dass Verantwortlichkeiten, die schlussendlich durch die Gesetzgebungsaufgabe auf der nationalen Ebene lasten, delegiert werden könnten. Es sollte demnach nicht jeder Schritt in der Entwicklung einer nachhaltigen und dauerhaften Integrationspolitik nur auf der kommunalen Ebene gemacht werden (vgl. Penninx 2009: 4).

Integration, wie sie in dieser Arbeit stets gefasst wird, bedeutet generell auch soziale Teilhabe. Allerdings muss eine soziale Perspektive längerfristig auch politische Rechte zur Partizipation enthalten – nämlich dann, wenn Integration als BürgerInnenschaft der zukünftigen Bevölkerung eines Staates gefasst wird. Auch dies ist Teil einer effektiven Integrationspolitik, auf der nunmal die

nationale Ebene gefragt ist:

„Political inclusion does not occur in a vacuum. Quite on the contrary, [...] it is likely to depend in important ways on the context and the political capital migrants can draw from it. The most obvious way in which this may occur is through effective integration policies by national or local governments.“ (Giugni/Morales 2011: 270)

Es muss daher garantiert werden, dass es MigrantInnen möglich ist, sowohl individuell als auch durch Gruppenrechte, politisch zu partizipieren. Gefördert werden kann dies durch das Existieren von politischen Möglichkeitsstrukturen (z.B. die relative Offenheit politischer Institutionen gegenüber neuen Gruppen) und dem öffentlichen Diskurs über Migration, Integration und MigrantInnen (vgl. Cinalli/Giugni 2011: 46). In einem österreichischen Zusammenhang bedeutet dies etwa, dass MigrantInnen und die zweite Generation eventuell kein Interesse an politischer Partizipation zeigen könnten, so lange zumindest am rechten Rand des politischen Spektrums Diskurse vorherrschen, die ihnen Gleichwertigkeit selbst auf rein menschlicher Ebene verwehren⁶.

In Österreich haben MigrantInnen aus so genannten Drittstaaten keinerlei Anspruch auf demokratische Teilhabe (vgl. Appelt 2008: 98), was die Frage von institutionellen Unterscheidungen aufgrund von Staatsangehörigkeiten in den Vordergrund rückt. MigrantInnen werden als Nicht-StaatsbürgerInnen im formalen politischen System marginalisiert oder gar ausgeschlossen (vgl. Penninx 2009: 6). Wie schon zu Anfang dieser Arbeit erwähnt, können solche Vorgänge als Exklusion von staatlicher Seite betrachtet werden, die sowohl auf Kämpfe innerhalb gesellschaftlicher Gruppen auf Teilhaberechte beruhen, als auch innerhalb der Gruppe von Nicht-StaatsbürgerInnen unterschiedliche Statussituationen hervorrufen (wie etwa die Unterscheidung zwischen EU-BürgerInnen und „Drittstaatsangehörigen“) (vgl. Mackert 1999: 207). Dass nun mal StaatsbürgerInnen demokratische Teilhaberechte besitzen und MigrantInnen nicht, wird in solchen Differenzierungsvorgängen als logisch transportiert:

„Der Ausschluss von Migranten von nationalen Staatsbürgerrechten [stellt] einen politisch und gesellschaftlich hart umkämpften Prozeß [dar], der selbst erklärungsbedürftig ist.“ (ebd.: 111)

⁶ Ein aktuelles Beispiel für einen solchen Diskurs sind etwa Plakate der FPÖ für den Nationalratswahlkampf 2013 in denen mit „Nächstenliebe“ geworben wird, die – aus Sicht der Partei – nur für autochtone ÖsterreicherInnen gelte. Vgl. dazu etwa: FPÖ wirbt mit „Nächstenliebe“ – für Inländer. In: Die Presse 13.8.2013. <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1441009/FPoe-wirbt-mit-Naechstenliebe-fuer-Inlaender>; Zugriff: 5.12.2013

Erklärungsbedürftig ist er schon deshalb, da Partizipationsrechte – wie Seyla Benhabib betont – nicht aus nationaler Gesetzgebung hergeleitet werden sollten, sondern ihren Ursprung in den Menschenrechten haben und daher per se transnational sind (vgl. Benhabib 2011: 168f.).

Immerhin zeigt ein aktuelles Beispiel, dass diese Scheinlogik von MigrantInnen selbst, aber auch von politischen Institutionen langsam hinterfragt wird. Am 10. Juni 2013 veranstaltete die Wiener MA 17 mehrere Diskussionsrunden zum Thema „Mitbestimmung von MigrantInnen“, eingeladen waren MigrantInnen-Organisationen aus ganz Österreich. Die Ergebnisse der Diskussionen mögen zwar momentan noch keinen Wandel – weder auf der kommunalen noch auf der nationalen Ebene – herbeiführen, können jedoch zumindest als Stimmungsbarometer herangenommen werden. So wurde etwa in der Diskussionsrunde „Wahlrecht und Staatsbürgerschaft“ – neben der Identifizierung vieler Hürden und dem Chaos der Zuständigkeiten zum Erlangen der österreichischen Staatsbürgerschaft – kritisiert, dass es paradox sei, das Wahlrecht von der Staatszugehörigkeit einer Person, auch nach längerem Aufenthalt, abhängig zu machen (vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/grundlagen/konferenzen/mitbestimmung/themen-ecke4.html>; Zugriff: 5.12.2013).

Auch die Kampagne „Pass Egal Wahl“ von SOS Mitmensch, bei der in Österreich lebende Personen, die nicht österreichische StaatsbürgerInnen sind, dazu aufgerufen wurden, bei einer Art „Simulationswahl“ kurz vor der Nationalratswahl 2013 ihre Stimme abzugeben, kann als aktuelles Beispiel für die Forderung nach politischer Partizipation unabhängig von Herkunft und Staatsbürgerschaft gelten (vgl. <http://www.sosmitmensch.at/site/home/article/646.html>; Zugriff: 5.12.2013).

Ebenso wurden Verknüpfungen von nationaler und kommunaler Ebene bei der MA 17-Veranstaltung im Panel „BürgerInnen-Beteiligung“ aufgegriffen. Gewünscht werden demnach Beteiligungsprojekte auf der lokalen Ebene und die Mitbestimmung im eigenen Grätzl. Aber auch „Wählen gehen“ wird als äußerst wichtige Maßnahme hierfür genannt (vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/grundlagen/konferenzen/mitbestimmung/themen-ecke3.html>; Zugriff: 5.12.2013), was das zu Anfang genannte Argument nur bestärkt: Soziale Teilhabe muss auf längere Sicht auch zu einem Recht auf politische Mitbestimmung führen. Ansonsten bezieht sich die Legitimation eines demokratischen Staats auf Dauer nur auf einen

geringen Teil seiner Bevölkerung.

Wie all diese Ausführungen schon betont haben, kann nur ein Zusammenspiel von lokalen und nationalen Ebenen zu einer gelungenen Integration führen. Politiken müssen nicht nur *bottom up* oder *top down* sein, viel mehr ergeben sie sich aus komplementären Rollen. Penninx trifft daher für diese Arbeit ins Schwarze, indem er die Funktion des Staates folgendermaßen definiert:

„National authorities should be involved in the framing of integration policies, providing general directions and ensuring that the principles underlying the integration policies have political legitimacy. [...] National policies, and for that matter also EU policies, should be much more facilitating (in terms of sharing knowledge and experience, providing resources) than prescribing.“
(Penninx 2009: 10)

Zusammengefasst kann demnach argumentiert werden, dass die lokale Ebene, mit ihrer Bündelung der Handlungsmöglichkeiten unterschiedlicher AkteurInnen und der Umsetzung nationaler Politiken in konkrete Programme als Erfahrungswert, Lernprozess und Beispiel für Integrationspolitiken auf staatlicher Ebene gelten kann (vgl. Cinalli/Giugni 2011: 61). Gerade Österreich ist für das Lernen aus kommunalen Erfahrungen beispielhaft. Schließlich gab es weit früher Integrationsleitbilder einzelner Städte und Regionen, als eines des Bundes (vgl. Penninx 2009: 8).

Es ist demnach auch kein Widerspruch, wenn partizipative Rechte aus der Transnationalität hergeleitet werden, Integration aber im wesentlichen auf der lokalen Ebene stattfindet und auf der nationalen geregelt wird. Im Gegenteil: Es entspricht dem Grundwesen der Demokratie, MigrantInnen, als wesentlichem Teil der Bevölkerung eines Staates, auch politische Teilhaberechte zu gewähren.

4. Methodik

4.1. Material

Als Analysegrundlage für die vorliegende Arbeit dienen, neben dem wissenschaftlichen Primärmaterial zu den Themen Integration und Partizipation, vor allem Dokumente des Nachbarinnen-Projekts. Zum einen sind dies Projektbeschreibungen, verfasst von der Projektleitung, die mir zur Verfügung gestellt wurden. Darin sind grundlegende Fakten zum Projekt zu finden sowie Beschreibungen der weiteren geplanten Schritte. Weitere Fakten werden aus den bisherigen Fortschrittsberichten über das Projekt, die ich gemeinsam mit einer Kollegin verfasst habe, entnommen. Darin sind quantitative und qualitative Daten (etwa in Form von Evaluationsfragebögen zu Ende des Nachbarinnen-Lehrgangs) zu finden, weiters enthalten sie die Dokumentationen der abgehaltenen Workshops. Auch Medienberichte, die von Jänner 2013 bis September 2013 in Print, Fernsehen und Internet erschienen sind, werden verwendet.

Zum anderen greife ich auch auf selbst erhobene Materialien zurück. Diese sind:

Ein Fragebogen, der noch vor Beginn des ersten Kurses an Gül Ekici verschickt wurde und eine Selbsteinschätzung ihrer Partizipation ab der Planungsphase des Projekts enthält.

Zwei ungefähr zwanzigminütige Interviews mit zwei Teilnehmerinnen des Lehrgangs, Rehab Kandil und Asha Osman, im Juni 2013, kurz vor dessen Ende. Sie wurden in narrativer Form gehalten und sollten einerseits die eigene Partizipation reflektieren, aber auch Erfahrungen mit der Projekt-Methodik aus der ersten konkreten Fallarbeit und der Teilhabe der betreuten Familien enthalten.

Ein Gespräch, das Kawther Abo-El-Eas und Sawsan Enan, zwei weitere Teilnehmerinnen des Kurses, im Zuge des Lehrgangs im April 2013 mit einem lokalen Beratungszentrum am Schöpfwerk führten. Ziel war es, sich selbst und die Arbeit der Nachbarinnen vorzustellen und zu erfahren,

welche Kooperationen mit den jeweiligen Beratungsstellen möglich sind. Sinn der Analyse dieses Gespräches ist es vor allem, eigene Einschätzungen der Nachbarinnen über ihre Arbeit zu erhalten. Das Gespräch wurde von mir aufgezeichnet.

Reflexionsgespräche über die Verwendung der ersten Begleitmaterialien mit den Familien und notwendige Weiterentwicklungen dieser Materialien, mit acht der Teilnehmerinnen des Lehrgangs im Juni 2013. Auch diese wurden in narrativer Form gehalten und von mir protokolliert.

Schlussendlich wird noch eine eigene Aufzeichnung der Abschlussrede von Stadträtin Sandra Frauenberger bei der Verleihung der Zertifikate für den Lehrgang analysiert. Interessant daran ist, dass Einschätzungen des Projekts durch die politische Umwelt, in der dieses arbeitet, geschehen. Selbstverständlich ist, dass alle beteiligten Personen ihre Erlaubnis zur Veröffentlichung ihrer Namen innerhalb dieser Arbeit erteilt haben.

Für die zu Ende vorgenommene Kontrastierung des Nachbarinnen-Projekts mit der österreichischen Integrationspolitik und die Darstellung bereits existierender Projekte dienen Veröffentlichungen des Staatssekretariats für Integration, des Bundesministeriums für Inneres und der Statistik Austria, beziehungsweise Berichte der jeweiligen Projekte, als Ausgangsmaterial. Sie werden kritisch anhand der Methoden zur Evaluation, wie sie im Folgenden dargestellt werden, untersucht.

Die Auswahl des Materials ist vor allem in Zusammenhang damit zu sehen, dass für die Analyse eines Projekts, das in Österreich das erste seiner Art darstellt, nicht auf wissenschaftliche Untersuchungen der Projektmethode zurückgegriffen werden kann. Es ist daher nötig, diese selbst zu betreiben. Um das partizipative Element des Projekts zu beurteilen, war es mir ebenso wichtig, verschiedene Stakeholder dieses zu ihrer Involvierung und ihrer Einschätzung der Effekte des Projekts zu befragen. Ziel von Partizipation ist es schließlich, das Wissen von Personen im Projekt als relevant für die wissenschaftliche Arbeit anzuerkennen. Die Tatsache, dass partizipative Methoden nicht nur ein praktisches sondern auch ein normatives Element enthalten, macht es daher auch möglich, sie als Werkzeuge für eine Bewertung beziehungsweise Evaluation heranzuziehen.

4.2. Partizipation „messen“

Partizipation kann nicht generell als vorhanden oder nicht vorhanden gemessen werden. Es ist jedoch möglich, qualitative Aussagen über den Einsatz von Partizipation und die Art und Weise der verwendeten partizipativen Methoden in einzelnen Projekten zu machen. Schließlich soll diese Arbeit gerade hier einen Beitrag leisten. Dabei gilt es für den konkreten Fall zu beantworten, *welche* Formen Partizipation annimmt, *wer* daran beteiligt ist, *wozu* sie überhaupt dienen kann und *wie* die Daten zur Evaluation dessen erhoben werden (vgl. z.B. Chambers 2011: 165).

Um von meinen theoretischen Untersuchungen und Ausführungen hin zu einer Einschätzung des Projektes zu gelangen, werde ich – zu einem großen Teil auch als Analyse der Dokumente und Gespräche – Methoden zu partizipativem Monitoring und Evaluation (kurz PM&E) aus der Praxis der EZA verwenden. Die Analysen von Marisol Estrella und John Gaventa bieten hierfür einen guten Ausgangspunkt. Estrella und Gaventa betrachten PM&E quasi als „Methodenpaket“ für fünf spezifische Anwendungsgebiete, die jeweils wieder eigene Methoden nutzen, um Daten für Evaluationen zu generieren. Darunter finden sich ebenfalls solche, die in meine empirische Arbeit eingeflossen sind, etwa teilnehmende Beobachtung und Interviews (vgl. Estrella/Gaventa 1998: 8f.). Von den fünf von den AutorInnen identifizierten Anwendungsgebieten – Wirkung des Projekts, Projektplanung und Projektmanagement, Stärkung der Organisationsstruktur und Lernen innerhalb von Institutionen, Betrachtung aus Stakeholderperspektive sowie öffentliche Rechenschaftspflicht und Policies (vgl. ebd.: 6ff.) – werden insbesondere die ersten drei für meine Einschätzungen zu Partizipation im Projekt von Relevanz sein, wobei auch die anderen beiden inhaltlich angeschnitten werden. Es geht dabei darum, mit Hilfe partizipativer Methoden, wie Gruppengesprächen und Workshops, zur erörtern, wie die Zielgruppe des Projekts dessen Wirkungen einschätzt und welche Veränderungen von ihnen vorgeschlagen werden.

Der Vorteil der Anwendung dieser Methodik liegt meiner Meinung nach in dem Anspruch, mit Hilfe von PM&E nicht bloß Ziele zu messen, sondern auch Lernmöglichkeiten und Verbesserungen auf höheren Ebenen aufzuzeigen. Die Techniken versprechen ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit je nach evaluiertem Gebiet, eine Eigenschaft, die für ein Projekt, das stark auf die individuelle Weiterentwicklung von Fähigkeiten abzielt, unabdingbar ist. Sie stärken somit den Einfluss von

Projektteilnehmenden auf andere politischen Ebenen:

„PM&E is regarded not only as a means of holding project beneficiaries and programme recipients accountable, but also as a way for project participants and local citizens themselves to monitor and evaluate the performance of donor and governmental institutions.“ (ebd.: 12)

Einen weiteren Ansatzpunkt für eine qualitative Evaluation bietet die schon kurz vorgestellte Typologie Arnsteins von 1969. Die Autorin schlägt eine Leiter mit acht Sprossen vor, wobei jede für einen gewissen Grad von Partizipation in einem Einzelprojekt steht. Ganz unten steht das Konzept der Manipulation sowie der Behandlung wie in „Therapie“, wobei das Ziel nicht ist, Personen tatsächlich zu beteiligen, sondern nur für den Anschein in Komitees unterzubringen, in denen sie keinerlei Entscheidungsmacht oder Mitspracherecht besitzen, beziehungsweise innerhalb derer ihnen von „SpezialistInnen“ suggeriert wird, welche Probleme existieren und wie diese zu lösen seien. Die weiteren Sprossen sind Information und Konsultation, quasi die ersten Schritte hin zu einer partizipativen Einbindung. Auf diesen Ebenen muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Kommunikation nicht asymmetrisch verläuft und wiederum nur ExpertInnen zu Wort kommen. Auf diese Sprossen folgen Prozesse von Beschwichtigung, worunter Arnstein die Beteiligung einiger weniger ausgewählter Personen in Planungskomitees versteht, sowie Partnerschaft, wo es schon zu einer ersten Verteilung von Macht hin zur Bevölkerung kommt, die tatsächlich in Planungsaktivitäten in gemeinsamen Räten eingebunden ist. Am obersten Ende der Leiter stehen die Delegation von Macht an Nachbarschaftskomitees und die Kontrolle durch die Bevölkerung (vgl. Arnstein 1969: 219 ff.).

Durch die äußerst detaillierten Beschreibungen Arnsteins zu jeder Sprosse der Partizipationsleiter kann eine erste Einordnung des Ausmaßes an Teilhabe erfolgen. Sie ist vor allem bei einer groben Einordnung des Engagements von Projekten für und mit partizipativen Methoden hilfreich und wird gewiss in Kapitel drei Einsatz finden. Jedoch erscheint es sinnlos, Partizipation zu evaluieren, ohne dabei selbst partizipativ vorzugehen. Um ein gesamtheitliches und von allen Seiten beleuchtetes Bild über die Teilhabe in Projekten zu erhalten, erscheint es daher notwendig, eingebundene Personen in die Datengenerierung über partizipative Projekte einzubinden. Hierfür werden

Konzepte aus dem PM&E benötigt.

Laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) sollen partizipative Evaluationen vor allem die Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht aller Beteiligter für ein Projekt stärken und so schnellere und zielsicherere Reflexionen, Interventionen und Lektionen ermöglichen (vgl. UNDP 1997). Neben dieser funktionalen Dimension steht jedoch auch die Art und Weise der Erhebung der Daten bei PM&E im Mittelpunkt, was ebenso die Beantwortung der Frage, wer partizipiert, impliziert:

„[C]itizen evaluation [is] an opportunity both for fact-finding, and for pursuing an empowerment strategy for people in neighborhoods. In short it's mandate [is] not only research, but also advocacy and democracy.“ (Kotz 1981: 45)

Es wäre ja auch paradox, die Partizipation innerhalb eines Projekts messen zu wollen, ohne dabei jene, die partizipiert haben, zu involvieren und deren Erfahrungen weiterzuverarbeiten. Allerdings gilt es zu unterscheiden, ob Monitoring und Evaluation mit partizipativ generierten Daten, aber einer Analyse von außen geschieht, oder ob der gesamte Prozess durch beteiligte Personen erfolgt (vgl. Estrella/Gaventa 1998: 6). Der Vorteil der zweiten Methode besteht darin, dass somit komplette Kontrolle durch die Beteiligten besteht, die erste jedoch ermöglicht es, einen Blick von außen auf das tägliche Projektgeschehen zu werfen. In beiden Fällen sollten die jeweiligen Perspektiven der Zielgruppe, der Ausführenden, der GeldgeberInnen miteingebracht werden. In der Praxis werden meist Teile der Evaluation unter reiner Kontrolle der Beteiligten ausgeführt – etwa die Überprüfung der gesetzten Ziele – während andere gemeinsam mit externen ExpertInnen geschehen (vgl. ebd.: 19f.). Eine solche Kombination findet auch im hier thematisierten Projekt statt.

Besonderes Augenmerk gilt im PM&E den verwendeten Methoden. Neben „regulären“, wie etwa Interviews, Fokusgruppen, Projektdokument-Analysen und teilnehmenden Beobachtungen, spielen dabei auch visuelle und aktionsbetonte Methoden eine Rolle (vgl. ebd.: 33). Zweck letzterer soll es sein, Ergebnisse und Indikatoren zu erhalten, die etwa aus Statistiken nicht herauslesbar wären:

„[A]pproaches, which involve groups as well as individuals, and elements which are visual and

tangible, can encourage and enable people to express and analyse aspects of life and conditions which they most likely would not otherwise reveal.“ (Chambers 2007: 27)

Es geht in gewissem Maße also auch darum, sensibel mit den Informationen, die Menschen über sich und ihre Umgebung preis geben, umzugehen und anzuerkennen, dass Beteiligte und externe Personen oft unterschiedliche Problemstellungen identifizieren.

Zu solchen greifbaren Methoden kann die Begehung einer Region ebenso gehören, wie ein Rollenspiel über eine typische Betreuungssituation; aber auch das Kleben von Stickern für Kinder, wenn Ziele erreicht wurden, oder das Zeichnen von Diagrammen etwa über die Personen in einem Haushalt und deren jeweilige Position (vgl. ebd.: 12ff.). Sie vereinen meist quantitative und qualitative Aussagen und können bestimmend für die Auswahl spezifischer Zielsetzungen und Indikatoren zur Erreichung der Projektziele sein (vgl. Estrella/Gaventa 1998: 28). Dass schon die generelle Zielsetzung partizipativ erfolgen kann, erscheint mir als sinnvoller Grund dafür, Evaluationen von Partizipationsprojekten laufend (also Projekt-begleitend) durchzuführen, anstatt bloß eine Kontrollevaluation nach Projektende anzufertigen.

Es zeigt sich, dass Partizipation nicht nur auf eine einzige Weise gemessen werden kann. Es ist sowohl nötig, unterschiedliche Methoden und Dokumente zur Analyse heranzuziehen, als auch zu untersuchen, wer in ein Projekt involviert ist und in welchem Ausmaß dies geschieht. Für die Projektanalyse in Kapitel fünf ist es nicht möglich, nur einen Evaluationsansatz heranzuziehen, viel mehr können die hier vorgestellten interpretativen, partizipativen und kategorisierenden (wie die „Leiter der Partizipation“) Analysen in Kombination einen Rahmen dafür bilden.

Schlussendlich möchte ich noch anmerken, dass es, wann man in ein Projekt involviert ist, wie es bei mir der Fall ist, von Nöten ist, den eigenen Standpunkt zu reflektieren und klarzustellen. Obwohl ich mich selbstredend bemühen werde, eine kritisch-analytische Haltung zu bewahren, habe ich gewiss ein Interesse daran, das Projekt in einem doch positiven Licht darzustellen, da ich auch aus meinem akademischen Hintergrund heraus der Überzeugung bin, dass es sich hierbei um eine wertvolle Erweiterung in der Projektlandschaft Österreichs handelt. Ich bin im Übrigen davon

überzeugt, dass wissenschaftliche Arbeiten zu politischen Themen durchaus auch einen subjektiven Charakter haben dürfen und diesen auch vertreten sollen, um wirklich zu Debatten, die sich mit der (Neu-)Aushandlung von politischen Begrifflichkeiten wie Integration beschäftigen, beitragen zu können.

Durch das Augenmerk auf die hier beschriebenen partizipativen Analysen des Projekts, möchte ich nicht nur meine persönliche Perspektive sprechen zu lassen, sondern vor allem der Einschätzung der beteiligten Nachbarinnen eine Stimme zu geben. Daher wurden auch Interviews und Aufzeichnungen der Workshops als Analysematerial ausgewählt. Ein Augenmerk lag darauf, die Interviews in narrativer Form zu führen, so dass vor allem die persönliche Perspektive der Nachbarinnen an erster Stelle steht und die Erzählung nicht durch vordefinierte Fragestellungen und Fokussierungen zu verfälschen. Anhand der Aufzeichnungen konnten auf diese Art und Weise Aussagen der Frauen gefunden werden, die Zugänge zum Projekt beschreiben, eine Einschätzung der eigenen Arbeit im Projekt beinhalten und auch Kritik enthalten. Die am Projekt beteiligten Frauen sind nun einmal Zielgruppe, Werberinnen und Spezialistinnen des Projekts und sollen durch diese Herangehensweise den Hauptfokus meiner Untersuchungen bilden.

5. Kontext: Integrationspolitik in Österreich

Integration ist kein automatisierter Vorgang, sie benötigt aktives Engagement von Seiten der Aufnahmegesellschaft ebenso wie von MigrantInnen. Gerade dies ist der Grund, warum auch Partizipation über die letzten Jahre hinweg immer mehr zu einer Thematik der Integrationspolitik wurde. Schließlich bedeutet Integration in ihrer einfachsten Wirkungsweise für den Staat eine Entscheidung über die Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft und für die – zumindest formale – Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen. In diesem Kapitel soll daher dargestellt werden, wie sich der Forschungsstand zu Partizipation historisch entwickelt hat und wie Integration, Partizipation und Ermächtigung zum momentanen Zeitpunkt in der Praxis von Integrationsleitbildern sowie in einzelnen Projekten zusammengebracht werden.

5.1. Historischer Überblick – Von der GastarbeiterInnenpolitik zur partizipativen Integration?

Generell kann festgestellt werden, dass die Geschichte des Integrationsbegriffes auch damit verbunden werden kann, wie unterschiedliche Staaten mit der Tatsache der Migration historisch umgegangen sind. Während in den USA, die sich klassisch als Einwanderungsland verstanden, die Chicago School schon ab den 1920ern den Begriff der Integration wissenschaftlich zu deuten versuchte (vgl. Wimmer/Glick-Schiller 2002: 316), war die Forschung in Deutschland und Österreich lange davon bestimmt, dass MigrantInnen eher unter der Begrifflichkeit „AusländerInnen“ oder „GastarbeiterInnen“ verhandelt wurden. Solche Bezeichnungen legten nahe, dass diese Personen sich nicht auf Dauer im Land aufhalten würden und daher für die Gestaltung der Gesellschaft keine relevante Rolle spielten (vgl. Nohl 2008: 15). Die Beschäftigung mit Integration hat daher die Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft als Migrationsgesellschaft zur Voraussetzung. In der zweiten Republik wurde etwa bis in die 1970er Jahre hinein, als viele der ehemaligen GastarbeiterInnen schon langjährig in Österreich lebten, Migration als Handlungsfeld der Arbeitsmarktpolitik gehandhabt; erst ab Mitte der 1980er Jahre rückte die Niederlassung und damit auch Integration verstärkt auf die politische Agenda (vgl. Perchinig 2009: 233f.).

Gesellschaftlich nachhaltige Integrationsmaßnahmen müssen auch heute noch einige Hürden überwinden, die Tatsache, dass Österreich nun einmal Ziel vieler MigrantInnen ist, ist bei weitem

noch nicht in allen Köpfen angekommen.

Die österreichische Politik gegenüber den verstärkten Migrationsströmen ab Mitte des 20. Jahrhunderts war also lange Jahre geprägt von den Nachwehen der „GastarbeiterInnen-Programme“ der 1960er Jahre.

Zentral war die Ansicht, dass Migration grundsätzlich in das Kompetenzspektrum der Arbeitsmarktpolitik fallen sollte, da diese die Anwerbung und Anstellung von MigrantInnen regelte. Das „Ausländerbeschäftigungsgesetz“ von 1975 kann als Illustration dieses Standpunkts dienen, da es zur Intention hatte, den Aufenthalt von MigrantInnen nur so lange zu regeln, wie diese auch einer Beschäftigung nachgingen. Implizit war die Erwartung also, dass sich MigrantInnen nicht dauerhaft in Österreich niederlassen würden. Erst 1993 fand der Begriff Integration mit dem „Fremdengesetz“ durch die Ausrichtung „Integration statt Neuzugang“ Eingang in den politischen Diskurs, vier Jahre später wurde das Fremdenrecht hin zu einer Regelung des langfristigen Aufenthalts novelliert – unter dem Namen „Integrationspaket“. Ab Anfang 2000 wurde dieses durch „Integrationsvereinbarungen“ erweitert, die im wesentlichen Verpflichtungen von Seiten der MigrantInnen einforderten, etwa obligatorische Deutschkurse. Schließlich kam es 2005 zu einer Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes – vor allem, da die österreichischen Gesetze durch den Vertrag von Amsterdam an Normen der Europäischen Union angepasst werden mussten. Dieses sollte insbesondere die Situation jener MigrantInnen verbessern, die schon länger in Österreich niedergelassen waren, wurde aber, soweit möglich, nur den Unions-Mindestanforderungen gerecht (vgl. Perchinig 2009: 236f. & Appelt 2008: 93f.).

All diese Gesetze und Gesetzesänderung transportierten nicht nur inhaltlich, dass Integration Sache der MigrantInnen sei, dies zeigt sich durchaus auch in der titelgebenden Wortwahl. MigrantInnen wurden als AusländerInnen oder Fremde bezeichnet, was eine Funktion als „Störfaktoren“ in der Gesellschaft impliziert (vgl. Perchinig 2009: 240). Eine Veränderung dieser Ausdrucksweise kann prinzipiell erst mit der Gründung des Staatssekretariats für Integration 2011 festgemacht werden, das in seinem Leitbild Integration zumindest sprachlich als getragen von „*der Mehrheitsgesellschaft und Migrant/innen gemeinsam*“ (Staatssekretariat für Integration o.J.: 3) definiert. Es wird noch aufgezeigt, inwiefern diese Formulierung im Nationalen Aktionsplan für Integration auch faktisch in Handlungsbedarf übersetzt wird.

Mit der Einführung eines Staatssekretariats wurde Integration also zumindest als Politikagenda auf nationaler Ebene verankert. Angebote und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Migration wurden jedoch über Jahre hinweg hauptsächlich an zivilgesellschaftliche Organisationen delegiert. Diese lokal arbeitenden Organisationen konnten langsam Früchte tragen und führten somit zu einer pragmatischeren Ausrichtung, vor allem von Seiten der Gemeinden und Bundesländer, gegenüber Integration (vgl. Güngör 2009: 14). Das Resultat waren Integrationsleitbilder und regionale Maßnahmen, die von einzelnen Städten und Bundesländern schon lange vor der Gründung des Staatssekretariats formuliert wurden. Im Folgenden sollen zwei davon näher erklärt werden.

5.1.1. Beispiel eines Integrationsleitbilds: Wien

In Wien konnte schon Anfang der 1990er Jahre mit der Gründung des Wiener Integrationsfonds und der Schaffung der Funktion der Integrationstadträtin alleine sprachlich der Wandel weg von „AusländerInnenpolitik“ beobachtet werden (vgl. Struppe 2008: 104f). Im Jahr 2004 wurde das Thema Integration auch mit einer eigens zuständigen Magistratsabteilung versehen, die ein eben solches Integrationsleitbild formuliert, das in seiner Intention nicht unähnlich einem partizipativen Integrationsverständnis ist:

„Wir alle sind Wien. Integration ist ein Prozess, der sowohl für die Aufnahmegesellschaft als auch für die ZuwanderInnen mit Aufgaben und Herausforderungen verbunden ist, und auf Gleichberechtigung und Chancengleichheit abzielt.“ (ebd.: 108)

Als wesentliche Handlungsfelder identifiziert das Wiener Integrationskonzept Sprache, Bildung und Arbeit, Zusammenleben sowie Messbarkeit, was prinzipiell als sozialräumliche Konzeption verstanden werden kann. Allerdings ist die MA17 nicht immer als übergeordnete Stelle für Maßnahmen in diesen Bereichen zuständig. Die meisten Aktionen erfolgen über Einzelprojekte, die entweder der Magistratsabteilung unterstehen oder Förderungen von ihr erhalten (vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/projektarbeit/>; Zugriff: 5.12.2013). Zwar gibt es fünf „Regionalstellen“ der MA17, um aber flächendeckende Integrations- und Orientierungsangebote zu leisten, wäre es wohl vonnöten zentrale Stellen in jedem einzelnen Bezirk zu errichten sowie ein gesamtheitliches, teils aufsuchendes, teils auf Komm-Strukturen basiertes, Management zu

etablieren, das einen langfristigen Wegweiser für MigrantInnen und Mehrheitsgesellschaft von Tag eins anbietet.

5.1.2. Beispiel eines Integrationsleitbilds: Vorarlberg

Nach Wien ist Vorarlberg mit 19,9% der Bevölkerung das österreichische Bundesland mit dem höchsten MigrantInnen-Anteil (vgl. Österreichischer Integrationsfonds 2011b: 9). Wohl auch deshalb ist die Integrationspolitik auf Ebene des Bundeslandes dort schon relative lange verankert, im Jahr 2001 wurde die Projektstelle „okay.zusammen.leben“ gegründet, die sich der Entwicklung und dem Ausbau von Integrationsangeboten und -projekten verschrieben hat und vom Land Vorarlberg gefördert wird (vgl. <http://www.okay-line.at/deutsch/okay.zusammen-leben/okay.zusammen-leben/>; Zugriff: 5.12.2013). Im Jahr 2010 wurde ein Integrationsleitbild des Landes beschlossen, das – trotz der allein räumlich komplett unterschiedlichen Vorbedingungen als stark rural und kleinstädtisch geprägt – dem Wiener Konzept in vielen Punkten ähnelt. So werden auch hier Grundrechte und gemeinsam ausgehandelte Werte als Basis formuliert, Handlungsebenen sind ebenso Sprache und Bildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Soziales und Gesundheit, Zusammenleben und Partizipation sowie Kultur und Religion (vgl. Amt der Vorarlberger Landesregierung o.J.: 25.). Dies ist eine sprachlich etwas erweiterte Konzeption, meint jedoch im Grunde genommen die gleichen Strategien wie im Wiener Fall. Das konkrete Verständnis dessen was unter Integration zu verstehen sei, wird dabei folgendermaßen formuliert:

„Die gesellschaftlichen Institutionen können den Integrationsprozess beschleunigen und die Integrationskraft der Gesellschaft stärken, indem sie sich über ihre Vorstellungen verständigen und Angebote zur Verfügung stellen, die Benachteiligungen entgegenwirken und das 'Empowerment' der Einzelnen unterstützen. [...] Nicht Herkunft oder Kultur, sondern die gemeinsame Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung sind die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zugewanderte und Einheimische sind ebenso wie die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen gefordert, Verantwortung für Integration zu übernehmen.“ (ebd.: 21f.)

Es zeigt sich also, dass dieses Leitbild ebenso auf einem sozialräumlichen Verständnis beruht und Partizipation sowie Ermächtigung als Faktoren für eine erfolgreiche Integration wahrnimmt.

Allerdings fehlt, ebenso wie in Wien, die tatsächliche gesamtheitliche Koordinierung eines praktisch begleitenden und langfristigen „Integrationswegweisers“. Die Projektkoordination und Förderung ist an die Stelle okay.zusammen.leben delegiert und auch diese hat ihren Sitz nur in Dornbach. Sie bietet zwar Seminare für Gemeinden an (vgl. okay.zusammen.leben 2011: 10f.), jedoch fehlt es an lokalen Beratungsstellen zur operativen Umsetzung der im Leitbild festgesetzten Ziele. Es kann daher kaum von einer Kundenorientierung im Vorarlberger Integrationsmanagement gesprochen werden.

Wie diese Beispiele gezeigt haben, stellen Integrationsleitbilder sicher erst den Beginn eines umfassenderen Prozesses der Beschäftigung mit und Förderung von Integrationsmaßnahmen dar. Sie sind jedoch alleine durch ihren symbolischen Wert – der im spezifischen österreichischen Kontext vor allem auch eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Migration darstellt – von höchster Wichtigkeit. Auch der Sozialwissenschaftler Kenan Güngör betont, dass neben der strategischen Ebene dieser Leitbilder ihre Entwicklung alleine schon als Erfolg zu betrachten ist:

„Ebenso wichtig ist jedoch, dass die Entwicklung eines Leitbildes immer auch ein partizipativer Prozess ist, der vieles leisten kann[...] [...] So können etwa zentrale gesellschaftliche TrägerInnen und AkteurInnen breit eingebunden werden, indem die dezentrale Vorgehensweise des Leitbildprozesses auch Regionen und Gemeinden miteinbezieht. In einem partizipativen Prozess können Bewusstseinsbildung und Akzeptanz besser gewährleistet werden, da die relevanten AkteurInnen und Institutionen miteinander vernetzt werden. [...] Nicht zuletzt ist ein gelungener partizipativer Entwicklungsprozess eines Leitbilds bereits ein umfassendes und hochrangiges Integrationsprojekt.“ (Güngör 2009: 18)

Integrationsleitbilder, wie sie hier beschrieben wurden, können als Anerkennung dafür gelten, dass Integration eben im lokalen Kontext beginnt und meist auch stattfindet, was Güngör, wie ich meine, durchaus passend scharfzüngig die „Entdeckung des Selbstverständlichen“ (Güngör 2008: 136) nennt. Sie beruhen damit im Wesentlichen auch auf dem in dieser Arbeit thematisierten sozialräumlichen Integrationsverständnis.

5.2. *Partizipative Methoden in der österreichischen Integrationspolitik*

Im Folgenden soll skizzenhaft aufgezeigt werden, wie sehr die österreichische Integrationspolitik partizipative Methoden und Ziele fördert. Dafür wurden Publikationen des Staatssekretariats für Integration beziehungsweise des Bundesministerium für Inneres zur Analyse herangezogen.

Die Gründung des Staatssekretariats für Integration im Bundesministerium für Inneres im Jahr 2011 markierte in Österreich erstmals den Moment, in dem Integration und Migration als eigenständige politische Thematik erfasst wurde. Waren bisher unterschiedliche Ressorts für sie zuständig (etwa Arbeitsmarkt, Bildung oder das Frauenstaatssekretariat), so wurde das Thema nunmehr auch betreffend der politischen Institutionen als gesamtgesellschaftlich relevant wahrgenommen. Das Staatssekretariat basierte auf der 2007 gegründeten Integrationsplattform, die ebenfalls im Innenministerium angesiedelt war. Sie versuchte, durch Dialog mit der Zivilgesellschaft und einer verstärkten Rolle des Österreichischen Integrationsfonds, der seit 1991 nicht mehr dem Innenministerium untersteht (vgl. Neuhauser 2012: 94), einen Nationalen Integrationsplan zu entwickeln. Während der Amtszeit von Maria Fekter als Bundesministerin für Inneres wurde 2009 ein Grundlagenpapier hierzu veröffentlicht, das jedoch ohne die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen entstanden war und im Wesentlichen einen äußerst restriktiven Kurs gegenüber Migration verfolgte beziehungsweise diese als bedrohlich wertete (vgl. Perchinig 2009: 244 f.). Das eigene Staatssekretariat verzeichnet somit nicht nur auf der Ebene der Zuständigkeiten einen Neubeginn, sondern auch einen rhetorischen Kurswechsel, in dem Integration und Migration durchwegs als gesellschaftlich bereichernd statt bedrohend bezeichnet werden (vgl. etwa Staatssekretariat für Integration 2013: 1).

Allerdings findet weiterhin zumindest eine sprachliche Vernetzung von Integration mit dem sicherheitspolitischen Bereich durch die Ansiedlung im Innenministerium statt (vgl. Neuhauser 2012: 93). Einher mit dieser Kritik an der Zugehörigkeit zu einem Ministerium geht auch die Frage, inwieweit es überhaupt im Sinne eines Integrationsanspruchs jenseits von Assimilation sein kann, MigrantInnen ein eigenes Ressort zuzuweisen und sie somit von der Bevölkerung ohne Migrationserfahrungen institutionell zu differenzieren. Ich möchte – auch, weil eine detaillierte

Auseinandersetzung mit dieser Thematik das Volumen dieser Arbeit sprengen würde – ins Feld führen, dass langfristig gesehen MigrantInnen zweifellos ebenso wie die Mehrheitsbevölkerung Gegenstand aller Regierungsressorts sein sollten. Jedoch erscheint es, solange MigrantInnen anderen Regelungen ausgesetzt sind als diese und von einer formalen politischen Partizipation ausgeschlossen sind, durchaus sinnvoll, Belange im Bereich Migration und Integration zentral zu bündeln.

Das Staatssekretariat ist aber nicht nur zuständig für eben diese gesetzlichen Regelungen und Vorschläge im Bereich Migration/Integration, es entwickelt vor allem auch eine politische Rhetorik, unter der diese Themen verhandelt werden und setzt somit zumindest formal fest, welches Verständnis von Integration in der Regierungsarbeit vorherrscht. Es scheint daher in der vorliegenden Analyse angemessen, eben diese Verständnisse aufzuzeigen.

5.2.1. Integration – Wie und Wozu?

Noch vor der Gründung des Staatssekretariats wurde 2010 der im Bundesministerium für Inneres erarbeitete Nationale Aktionsplan für Integration – von nun an kurz als NAP bezeichnet – verabschiedet (vgl. ebd.: 95). Bezeichnenderweise war dafür die Abteilung für Asylwesen zuständig, was zumindest auf sprachlicher Ebene suggeriert, dass Integration vor allem die Gruppe der Flüchtlinge und Asylwerbenden betreffe. Der NAP enthält Maßnahmen, die von den einzelnen Regierungsressorts, Bundesländern, Städten und Gemeinden sowie den Sozialpartnern durchzuführen wären und von einer eigens eingerichteten unabhängigen ExpertInnengruppe entwickelt und begleitend evaluiert werden (vgl. Staatssekretariat für Integration 2011: 8). Außerdem werden darin Grundsätze für eine gesamtheitliche österreichische Integrationspolitik formuliert, weshalb er als ideologische Grundlage für das Staatssekretariat gelten kann (vgl. <http://www.integrationsfonds.at/nap/bericht/>; Zugriff: 5.12.2013). Für ein politisches Verständnis dessen, was in Österreich regierungspolitisch unter Integration zu verstehen ist, bietet der NAP daher einen guten Ausgangspunkt.

Inhaltlich besteht der NAP aus 19 „Allgemeinen integrationspolitischen Leitlinien“ sowie sieben Handlungsfeldern in die Integrationspolitik eingreifen müsste (Sprache und Bildung, Arbeit und

Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, Interkultureller Dialog, Sport und Freizeit sowie Wohnen und die regionale Dimension der Integration). Die innerhalb dieser Handlungsfelder vorgeschlagenen Maßnahmen wurden 2011 schließlich zu einem 20-Punkte-Programm verdichtet, das als Leitplanke der österreichischen Integrationspolitik der kommenden Jahre gelten sollte (vgl. Staatssekretariat für Integration 2011: 6ff.). Dieses Programm markiert im Wesentlichen eine Fortsetzung der im NAP festgelegten Prinzipien und die darin empfohlenen Maßnahmen werden jährlich im Zuge der Integrationsberichte evaluiert.

Die Definition von Integration im 20-Punkte-Programm unterscheidet sich anfangs leicht von jener des NAP. Während es im Programm heißt, die *„möglichst chancenreiche Partizipation an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“* (vgl. ebd.: 9) sei unter Integration zu verstehen, so konzentriert der NAP sein Verständnis auf Sprachkenntnisse, die Einhaltung der Rechtsordnung und die Fähigkeit von MigrantInnen, sich wirtschaftlich erhalten zu können (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.: 2). Auf diese Weise verbinden beide Versionen den Partizipationsbegriff und somit auch jenen von Integration stark mit wirtschaftlichen Faktoren, was sich auch in dem wohl am meisten mit dem Staatssekretariat verbundenen Schlagwort „Integration durch Leistung“ und einer immer noch starken Ausrichtung an der Arbeitsmarktpolitik ausdrückt (vgl. ebd.: 19).

Der Partizipationsaspekt wird im NAP hingegen zwar in der Präambel erwähnt, dort allerdings eher als „BürgerInnenpflicht“, ähnlich dem schon erläuterten Konzept der Modernisierungstheorien, verhandelt. Eine praktische und gleichberechtigte Konzeption von Teilhabe findet sich im ursprünglichen NAP einzig in den Ausführungen zum Handlungsfeld „Wohnen und regionale Dimensionen“ (vgl. ebd.: 40). Auf dieser Ebene wird in beiden Texten auch der Spielraum von Integration festgemacht. Sowohl dem NAP, als auch dem 20-Punkte-Programm liegt demnach eine lokale Ausrichtung von Integration zugrunde:

„Besonders kleine und mittlere Gemeinden stehen vor neuartigen integrationspolitischen Herausforderungen. Dem gegenüber steht das Potential dieser Gemeinden, aufgrund der hohen persönlichen Kenntnis, der Begegnung mit den Nachbar/innen und einer gemeinsamen geteilten regionalen und dörflichen Identität, die Einbindung bei geschaffener Integration verbindlicher zu

schaffen.[...] Die Förderung der lokalen und kommunalen Integrationskompetenz ist deshalb für erfolgreiche Integrationsprozesse von besonderer Bedeutung.“ (Staatssekretariat für Integration 2011: 46)

Als Voraussetzung für Partizipation wird das Erlernen der deutschen Sprache formuliert:

„Deutsch vor Zuzug sichert, so die Erwartungshaltung, die verbesserte Integration der Zuwander/innen im täglichen Leben und auf dem Arbeitsmarkt.“ (ebd.: 13)

und

„Deutsch für Niedergelassene soll [...] die Integration der bereits ansässigen Zugewanderten durch Erreichen des Sprachniveaus A2 erleichtern.“ (ebd.: 14)

Der bemerkenswerteste Unterschied des 20-Punkte-Programms, verglichen mit dem ursprünglichen NAP, besteht darin, wie die jeweiligen Verantwortlichkeiten für Integrationsmaßnahmen eingeteilt werden. Die im NAP vorgeschlagenen Maßnahmen fokussieren größtenteils auf Anstrengungen, die MigrantInnen selbst zu unternehmen haben, während in den 20 Punkten stark auch Veränderungen der politischen Strukturen gefordert werden. Diese durchaus positive Entwicklung wird jedoch überschattet dadurch, dass die meisten vorgeschlagenen Aktivitäten seit 2011 noch nicht in die Tat umgesetzt wurden und in keinem einzigen Fall mit Hilfe von aufsuchenden Methoden angeboten werden.

Zwar wird in vielen Punkten die Wichtigkeit der Verbreitung von relevanten Informationen betont und eine Kooperation mit bereits existierenden Stellen der Zivilgesellschaft vorgeschlagen (vgl. ebd.: 14; 20; 21;), konkrete Planungen zur Verbreitung dieser Informationen fehlen jedoch. Insgesamt lässt sich daher beobachten, dass die österreichische Integrationspolitik von Einzelmaßnahmen geprägt ist, es allerdings an einem von Tag eins begleitenden „Masterplan“ oder Wegweiser für MigrantInnen fehlt.

Diese Unterteilung von Vorschlägen in einzelne, von einander unabhängige Handlungsfelder, lässt die Maßnahmen oft wie den sprichwörtlichen Tropfen auf dem heißen Stein wirken. Eine gesamtheitliche Orientierung und Koordinierung der Integrationsmaßnahmen wird dabei nicht

angestrebt. Es bleibt auch abzuwarten, ob sich dies durch die Einführung sogenannter „Welcome Desks“ als Erstanlaufstellen für MigrantInnen in Österreich, ändern kann (vgl. Staatssekretariat für Integration 2013a: 6).

Jene Veränderungen, die auf rechtlicher Ebene geschehen sollten oder in politische Zuständigkeiten eingreifen, sind, soweit sie in den Dokumenten vorgeschlagen werden, meist nicht von umfassender Reichweite. Bloß auf der kommunalen Ebene werden Maßnahmen empfohlen, die als prozessbegleitend für Integration betrachtet werden können. Auf dieses Defizit gehen die AutorInnen des 20-Punkte-Programms sogar explizit ein und fordern im Schlusswort eine *„Weiterentwicklung der integrationspolitischen Governancestruktur“* (Staatssekretariat für Integration 2011: 49). Aber erst in der momentan aktuellsten Version der Integrationsberichte aus dem Jahr 2013 wird dies als ein eigens zu überprüfendes Handlungsfeld angeführt (vgl. Staatssekretariat für Integration 2013a: 10).

5.2.2. Partizipation bei Entstehung und Maßnahmen

Um die Publikationen des Staatssekretariats für Integration und somit auch die österreichische Integrationspolitik in Zusammenhang mit partizipativen Methoden zu stellen, sollen die Dokumente nun noch dahingehend analysiert werden, welche Formen von Partizipation durch MigrantInnen darin vorgeschlagen werden.

Zu allererst ist hierbei von Interesse, durch welche kommunikativen Prozesse der NAP überhaupt entstanden ist. In der Entstehungsabfolge wurden die Maßnahmen erst anhand eines Einführungspapiers aus dem Bundesministerium für Inneres in zwei ExpertInnengesprächen, an denen WissenschaftlerInnen aus dem Bereich Migration und Integration teilnahmen, diskutiert. Die Ergebnisse dieser Gesprächsrunden wurden schließlich mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft – wobei MigrantInnenorganisationen ebenso wie auch VertreterInnen der Bevölkerung ohne Migrationserfahrungen Zielgruppe waren – noch einmal besprochen und in einem Zwischenbericht verdichtet, der schließlich zur Ausarbeitung von Indikatoren und Handlungsfeldern durch die ExpertInnengruppe führte (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.: 4).

Analysiert man diese Verfahrensweise, etwa anhand der Partizipationsleiter von Arnstein, so ist von einem recht niedrigen Niveau der Teilhabe zu sprechen. Anstatt Handlungsfelder zum Beispiel durch Interviews, Workshops und Gruppengespräche mit MigrantInnen und Mehrheitsbevölkerung in mehreren unterschiedlichen lokalen Kontexten zu erarbeiten und darauf aufbauend konkrete Maßnahmen zu entwickeln, wurden Wege gewählt, die in Arnsteins Typologie unter Manipulation und Therapie – die zwei untersten Sprossen der Leiter – fallen. Für eine solche Einschätzung spricht weiters, dass MigrantInnenorganisationen Teil von Beratungsausschüssen waren, um mit Arnstein zu sprechen „*engineering their support*“ (vgl. Arnstein 1969: 218). Auf diese Weise sollte garantiert werden, dass die ohnehin schon feststehenden Maßnahmen auch von ihnen als lösungsorientiert empfunden wurden. Sowohl der Anstoß als auch das letzte Wort lagen jedoch bei den ExpertInnen.

Auch bei der Umsetzung der dann im 20-Punkte-Programm verdichteten Maßnahmen ist es meist nicht offensichtlich, welche Stellen daran beteiligt sein sollten. Besonders ins Gewicht fällt dies bei solchen Maßnahmen, die auf die Vermittlung „österreichischer Werte“ abzielen. Die im 20-Punkte-Programm häufig genannte „Rot-Weiß-Rot-Fibel“, die sowohl zur politischen Bildung aller SchülerInnen in österreichischen Schulen verwendet, aber auch spezifisch an neuankommende MigrantInnen verteilt werden soll und im Frühjahr 2013 unter dem Namen „Zusammenleben in Österreich“ präsentiert wurde, stellt ein solches Beispiel dar. Dabei ist es nicht ersichtlich, wer an den Diskussionen, was solche „österreichischen Werte“ wären, und was nicht, teilgenommen hat. Im Umsetzungsplan des Integrationsberichts von 2012 wird in mit Verweis auf die „Rot-Weiß-Rot-Fibel“ bloß von einer durch ExpertInnen besetzten Arbeitsgruppe sowie „Reflexionsschleifen“ gesprochen – ohne zu spezifizieren, wer dazu eingeladen würde (vgl. Staatssekretariat für Integration 2012: 34f.). Das 20-Punkte-Programm empfiehlt die Teilnahme unterschiedlicher Ministerien sowie der Sozialpartnerschaft und Parteien. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen oder gar VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen fehlen komplett (vgl. Staatssekretariat für Integration 2011: 27). Anstatt die „Rot-Weiß-Rot“ Fibel als Projekt der österreichischen Integrationspolitik partizipativ mit der Zielgruppe zu entwerfen, wurde auf „ExpertInnen“ von staatlicher Seite gesetzt.

Das Resultat ist schlussendlich auch nur eine Broschüre, die im Wesentlichen die Prinzipien der österreichischen Bundesverfassung auflistet (vgl. Staatssekretariat für Integration 2013b: 10ff.).

Einerseits impliziert dies, dass MigrantInnen nicht vertraut seien mit Konzepten wie Demokratie und Freiheit und andererseits wird damit das Ziel einer „*Handlungsorientierung*“ (Staatssekretariat für Integration 2012: 33) verfehlt. Um die Partizipation von MigrantInnen in den österreichischen Subsystemen zu fördern und ihnen relevante Informationen darüber zu bieten, wären wohl Erklärungen über das konkrete Gesundheits- oder Schulsystem hilfreicher.

Es bleibt allerdings anzumerken, dass zur Maßnahmenerrreichung in fast allen Punkten die Zusammenarbeit mit bereits existierenden Institutionen als wichtig angesehen wurde und wird (vgl. etwa Staatssekretariat für Integration 2011: 20) und erfolgreiche Projekte als best-practice-Beispiele zum österreichweiten Ausbau empfohlen werden (vgl. etwa Staatssekretariat für Integration 2012: 30). Die Mitarbeit von TeilnehmerInnen dieser Projekte an einer Veränderung der integrationspolitischen Rahmenbedingungen, die vom Sekretariat ja als zweiter Schritt nach der Entwicklung des 20-Punkte-Programms angestrebt wird (vgl. Staatssekretariat für Integration 2011: 53), scheint jedoch nicht erwünscht.

Auch die Anzahl der innerhalb der 20 Punkte entwickelten Maßnahmen, die tatsächlich partizipativ vorgehen, ist gering. Meistens handelt es sich dabei nur um die Präsentation von Beispielen aus der Praxis und nicht eigens entwickelte Vorgangsweisen. Bei fast allen Punkten findet sich nur eine einzige partizipative Maßnahme zu Unterpunkten – Mentoring- und Stipendiats-Programme in der Arbeitsmarktpolitik, Medien und Sport (vgl. Staatssekretariat für Integration 2012: 26, 48, 54) oder Dialogforen in den Bereichen Gesundheit und interkultureller Dialog (vgl. ebd.: 41, 45). Die einzige Ausnahme bildet dabei das Handlungsfeld „Wohnen und die regionale Dimension der Integration“, das neben einer Veränderung der Richtlinien zur Wohnungsvergabe, zwei komplett partizipative Punkte enthält, die die Einrichtung partizipativ organisierter Hausverwaltungen sowie Strukturen auf der kommunalen Ebene, die zur Teilhabe und Vernetzung der BewohnerInnen dienen sollen, vorschlagen (vgl. ebd.: 58ff.).

Die Zahlen sprechen jedoch für sich: Von 20 vorgeschlagenen Punkten sind, neben den beiden hier erwähnten, höchstens noch die Role-Models zum interkulturellen Dialog und die Jung-JournalistInnen-Förderung tatsächlich auf Partizipation von MigrantInnen ausgerichtete

Maßnahmen. Der Rest behandelt Vorgänge, die teils legislativ verändernd sind (die Anerkennung von im Ausland erworbener Qualifikationen), jedoch oft unter Ausschluss der Zielgruppe der MigrantInnen ausgeführt werden.

Was jedoch erwähnt wird, ist der Bedarf an Projekten, die aufsuchende Methoden verwenden. Dabei heißt es etwa im Abschnitt zur Förderung von Integration auf der lokalen Ebene im 20-Punkte-Programm:

„[Es] müssen auch direkte Anknüpfungspunkte an die Lebenswelt der Menschen geschaffen werden. Für diesen Zweck sind Initiativen auf lokaler Ebene [...] zentral.“ (Staatssekretariat für Integration 2011: 47)

Auch unter dem Handlungspunkt „Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen“ wird dieser Bedarf formuliert:

„Daher gilt es, die Kombination von Beruf bzw. Aus- und Weiterbildung und Familie zu erleichtern, und zwar mittels speziell angepasster Betreuungsangebote, etwa Hausbesuchsprogramme [...] in Kombination mit speziellen Mentoring- und Sprachförderprogrammen.“ (ebd.: 23)

Die Hausbesuchsprogramme, die im Maßnahmenkatalog vorgestellt werden, sind aber auch nur solche, die nicht von der österreichischen Integrationspolitik entwickelt wurden, wie etwa HIPPY (vgl. Staatssekretariat für Integration 2012: 16).

Eine Analyse zu Partizipation sollte neben formulierten Maßnahmen aber ebenfalls untersuchen, an welche gesellschaftlichen Gruppen sich die Empfehlungen der Publikationen wenden. Dabei ist zum Einen zu beobachten, dass ein Großteil der Maßnahmen Veränderungen in der täglichen Arbeit in den gesellschaftlichen Subsystemen einfordert. Dazu gehören etwa die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen (vgl. Staatssekretariat für Integration 2011: 17) oder die Förderung des Diversitätsbewusstseins im Gesundheits- und Pflegewesen (ebd.: 31). Zum anderen allerdings wird, etwa im Handlungsfeld „Rechtsstaat und Werte“, nur die Anerkennung österreichischer Normen durch MigrantInnen gefordert, nicht jedoch das Thema Rechte von MigrantInnen angesprochen. Diese Ausrichtung von Integration als Sache der MigrantInnen zeigt

sich insbesondere, neben diesem Handlungsfeld, in jenem zu „Sprache und Bildung“.

Noch schwerer wiegt in der Kommunikation der Maßnahmen, welches Bild von MigrantInnen sich als roter Faden durch alle Publikationen zieht: Es ist eines von bildungsfernen, sozioökonomisch schlecht gestellten, kinderreichen Familien. Nun mag es stimmen, dass solche MigrantInnen – ebenso wie ihre österreichischen Counterparts! – durchaus Bedarf an staatlicher Unterstützung sowie Informations- und Beratungsdienstleistungen haben. Integrationsmaßnahmen, die sich angeblich an alle BewohnerInnen Österreichs richten (vgl. ebd.: 10), sollten allerdings weniger einer solchen, an (rechts-)populistische Polemik über das Wesen aller MigrantInnen erinnernden, Konzeption folgen.

Werden etwa Behauptungen aufgestellt, wie, dass die Hauptzielgruppe von Integrationsmaßnahmen nicht höher qualifizierte Personen sein müssten, da diese *„einen erkennbar geringeren Integrationsbedarf haben“* (Bundesministerium für Inneres: 15), werden Diskurse über „faule, schlecht gebildete und vom Staat abhängige“ MigrantInnen nur genährt. Dass diese Aussage vollkommen ohne Angabe von Gründen oder Quellen dahingestellt wird, erhöht die Kritik einiger zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie etwa SOS Mitmensch, dass sich die Berichte ideologisch noch nicht von einem Diskurs über MigrantInnen als Risiko für Sozialstaat und Sicherheit, wie es in den Berichten und Forderungen des Bundesministeriums für Inneres oft dargestellt wurde, verabschiedet haben (vgl. <http://sosmitmensch.at/site/home/article/441.html>; Zugriff: 5.12.2013).

Diese Thematisierung von Integration als Bringschuld einer angeblichen migrantischen Unterschicht ist insbesondere im Handlungsfeld „Sprache und Bildung“ allgegenwärtig. In den Grundsätzen dazu werden sechs unterschiedliche Bereiche angeführt, in denen MigrantInnen „defizitär“ wären (z.B. Beherrschen der deutschen Sprache oder Bildungs- und Erziehungskompetenz) und erst als siebter und letzter Punkt erwähnt, dass Bildung auch die Nutzung des Potenzials von MigrantInnen bedeutet (vgl. Bundesministerium für Inneres o.J.: 12f.).

Besonders peinlich offensichtlich wird eine Schematisierung von MigrantInnen dann, wenn sie den eigenen Fakten widerspricht. So geschehen etwa im Bereich Bildung, wo der NAP klar formuliert:

„*Verhältnismäßig wenige Migrant/innen verfügen über einen hohen Bildungsabschluss*“ (ebd.: 11).

Betrachtet man jedoch die von der Statistik Austria herausgegebenen „zahlen.daten.indikatoren“ zu Migration und Integration (in diesem Falle für die Jahre 2011 bis 2013), so wird ein anderes Bild gezeichnet: Der Anteil der Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“, die nur Pflichtschule oder Lehre/BMS abgeschlossen haben, liegt zwar insgesamt bei über 60 Prozent, ist jedoch bei der Bevölkerung „ohne Migrationshintergrund“ durchwegs höher (über 70 Prozent). Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass der Anteil der Bevölkerung „ohne Migrationshintergrund“ mit AHS- oder tertiären Abschlüssen bei 29,7 Prozent niedriger ist als jener der migrantischen Bevölkerung mit 34,9 Prozent (vgl. Statistik Austria 2013: 49). Dieses Beispiel sei nur eine Illustration dessen, wie sich die Integrationsberichte teilweise gängiger Diskurse über MigrantInnen bedienen und diese, trotz vorliegender gegenteiliger Zahlen, weiter verfestigen.

Zusammenfassend kann für die Verwendung partizipativer Methodiken in der österreichischen Integrationspolitik im Gesamten also Folgendes konstatiert werden:

Vor allem durch die Weiterentwicklung des NAP im 20-Punkte-Programm hat sich die weitgehende Fixierung auf eine „Integrationsbringschuld“ von Seiten der MigrantInnen in gewissem Maße reduziert, viel mehr wird in den Vordergrund gestellt, dass bereits existierende Programme vom Staat ausgebaut werden müssten.

Informationen über staatliche und kommunale Leistungen, die MigrantInnen in Anspruch nehmen können, stehen jedoch tendenziell von Seiten der österreichischen Integrationspolitik noch nicht ausreichend zur Verfügung. Die im 20-Punkte-Programm unterbreiteten Aktivitäten und die Maßnahmen der Integrationsberichte der Jahre 2012 und 2013 haben keinen Beitrag zur Verbreitung von Information geleistet. Auch zur Einbeziehung partizipativer Maßnahmen muss festgestellt werden, dass diese oft nur in Unterpunkten behandelt werden. Zwar mögen die 20 Punkte zu einer „*Verbesserung der Teilhabechancen von Neu- und Altzuwander/innen*“ (vgl. Staatssekretariat für Integration 2011: 6) beitragen, eine Partizipation dieser an der Entwicklung und Verfestigung der Maßnahmen wurde aber anscheinend nicht als prioritär erachtet.

6. Kontext: aufsuchende Familienarbeit als partizipative Methode in Projekten

Das Schlagwort „aufsuchende Familienarbeit“ ist schon öfters in dieser Arbeit gefallen. Ich möchte daher im Folgenden die Methode und ihre Ursprünge kurz erklären. Ihre Anwendung im Nachbarinnen-Projekt wird in Kapitel 7 untersucht.

Aufsuchende Familienarbeit *„richtet sich an die Familie als ganze. Sie muss im Sinne von "Begleitung" als eine im Alltag stattfindende flexible Hilfe verstanden werden. Sie arbeitet intensiv über einen längeren Zeitraum [und] versucht unter dem Schlagwort 'Hilfe zur Selbsthilfe' Partizipation und Selbstregulationsfähigkeiten von Familien zur Lösung ihrer Probleme zu aktivieren und zu stärken.“* (Petko 2004: 19)

Eben diese Betonung der Flexibilität sowie der Notwendigkeit individueller Betreuungspläne streicht heraus, in welchem Zusammenhang das Konzept mit partizipativen Methoden steht, und welche zentrale Rolle es für das Nachbarinnen-Projekt hat. Es stammt ursprünglich aus der Sozialpädagogik und findet verschiedene Anwendungsformen je nach Staat, in dem die Methode praktiziert wird. Ich möchte mich hier auf die Verwendung der Methode in Deutschland beziehen, da sie am ehesten jener ähnelt, die im Projekt angewandt wird.

Ab Beginn der 1960er Jahre wurde aufsuchende Familienarbeit von den deutschen Jugendämtern ausgeführt und als eine Art Haushaltshilfe verstanden, wobei vor allem die faktische Betreuung der Kinder im Vordergrund stand. In den 1980ern diversifizierten sich die Aufgaben und die Unterstützung und Beratung in Erziehungsfragen trat immer mehr in den Vordergrund. Heutzutage kann von einer Kundenorientierung der Methode gesprochen werden, zentral ist dabei der Anspruch von Familien auf Unterstützung von staatlicher Seite (vgl. ebd.: 18). Der Fokus liegt weniger auf materieller Hilfestellung, als viel mehr auf der Information über externe Angebote und der Ermutigung, diese in Anspruch zu nehmen. Gemeinsam mit BeraterInnen sollen systemische Schwierigkeiten herausgearbeitet – etwa fehlende Bewegung der Kinder, Schwierigkeiten in der Schule – und Angebote gesucht werden, die exakt die identifizierten Thematiken ansprechen. Einfacher ausgedrückt: Anstatt passiv einer Super-Nanny zuzusehen, können Familien aktive

Erziehungsarbeit übernehmen.

Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass soziale Verantwortung quasi familiarisiert wird und somit den Staat aus seiner in Österreich nun einmal vorhandenen wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung zieht. Solche Versuche führen in den meisten Fällen zur (Wieder-)Verfestigung von traditionellen Rollenverteilungen, indem Frauen in eine *care-giver*-Position versetzt werden, die sich um das gesundheitliche und soziale Wohlbefinden der Familie zu kümmern haben (vgl. Oelkers/Richter 2009: 38). Aufsuchende Familienarbeit versucht genau das Gegenteil zu erreichen: Der Staat muss dabei sehr wohl Angebote bereitstellen, während Familien diese je nach Herausforderungslage „maßgeschneidert“ kennenlernen und nützen können, so dass schlussendlich auch Frauen in gewissem Maße von Doppel- und Dreifachbelastungen entbunden werden.

6.1. Die Praxis der aufsuchenden Familienarbeit in Österreich

In Österreich wird Familienhilfe unter anderem von der Caritas angeboten, allerdings herrscht hier ein deutlich materielleres Verständnis der Methode vor, wenig im Sinne von Beratung zur Eigenverantwortung (vgl. <http://www.caritas-wien.at/hilfe-einrichtungen/familie-und-kinder/familienhilfe/>; Zugriff: 5.12.2013). Ebenso bezieht sich das BMASK bei seinen Angeboten, die von den Bundesländern bereitgestellt werden, mehr auf Haushaltshilfe denn auf systemische Beratung, die nur in speziellen Fällen (Behinderung, Pflegebedürfnis) angeboten wird und nicht ein ganzheitliches Angebot für Familien als Teil einer gesamtheitlichen Sozialpolitik darstellt (vgl. http://www.bmask.gv.at/site/Soziales/Pflege_und_Betreuung/Soziale_Dienste/; Zugriff: 5.12.2013). Gesetzlich ist die Sozialhilfe auch bloß für jene Personen verankert, die Hilfestellung von öffentlicher Seite benötigen und sie gilt als Zusatzangebot neben der Arbeitslosen- und Sozialversicherung (vgl. Dimmel 2007: 25).

Die Implementation von Modellen, die Selbstverantwortung fördern und zugeschnittene Angebote vor Ort vermitteln, wird hauptsächlich unter dem Konzept der Sozialraumorientierung in einzelnen Projekten versucht. Die Stadt Graz etwa hat sich einer Ausrichtung ihrer gesamten Jugendwohlfahrt nach diesem Konzept verschrieben (vgl. <http://www.graz.at/cms/beitrag/10133592/4194118>;

Zugriff : 5.12.2013). In Wien finden solche Tätigkeiten unter anderem durch die Gebietsbetreuung und das Grätzelmanagement statt, wobei hier der Fokus auf Komm-Strukturen liegt, innerhalb derer Beratungen stattfinden. Es wäre ebenso nötig, aufsuchende Arbeit anzubieten, die zur Informationsverbreitung dienen könnte (vgl. Stoik 2005: 9).

Als Projektbeispiel für aufsuchende Familienarbeit kann das Projekt HIPPY (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters) gelten. Es wurde ursprünglich in Israel konzipiert und ist heute international verbreitet, unter anderem auch mit einer Dependence in Österreich. Ziel ist die Frühförderung von Kindern aus migrantischen Familien, dabei bekommen Eltern von muttersprachlichen FamilienbetreuerInnen Lernmaterialien zur Verfügung gestellt und erklärt, die sie mit ihren Kindern gemeinsam bearbeiten. Die Lernfortschritte sowie Erfahrungen mit dem Projekt werden wöchentlich bei Hausbesuchen mit den jeweiligen BetreuerInnen reflektiert, alle zwei Wochen finden Gruppentreffen statt (vgl. beratungsgruppe.at 2007: 4).

Es ist aus dieser Kurzbeschreibung offensichtlich, dass HIPPY methodisch große Ähnlichkeiten mit Nachbarinnen in Wien aufweist, jedoch zeigt sich auch hier eine Fixierung auf nur einen Bereich – nämlich die (schulische) Bildung und Erziehung. Weiteres wird zwar die individuelle Verantwortung der Familien eingefordert, allerdings sind die Materialien und Erziehungsmethoden einheitlich und in keiner Weise auf die einzelnen Kinder oder Eltern abgestimmt. Es ist allerdings als eines der wesentlichen Beispiele zu betrachten, wie aufsuchende Familienarbeit im Projektkontext angeboten werden kann.

6.2. Beispiele für partizipative Projektarbeit im Integrationsbereich

Eines der Hauptargumente der vorliegenden Arbeit besteht darin, dass Projektarbeit einen sinnvollen Weg darstellt, partizipative Integrationsangebote auf der lokalen Ebene anzubieten. Das Nachbarinnen-Projekt ist dabei bei weitem nicht das erste seiner Art, es basiert unter anderem auf internationalen Projekten, zu denen das Rucksack-Programm aus den Niederlanden sowie die Stadtteilmütter in Deutschland und Dänemark zählen, die beide inzwischen seit einigen Jahren in mehreren Städten erfolgreich durchgeführt werden. Ebenso existiert in Österreich eine zwar

überschaubare, jedoch in einzelnen Gemeinden durchaus aktive Projektszene im Integrationsbereich. Im Folgenden soll daher ein kurzer Überblick über andere Beispiele für den Einsatz partizipativer Methoden in der Projektarbeit gewährt werden.

6.2.1. Österreichische Projektbeispiele

Während sich in Österreich insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre einige Projekte etabliert haben, die Beratungsleistungen für MigrantInnen oft auch in den jeweiligen Muttersprachen anbieten – in Wien zählen neben den städtischen Angeboten der MA 17 dazu etwa die Vereine Orientexpress, Miteinander Lernen und FemSüd um nur einige zu nennen (vgl. Bundeskanzleramt 2007: 50ff.) –, sind partizipative Ansätze in der hiesigen Projektlandschaft immer noch spärlich in Bezug auf Quantität und geografische Aufteilung vertreten.

Erste Versuche, partizipative Elemente in Beratungsstellen einzubringen, wurden zum Beispiel in Kooperation mit dem AMS in Oberösterreich gestartet, indem Jobtrainings für Jugendliche auch Gruppensitzungen zur Identifikation von Problemstellungen enthielten (vgl. Karakurt 2008: 190f.). Dabei kann jedoch nicht von einer tatsächlichen partizipativen Einbindung der Zielgruppe gesprochen werden.

Eine solche findet zum Einen über Projektformen statt, die weniger ein konkretes und messbares Ziel vor Augen haben – Chancenerreichung am Arbeitsmarkt, Bildung im Gesundheitsbereich und dergleichen –, sondern die Kommunikation zwischen MigrantInnen und Mehrheitsgesellschaft fördern wollen. Projekte in diesem Bereich unternehmen den Versuch, Grenzen durch Dialoge abzubauen, ob mit Hilfe von Sprachtandems zwischen AsylwerberInnen und ÖsterreicherInnen oder anhand von gemeinsamem Kochen (vgl. Seiwald/Piatti 2011 und Ladinig-Chávez 2011). Während Kommunikation und das Kennenlernen verschiedener Lebenssituationen ganz sicher vor allem in der autochthonen Gesellschaft bis zu einem gewissen Punkt Vorurteile gegenüber MigrantInnen abbauen können, setzen solche dialogischen Projekte nicht an strukturellen Ungleichheiten an. Darüber hinaus ist vor allem der Wirkungsgrad dieser Projekte zu hinterfragen, da sie meistens sowohl regional als auch in der Auswahl der Zielgruppe äußerst beschränkt sind. Es ist zu bezweifeln, ob nicht nur jene ÖsterreicherInnen bereit für Dialogmaßnahmen sind, die ohnehin

relativ frei von Vorurteilen sind (vgl. Daley 2007: 163).

Zum Anderen gibt es allerdings auch in Projekten, die zumindest ein übergeordnetes politisches Ziel verfolgen, Erfahrungen mit partizipativen Maßnahmen und der Einbindung von MigrantInnen in die Entwicklung dieser. Einen Einsatzbereich bildet hier etwa die Bildungspolitik (vgl. Diwald 2011: 194).

In Tirol wurde mit „T*IN*KI*T – Tiroler integratives Kindertheater“ eine Initiative gestartet, die auf Sprachförderung im Volksschulalter abzielte. Gemeinsam mit den Kindern zweier Volksschulklassen wurde ein Theaterstück geschrieben und zur Aufführung gebracht. Hintergrund des Projektes war es, durch das Schauspielen die Sprachkompetenz (und körperliche Ausdrucksweise) aller beteiligten SchülerInnen zu verbessern, jedoch galt es insbesondere die Ideen und Migrationserfahrungen von Kindern in das Projekt einzubringen (vgl. Pirchmoser/Binna 2011: 204). Die spielerische und offene Vorgehensweise erwies sich dabei als erfolgreich, insbesondere für die Förderung von Kindern aus MigrantInnen-Familien mit Deutsch als Zweitsprache:

„Es zeigte sich deutlich, [...] dass es gelungen ist, sich das Textlernen auf spielerische Weise zu Nutzen zu machen, um am sprachlichen Ausdruck der Kinder zu arbeiten. [...] Vor allem Kinder nicht deutscher Muttersprache konnten dadurch ihren Wortschatz erweitern, die Lesekompetenz trainieren, an ihrer Aussprache feilen.“ (ebd.: 205)

Ein weiteres Beispiel für ein Projekt der Bildungspolitik, das von der Konzeption in gewissem Maße an die Nachbarinnen erinnert, wurde in den Jahren 2008 und 2009 an einer Wiener Volksschule durchgeführt. Ziel war es, dass Mütter mit Migrationserfahrungen und Kindern an der betreffenden Schule – die als „Brückenfrauen“ auch namensgebend für das Projekt waren – an Elternabenden Übersetzungsleistungen anboten, sowie Lesestunden in den jeweiligen Muttersprachen abhielten. Somit sollte sowohl eine bessere Kommunikation und ein tieferes gegenseitiges Verständnis zwischen migrantischen Eltern und der Schule etabliert werden als auch aufgezeigt werden, dass die Förderung mehrsprachiger Kinder in Zusammenhang mit besseren Erfolgen im Bildungssystem steht (vgl. Kölldorfer 2011: 74ff.). Der partizipative Aspekt dieses Integrationsprojekts kann hierbei an der Anerkennung und Nutzung spezifischer Kenntnisse von

MigrantInnen festgemacht werden. Mit dem Fokus auf Mehrsprachigkeit im Schulsystem wird außerdem ein politisches Ziel verfolgt.

Neben solchen Beispielen aus der Bildungspolitik, erweist sich die Frauenpolitik als jenes Feld, in dem partizipative Integrationsprojekte noch am relativ häufigsten vertreten sind. Ob in Wien im Frauentreff Piramidops, das Begleitung und muttersprachliche Beratung vor allem betreffend Arbeitsmarktfragen bietet und regelmäßig Austauschtreffen veranstaltet (vgl. http://www.piramidops.at/beratung.aspx?language_id=1; Zugriff: 5.12.2013) oder in der Steiermark durch „Frauen wandern zu“, ein Projekt, in dem Workshops von und für MigrantInnen zur Frauenberatung organisiert werden (vgl. Surma/Jakomini 2011: 211): Die Projektebene scheint besonders gut für die partizipative Einbindung von Frauen mit Migrationserfahrungen geeignet. Die beiden genannten Beispiele sprechen sich außerdem gegen einen Punkt aus, der nur allzu oft Grundlage partizipativer Integrationsprojekte ist, nämlich Frauen bloß in einer Rolle als Mutter zur Erfahrungsweitergebung zu motivieren. Es sollte gerade in einer frauen-spezifischen Projektkonzipierung entschieden gegen eine solche Reduzierung auf die Position als Mutter vorgegangen werden. Einerseits muss klargestellt werden, dass Frauen auch über andere Erfahrungen als Kindererziehung verfügen und andererseits soll verhindert werden, dass Wohlfahrt mit einem Rollenbild verbunden wird, das Frauen auf Kinderversorgung beschränkt und somit wiederum familiarisiert.

Das Projekt „Die Tür“ in Mattersburg im Burgenland lebt etwa vor, dass Migrantinnen als Expertinnen in allen Migrationsfragen und daher kompetente Beraterinnen für andere Personen in eben diesen gelten können. Auch hier handelte es sich ursprünglich um eine Frauenberatungsstelle, die jedoch im Laufe der Zeit – und dies aufgrund der Erfahrungen dort beratener und beratender Migrantinnen – durch aufsuchende Angebote erweitert wurde. Dabei planen Multiplikatorinnen Veranstaltungen in Wohngebieten und führen in ihrer Muttersprache durch die Wohnumgebung, wobei eine niederschwellige gesprächsartige Beratungssituation stattfinden kann (vgl. Fischer/Tihanyi 2009: 81f.). Gewiss ist es der Ansatz der „Tür“, der jenem der Nachbarinnen am meisten von den hier dargestellten Projekten ähnelt.

Zwar konnte auf den letzten Seiten nur ein kurzer Überblick über aktuelle Integrationsprojekte gegeben werden, es zeigt sich aber durchaus, dass in Österreich solche Projekte, die sowohl partizipativ als auch mehrere Lebensbereiche übergreifend arbeiten, noch kaum vertreten sind. Die meisten sind geografisch oder in Bezug auf ihre Zielgruppe relativ begrenzt. Allerdings scheint sich die Situation durch die weiter fortschreitende Implementation von Integrationsleitbildern in Städten und Regionen und vor allem dem beginnenden Fokus auf Case Management, wie es etwa das Sozialamt in Graz vorlebt (vgl. Stadt Graz 2013), langsam zu verbessern.

Betrachtet man die internationalen Beispiele auf denen das Nachbarinnen-Projekt basiert, so kann zumindest für Deutschland in Bezug auf partizipative Integrationsmaßnahmen ein etwas positiveres Bild gezeichnet werden (vgl. Kollak/Wiesner-Rau 2008: 314f.). Im Folgenden werden daher das Rucksack-Programm und insbesondere die Stadtteilmütter, die als explizites Vorbild für die Nachbarinnen galten, näher vorgestellt.

6.2.2. Deutsche Projektbeispiele: vom Rucksack-Programm zu den Stadtteilmüttern

Die unter anderem in Essen, Augsburg und vor allem Berlin agierenden Stadtteilmütter sind inzwischen zu einem Hauptpfeiler der dortigen Integrationskonzepte geworden (vgl. Brantley/Cho/Langer 2009). Stadtteilmütter-Projekte gibt es auch in dänischen Städten (vgl. http://ec.europa.eu/ewsi/de/practice/details.cfm?ID_ITEMS=37929; Zugriff: 5.12.2013), allerdings erscheint es im Lichte der ähnlichen historischen Erfahrungen mit Migration in Deutschland und Österreich sinnvoller, im Zuge dieser Arbeit vor allem die deutsche Entwicklung zu thematisieren.

Die Idee zum Einsatz der Stadtteilmütter in Deutschland entstand unter anderem durch die vorherige Anwendung des Rucksack-Programms in den genannten Städten. Dieses wurde in Rotterdam entwickelt und ab Anfang 2000 von mehreren deutschen Bundesländern übernommen. Es zielt auf die Frühförderung von Kindern aus migrantischen Familien ab, wobei der Fokus vor allem auf der sprachlichen Entwicklung liegt. Der Grundgedanke ist, dass Zweitsprachen nur dann sinngebend erlernt werden können, wenn auch die Muttersprache verfestigt ist (vgl. Becker 2006: 63).

Migrantische Familien werden im Rucksack-Programm von in Kinderbetreuungseinrichtungen ausgewählten Müttern mit Migrationserfahrungen in ihrer Muttersprache begleitet und beraten. BeraterInnen werden in Workshops mit den Arbeitsunterlagen des Rucksack-Programms vertraut gemacht, die im wesentlichen pädagogische Materialien zur spielerischen Sprachförderung enthalten. Die Unterlagen befinden sich in einem Rucksack, behandeln Alltagsthematiken der Kinder (wie etwa „das Haus“ oder „der Körper“) und werden in den Sprachen Deutsch, Türkisch, Arabisch und Russisch angeboten. Es handelt sich dabei um vorgefertigte Materialien, die von den begleitenden Müttern erklärt werden und von der Familie dann eingesetzt werden können (vgl. ebd.: 65). Prinzipiell handelt es sich also um ein fast deckungsgleiches Projekt wie das schon erwähnte HIPPY.

In der Praxis begann sich schlussendlich der Name Stadtteilmütter für die BegleiterInnen zu etablieren, in Essen etwa bezeichnet „Stadtteilmütter“ tatsächlich nur Teilnehmende im Rucksack-Programm. Ein anderes Beispiel, nämlich die Stadtteilmütter in Augsburg, legte das Konzept so aus, dass Materialien nicht bei Hausbesuchen besprochen werden, sondern bei muttersprachlichen Eltern-Kind-Gruppentreffen in Kindergärten. Außerdem betreuen die Augsburger Stadtteilmütter auch „multikulturelle Gruppen“, die sich an alle Eltern und Kinder eines Kindergartens wenden und in denen etwa Lieder in unterschiedlichsten Sprachen gesungen werden (vgl. Deutscher Kinderschutzbund Augsburg e.V. 2011: 20).

Der Fokus der beiden Fälle Essen und Augsburg liegt auf Bildung von Eltern und Kindern mit Hilfe vorgefertigter Materialien. Dabei wird die Wichtigkeit der Muttersprache als Grundvoraussetzung für das Erlernen anderer Sprachen anerkannt, sowie MigrantInnen ein SpezialistInnen-Status zugerechnet, der es erleichtert, auf andere Familien mit Migrationserfahrungen einzugehen. Jedoch ist herauszustreichen, dass in beiden Projekten nur das Modul Erziehung und Bildung bedient wird. Partizipation von Eltern und Kindern soll zwar im Bildungssystem gefördert werden, dabei wird jedoch nicht partizipativ – weder mit den Familien, noch mit den Stadtteilmüttern – vorgegangen. Weiters mutet es doch leicht paternalistisch an, dass wenig auf individuelle Situationen eingegangen werden kann und die Materialien einen einzigen richtigen Weg, wie Eltern ihre Kinder sprachlich fördern könnten, suggerieren. Formulierungen wie etwa, dass durch das Programm „*der Wert von Büchern*“ (Becker 2006: 65) Eltern und Kindern näher gebracht werden könne, sprechen leider für

implizite Erwartungen, dass MigrantInnen weder wüssten was unter Bildung zu verstehen sei, noch, wie sie ihre Kinder erziehen könnten.

Das Stadtteilmütter-Projekt im Berliner Bezirk Neukölln verwarf daher auch die Idee, mit vorgefertigten Materialien zu arbeiten und setzte stattdessen auf eine sechsmonatige Ausbildung der teilnehmenden Frauen, in der individuelle Lösungsansätze gefördert werden sollten. Die Neuköllner Stadtteilmütter bedienen zwar die selbe Zielgruppe wie Rucksack-Programme – migrantische Familien mit Kindern vor Beginn der Schulpflicht –, ihre Beratung inkludiert aber neben Sprachförderungs- und Bildungsangeboten auch Informationen über physische, psychische und sexuelle Gesundheit sowie Mediennutzung. Frühkindliche Bildung wurde somit breiter gefasst, als reines Spracherlernen und nur in Bildungsinstitutionen stattfindend (vgl. Brantley/Cho/Langer 2009).

Ein zusätzlicher Schritt, den die Neuköllner Stadtteilmütter weiter gehen als jene in Augsburg und Essen, besteht darin, dass nicht nur Informationen über Bildungs- und Gesundheitsförderung zu Hause angeboten werden, sondern die Vernetzung mit Angeboten innerhalb des Bezirks ebenso im Vordergrund steht (vgl. Stadtteilmütter in Neukölln 2007: 2). Weiters trat im Neuköllner Beispiel neben der Förderung der teilnehmenden Familien explizit auch die Anstellung von Migrantinnen als Projektziel in den Vordergrund. In diesem Sinne kann von einer doppelten Integrationsleistung gesprochen werden (vgl. Koch 2010: 70f.).

Aus den Zielsetzungen des Neuköllner Projekts erscheint es offensichtlich, warum es als Vorbild für das Nachbarinnen-Projekt dienen konnte. Das Rucksack-Programm und seine Weiterentwicklung „Stadtteilmütter“ sind vor allem deshalb für die Konzipierung der Nachbarinnen nicht unwichtig, da MigrantInnen selbst als „SpezialistInnen“ eingesetzt und so deren Erfahrungen zur Grundlage der Vermittlung und Beratung gemacht werden. Zu den Zielen, die aus dem Rucksack-Programm übernommen wurden, zählen die Förderung der eigenen Erziehungskompetenz von Eltern und der gleichberechtigte Austausch zwischen Familie und BeraterIn sowie die Bedeutung der Muttersprache in (Sprach-)Lernprozessen. Aus dem Beispiel Neukölln wurden weiters die Orientierung im Sozialraum, die erweiterte Informationspalette sowie die integrative Leistung durch

die Anstellung von Migrantinnen übernommen.

Schlussendlich werden in beiden Vorbildprojekten Kompetenzen von Eltern im Bildungssystem erweitert und darin tätige Personen dahingehend sensibilisiert, dass MigrantInnen andere Erwartungen an und Erfahrungen mit dem Bildungssystem haben (vgl. Becker 2006: 63f.). Eine solche Zielsetzung spricht somit das an, was Vertovec als Veränderungen innerhalb der Familie durch transnationale Realitäten bezeichnet (vgl. Vertovec 2004: 15).

Die Beispiele aus Deutschland und insbesondere jenes aus Berlin haben klar aufgezeigt, dass aufsuchende Arbeit sowohl die Orientierung von Eltern im Bildungssystem, als auch die Leistungen der Kinder darin erhöht (vgl. Koch 2010: 72). Allerdings befinden sich alle genannten Projekte momentan noch in Pilotphasen und die Evaluationen dazu sind dementsprechend provisorisch.

6.3. Das Nachbarinnen-Projekt als weiterer Schritt der partizipativen Integrationsarbeit

Die vorangegangenen Beispiele haben gezeigt, dass das Nachbarinnen-Projekt durchaus auf ähnlich konzipierte Vorbilder in Österreich und anderswo aufbauen kann. Jedoch ist es – auch verglichen mit dem „Vorzeige-Projekt“ aus Neukölln – dahingehend innovativer, dass im Zentrum nicht mehr nur die frühkindliche Bildung steht, sondern generell Familien mit Kindern in allen Altersgruppen betreut werden und deren Ausgangssituation nicht unbedingt in Zusammenhang mit Bildung stehen muss. Die Begleitung bei amtlichen Wegen und die Beratung bei (chronischen) Krankheiten oder Arbeitsfragen sind nur einige Beispiele, die ebenfalls Teil des Projektes sind. Das Nachbarinnen-Projekt entfernt sich schon rein namentlich vom Konzept der Mutter und stellt mit den Nachbarinnen PartnerInnen auf Augenhöhe vor, die nicht nur für Kindererziehung, sondern durchaus auch für Fragestellungen einzelner Familienmitglieder, zwischen den Eltern, oder auch nur der Frauen zuständig sind.

Weiters ist aus diesen kurzen Schilderungen meiner Meinung nach festzustellen, dass das Nachbarinnen-Projekt mit seinem Fokus auf die Säulen Selbstverantwortung, Muttersprachlichkeit, flexibel zugeschnittene Familienpläne und Partizipation methodisch in Österreich Neuland betritt.

Die Kombination der Ansätze aus der aufsuchenden Familienarbeit und den Zielsetzungen von Integrationsprojekten in einzelnen Bereichen, wie der Bildungspolitik oder dem Arbeitsmarkt, wurde auf diese umfassende Weise in Österreich bisher noch nicht in Form eines Projekts versucht. Im nächsten Kapitel steht daher das Nachbarinnen-Projekt im Mittelpunkt. Zielsetzungen, Methode und praktische Arbeit werden nach Partizipation und Ermächtigung untersucht.

7. Analyse und Evaluation: partizipative Methoden bei „Nachbarinnen in Wien“

In diesem Kapitel der Arbeit sollen die theoretischen Auseinandersetzungen und der Kontext nun zur Analyse des Nachbarinnen-Projekts herangenommen werden. Ziel soll es dabei sein, aufzuzeigen, welche Konzeptionen von Integration, Partizipation und Ermächtigung von MigrantInnen dem Projekt zu Grunde liegen und wie diese im Projekt verwendet und weiterentwickelt werden. Es geht dabei sowohl um das Ausmaß der partizipativen Methodiken als auch um ihre konkrete Anwendung.

Die Analyse selbst ist dabei in zwei Teile unterteilt, wobei im ersten die Methodik des Projekts, sowie die Planungsphase und der Lehrgang als Vorbereitung für den Einsatz der Nachbarinnen näher betrachtet werden. Im zweiten Teil steht die Anstellung der Nachbarinnen und deren tägliche Arbeit im Vordergrund, die – da der offizielle Beginn erst Anfang September diesen Jahres war – vorerst nur vorausblickend und großteils anhand der Erfahrungen der im Zuge des Lehrgangs betreuten „Beispielfälle“ eingeschätzt werden kann. Ziel dieser ersten beiden Phasen ist es, Partizipation auf drei Ebenen zu untersuchen, nämlich im Projekt (und somit seiner methodischen Konzeption) selbst, die Partizipation der Nachbarinnen sowie jene der betreuten Familien. Diese Einteilung in drei Ebenen der Partizipation folgt im Wesentlichen der Logik der von mir mitverfassten Evaluationsberichte zu Planung und Lehrgang, die dort allerdings unter anderem aus Platzgründen nur sehr kurz erfolgen konnte. Daher kann diese Arbeit als Weiterführung und Vertiefung der schon angewandten Methode gelten.

7.1. Planung und Implementierung

Im Februar 2013 konnte das Nachbarinnen-Projekt mit dem ersten Lehrgang offiziell beginnen, partizipative Elemente können jedoch auch schon davor festgestellt werden. Dies beginnt mit der Methode des Projekts, die, inspiriert durch die im vorangegangenen Kapitel genannten Beispiele, eine offene und partizipative Gestaltung des Projekts fördern soll. Auch partizipative Maßnahmen in der Planung des Projekts gehören zu diesem Teil der Analyse, ebenso wie der Nachbarinnen-Lehrgang.

7.1.1. Projektmethodik

Im Theoriekapitel wurde argumentiert, dass eine konkrete Projektanalyse zu Partizipation vier „W-Fragen“ beantworten sollte. Es sollte untersucht werden, *WER* partizipiert, *WOZU* Teilhabe im konkreten Fall dient, in *WELCHEN* Formen sie geschieht und schließlich auch *WIE* partizipativ Daten zur Evaluation generiert werden. Die ersten drei dieser Fragen betreffen spezifisch die Projektmethodik und sollen deshalb im Folgenden geklärt werden, während die letzte Frage zur Evaluation vor allem in den Abschnitten zu Planung und Implementierung beantwortet werden soll.

Zusammengefasst werden kann die Projektmethode der Nachbarinnen als Hausbesuchsprogramm für MigrantInnen durch MigrantInnen in ihrer jeweiligen Muttersprache. Hintergrund des Angebots von aufsuchender Arbeit ist es in der Konzeption des Nachbarinnen-Projekts, dass somit jene Personen erreicht werden sollen, die eben nicht schon an vorhandenen Programmen teilnehmen.

Der Soziologe Eckhard Hansen beschreibt aufsuchende Methoden (in diesem Fall bezogen auf das schon erwähnte Case Management) als Varianten sozialer Arbeit, die sich an der Nachfrage der KonsumentInnen orientieren und daher auch deren Bedürfnisse in Bezug auf den Zweck und den Inhalt der Leistungen in den Vordergrund stellen (vgl. Hansen 2006: 29). Hausbesuchsprogramme verlaufen daher auch in fünf Stufen – „*Bedarfslagen [...] identifizieren, darauf aufbauend Leistungspläne [...] erstellen, erforderliche Dienstleistungen [...] organisieren, [...] Leistungsprozess [...] kontrollieren und schließlich [...] evaluieren*“ (ebd.: 18). All diese Stufen erfordern die aktive Partizipation der Zielgruppe.

Eine aufsuchende Herangehensweise kann also schon deshalb als partizipativ bezeichnet werden, da sie es der Zielgruppe sozialer Arbeit, die in anderen Ansätzen oft exkludiert von Zielsetzungen und Prozessen ist, ermöglicht, durch die Formulierung eigener Problemstellungen und der vielleicht erstmaligen Inanspruchnahme von Leistungen darauf aufmerksam zu machen, dass MigrantInnen nicht passive Objekte einer Integrationspolitik sind, sondern über Gestaltungsmöglichkeiten verfügen und diese auch einsetzen. Es geht also in gewisser Weise auch um die Formulierung alternativer Identitäten und kollektiver Interessen, die somit in die Öffentlichkeit gebracht werden (vgl. Johnston 2011: 395).

Forschungen zeigen weiters, dass ein zusätzlicher Vorteil der Methode der Hausbesuche darin besteht, die Betreuungssituation in bekannte Sphären zu verlagern und in den Familienalltag einzubauen (vgl. Kreuzer 2006: 110). Aufsuchende Projektarbeit verhilft demnach dazu, Menschen in möglichst „entspannten“ Situationen zu beraten und zu fördern und somit Schritt für Schritt auch zu ermächtigen, anstatt Personen in das kalte Wasser von manchmal bedrohlich wirkenden und unbekannten Einrichtungen zu werfen. Mit Hilfe der aufsuchenden Methode können so institutionelle Barrieren und Abschottungstendenzen vermieden werden. Ebenso kann die Drop-Out-Rate, also die Anzahl jener Familien, die das Beratungsangebot der Nachbarinnen frühzeitig abbricht, verringert werden (vgl. Lanfranchi/Burgener-Woeffray 2013: 609ff.). Grund hierfür ist das Ansprechen der gesamten Familie als Zielgruppe der Beratung, womit die Verantwortung für das Projekt und die eigene Situation aufgeteilt und bei allen Beteiligten verankert werden soll. Gleichzeitig können dabei die Stärken einzelner Familienmitglieder erkannt und gefördert werden. Es handelt sich zusammenfassend also um einen Zugang, der die Partizipation aller Familienmitglieder nicht nur fordert, sondern auch fördert.

Folgerichtig sind nicht nur die Familien selbst PartizipatorInnen, sondern auch die Nachbarinnen in ihrer Funktion als Vermittlerinnen, mit einer ähnlichen Erfahrungen mit den Herausforderungen des Einlebens in einem anderen Land. Es geht dabei um eine Form der Partizipation, die spezifisches Wissen nützt und den Personen, die dieses besitzen, dazu verhilft, es als „ExpertInnen“ weiterzugeben (vgl. Cornwall 2007: 163). Wohl am treffendsten hat diese ExpertInnen-Situation wohl Kawther Abo-El-Eas, eine der Nachbarinnen selbst, in einer Vorstellung bei einer anderen lokalen Beratungseinrichtung am Schöpfwerk beschrieben:

„Ich verstehe die Familie mehr als eine normale Sozialarbeiterin. [...] Das ist das Neue an unserem Projekt, dass wir aus der selben Sprache, der selben Kultur sind, weil ich verstehe, in welche Richtung ich gehen muss um ihr Vertrauen [gemeint sind angesprochene Frauen; Anm. der Verf.] zu gewinnen. [...] Wir beginnen bei uns, wir helfen uns zuerst und geben das dann weiter.“ (Abo-El-Eas/Enan 2013b: 00:36ff.)

Als Zusammenfassung dieser Funktionen äußerte Abo-El-Eas auch jenen Satz der titelgebend für diese Arbeit war:

„Deshalb bin ich als Immigrantin die Frage und die Antwort.“ (Abo-El-Eas/Enan 2013a: 21:14ff.)

Aus dieser Situation, basierend auf einem Austausch über eigene Erfahrungen und einer gleichzeitigen Beratungssituation in gewohnter Umgebung, ergibt sich ein methodischer Fokus des Nachbarinnen-Projekts auf die individuelle Situation von Personen. Im Sinne des capabilities-Zugangs wird dadurch vermittelt, dass keine angeblich homogene Gruppe von MigrantInnen existiert, an die sich Integrationsprojekte wenden sollten (vgl. Sen 2006: 155ff. & Gasper/Truong 2010: 350). Stattdessen wird durch die Betonung der Förderung subjektiver capabilities gewährleistet, dass bestehende Angebote auch zielgruppenspezifisch genutzt werden. Es geht in dieser Form der Projektarbeit darum, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und (öffentliche sowie private) Einrichtungen für MigrantInnen als KlientInnen zu öffnen (vgl. Stark 2008: 212). Es sind diese Merkmale, die Partizipation in dieser Arbeit definieren.

Neben der aufsuchenden Familienarbeit können Konzepte von Muttersprachlichkeit und Mehrsprachigkeit als die zweite Säule der Methodik des Nachbarinnen-Projekts gesehen werden. Welchen Einfluss Sprache auf die gesellschaftliche Partizipation von MigrantInnen haben kann, erläutern etwa Morales und Giugni:

„The most important factor [pertaining to the migration and settlement processes] is certainly the capability one has to understand, read and speak the language of the country of residence. [...] The importance of acquiring fluency in the language spoken in the receiving country has been found to be a strong indicator of political participation.“ (Giugni/Morales 2011: 265)

Diese Argumentation, dass das Erlernen der Sprache nicht nur maßgeblich für Integrationsmaßnahmen sei, sondern diesen sogar vorausgehen müsse, dreht das Nachbarinnen-Projekt um. Im Projekt wird das Erlernen der Sprache des jeweiligen Aufenthaltslandes als Erleichterung der Kommunikation im Alltag und der jeweiligen Orientierung in den gesellschaftlichen Subsystemen gesehen. Die Sprache wird aber, basierend auf sprachwissenschaftliche Forschungen, nicht mehr als Voraussetzung, um aktiv gesellschaftlich teilhaben zu können, definiert. Nur eine schon begonnene Partizipation kann zum sinnvollen Spracherwerb führen:

„Die zentrale Rolle der Motivation in Spracherwerbsprozessen nach den übereinstimmenden Erkenntnissen der Spracherwerbsforschung der letzten Jahrzehnte spricht für die Schaffung

positiver Lernanreize z.B. durch die tatsächliche Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft in Form der Gewährung von kommunalem Wahlrecht oder dem freien Zugang zum Arbeitsmarkt und zum geförderten Wohnungsmarkt.“ (De Cillia 2011: 176)

Das Gefühl der Teilhabe kann also als Anreiz zum Spracherwerb dienen, unter anderem auch durch den so entstandenen Kontakt zur Wohnbevölkerung mit deutscher Muttersprache. Indem die Nachbarinnen sowohl den Erstkontakt als auch die Beratungsangebote in der jeweiligen Muttersprache bestreiten, schaffen sie die Voraussetzung dafür, dass sich die betreuten Familien mit der Situation am Wohnort und etwa in der Schule in gewohnter Umgebung und Sprache vertraut machen können. Durch den Kontakt zu anderen Personen kann das Selbstvertrauen gewonnen werden, auch Sprachkurse zu besuchen. Asha Osman, eine der Nachbarinnen, erwähnte, um den Zusammenhang zwischen Spracherwerb und Partizipation zu illustrieren, in einem Interview etwa folgende Geschichte:

Eine Frau, die im Zuge des Lehrgangs von ihr betreut wurde, wandte sich verzweifelt an sie, da sie erfahren hatte, dass ihre siebenjährige Tochter Gefahr lief, das Schuljahr wiederholen zu müssen. Im Gespräch stellte sich heraus, dass der Grund dafür war, dass das Kind, trotz guter Deutschkenntnisse die Ansagen im Deutschunterricht alle nicht bestanden hatte. Die Mutter hatte in einem Deutschkurs zwar das Wort „Ansage“ gelernt, jedoch niemals verstanden, welche Rolle diesen in der Volksschule zukommt und, wenn die Tochter ihr die jeweiligen Ansagen vorlegte, immer angenommen, es handle sich um Leseübungen und das Kind zum Lernen in ihr Zimmer geschickt. Erst durch die Beratungssituation mit Osman konnte geklärt werden, dass die Mutter zwar das Kind durchaus bei Schulaufgaben unterstützen wollte und konnte, jedoch, da sie bloß das Vokabel „Ansage“ gelernt hatte und sich noch nicht ausreichend mit dem österreichischen Schulsystem auskannte, niemals dem Kind den Text übungsweise diktiert hatte (vgl. Interview mit Asha Osman).

Diese Geschichte zeigt, dass Integrationsmaßnahmen viel mehr bedeuten als reiner Spracherwerb und den von Vertovec so bezeichneten transnationalen Habitus ansprechen müssen. Woher auch soll jemand, der im Schulsystem eines anderen Landes sozialisiert wurde, Spezifika wie eine Ansage kennen? Es handelt sich dabei um eine Art von Wissen, das nur durch Erfahrungen und Teilhabe

erreicht werden kann⁷. Ebenso war das Resultat dieser Beratung, dass für die Frau ein Anreiz entstand, einen weiteren Deutschkurs zu besuchen, um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen, aber auch die eigene Erfahrung weiter zu geben. Denn trotz dem Augenmerk auf die Muttersprachlichkeit und der Anerkennung der Mehrsprachigkeit, motivieren die Nachbarinnen ihre KlientInnen auch zum Spracherwerb, um deren Chancen im kommunikativen Alltag zu erhöhen (vgl. Winkler-Hermaden 2013).

Die im Nachbarinnen-Projekt vermittelten Deutschkurse sind dabei meist solche, die möglichst vor Ort stattfinden, relativ niederschwellig sind und neben reiner Sprachvermittlung auch Module etwa zu Charakteristika des österreichischen Bildungssystems enthalten. Beispielhaft für solche Angebote sind etwa der Kurs „Mama lernt Deutsch“ angeboten von der Stadt Wien (vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/integration/deutsch-lernen/mama-lernt-deutsch/>; Zugriff: 5.12.2013), das „Frauencollege“ des Vereins Interface, das Sprachkurs und Erwachsenenbildung gleichzeitig anbietet (vgl. <http://www.interface-wien.at/3/50/>; Zugriff: 5.12.2013), aber auch Möglichkeiten, in den Nachbarschaftszentren über Sprachtandems alltägliche Kommunikationssituationen zu fördern.

Um zurück zu kommen auf die einführenden W-Fragen, kann in der Analyse der konkreten Projektmethodik konstatiert werden, dass die Zielgruppe selbst (Nachbarinnen und Familien) partizipiert und in partizipatorischer Weise miteinander agiert. Ebenso werden existierende Angebote hinzugezogen, die die Teilhabe der Personen stärken sollen. Es handelt sich dabei nach Chambers sowohl um „participation by the people“ als auch eine „joint-participation“ (vgl. Chambers 2011: 165). Die Teilhabe geschieht durch eine individuell ausgerichtete Beratung und Familienpläne, die gemeinsam bestimmt werden, durch die niederschwellige Kommunikation in der eigenen Sprache, aber auch durch die Anstellung der Nachbarinnen als Expertinnen für Migrationserfahrungen. Sie dient dazu MigrantInnen Chancen zu ermöglichen, aber auch Restriktionen bestehender Maßnahmen aufzuzeigen und diese zu verändern.

Somit erfüllt die Methodik Ansprüche einer interkulturellen Sozialarbeit, wie sie etwa Christian

⁷ Im Übrigen erscheint es aus partizipatorischer und integrationspolitischer Sicht befremdlich, dass das österreichische Schulsystem auf Leistungen der Eltern nach Ende des Schultages aufbaut, da somit jene Kinder – migrantisch oder aus der Mehrheitsbevölkerung stammend – benachteiligt werden, deren Eltern weder die Zeit noch die Möglichkeit dazu haben.

Stark definiert:

„Interkulturelle Sozialarbeit sollte sowohl die individuellen, kulturellen als auch die strukturellen Aspekte von Benachteiligung von Migrant/innen berücksichtigen.“ (Stark 2008: 210)

7.1.2. Planungsphase

Eine Analyse der Partizipation in der Planung des Projekts muss zwei unterschiedliche Bereiche betrachten. Zum Einem sind die Ziele, die nun einmal in dieser Phase ausformuliert wurden, nach partizipativen Aspekten zu untersuchen. Andererseits muss auch ein Augenmerk darauf gelegt werden, inwieweit die Projektzielgruppe schon in die vorbereitenden ersten Schritte des Projekts einbezogen wurde.

Die grundsätzlichen Ziele des Projekts bestehen – wie schon zu Anfang erwähnt – darin, die sozialräumliche Integration bisher zurückgezogen lebender Familien zu stärken und ihre Orientierung im österreichischen Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem zu fördern. Aber auch die Ausbildung und vor allem die Anstellung der Nachbarinnen als muttersprachliche Beraterinnen ist Ziel des Projekts. Insofern verfolgt es, neben der Anerkennung von professioneller Mehrsprachigkeit, auch die Integration von MigrantInnen in den österreichischen Arbeitsmarkt. Gerade diese Arbeitsmarktintegration ist, wie etwa Gudrun Biffl argumentiert, auch für die sozialräumliche Integration und das Nutzen wohlfahrtsstaatlicher Institutionen von enormer Wichtigkeit, da mit einer Anstellung auch eine gesetzliche Sozialversicherung verbunden ist (vgl. Biffl 2008: 7f.).

Partizipation durch sozialräumliche Integration

Grundsätzlich sind sowohl das Ziel sozialräumlicher Integration als auch jenes der Ausbildung und Anstellung von MigrantInnen offensichtlich partizipativ. Dabei wird von empirisch auch nachweisbaren schlechteren Ausgangslagen bezüglich des Informationsstands von MigrantInnen und deren Kindern in den wohlfahrtsstaatlichen Systemen, aber auch einer Schlechterstellung im Bildungsverlauf und am Arbeitsmarkt ausgegangen (vgl. ebd.: 16.). Auch die Daten der Statistik Austria zum Gesundheitssystem unterstützen dieser Einschätzung. Demnach sind nicht nur

permanente Gesundheitsbeschwerden bei MigrantInnen häufiger vertreten, sondern auch notwendige Arztbesuche werden weniger getätigt (vgl. Statistik Austria 2013: 68f.). Vor allem im präventiven Bereich – und hier insbesondere in jenem, der Frauen betrifft, wie etwa Mammografien oder Krebsabstriche – bestehen immer noch starke Unterschiede in der Inanspruchnahme: Über drei Viertel der 40-jährigen autochtonen Österreicherinnen unterziehen sich laut Statistik im Jahr einer Mammografie, während bei Migrantinnen dieser Anteil nur 55 Prozent beträgt (vgl. Österreichischer Integrationsfonds 2011a: 22f.).

Auch im Bildungsbereich und in der Erwerbstätigkeit kann aufgezeigt werden, dass signifikante Unterschiede zwischen migrantischer Bevölkerung und Mehrheitsgesellschaft herrschen. In Bezug auf Bildung kann dabei in Österreich generell von einer geringen sozialen Mobilität gesprochen werden – was im Prinzip bedeutet, dass der Bildungsstatus der Kinder sich nur selten von jenem der Eltern unterscheidet und ein sozialer Aufstieg durch Bildung wenn dann nur besonders langsam geschieht. Dies trifft noch stärker auf Kinder von MigrantInnen zu. In der Folge ist auch die Arbeitsmarktintegration junger MigrantInnen geringer als jene von autochtonen ÖsterreicherInnen im selben Alter (vgl. Biffl 2008: 12ff.). Auch für Deutschland konnte diese Zustandsaufnahme in einer aktuellen Studie zur Diskriminierung gegenüber Minderheiten im Bildungssystem bestätigt werden (vgl. Alscher 2013). In Biffls Zusammenfassung dieser Fakten heißt es daher:

„[I]t is not only the labour market which represents a challenge for youth but also the educational system and its capacity to adapt to the increasing diversity of the students and the changing skill needs to raise the employability of youth.“ (Biffl 2008: 16)

Die Rolle des Projektes besteht nun darin, dass Nachbarinnen etwa zu präventiven gesundheitlichen Maßnahmen oder Gesprächen mit der Schule – schon vor negativen Zeugnissen – raten und gleichzeitig dafür zuständig sind, aufzuzeigen, wo dies überhaupt möglich ist. Dadurch wird im Projekt auch implizit angesprochen, dass fehlende Systemkenntnisse nicht Schuld der MigrantInnen sind, sondern vor allem auf strukturellen Unzulänglichkeiten beruhen:

„[A] focus on individual-level factors overlooks the crucial role played by the political and institutional context. [...] This is all the more important in the case of migrants, as they often face a political and institutional setting that is completely different from the one they were used to in their country of origin.“ (Morales/Giugni 2011: 8)

Die Nachbarinnen sind in dieser Auffassungsweise jene Personen, die die Brücke zwischen Erfahrungen im Herkunftsland und Voraussetzungen vor Ort schlagen. Durch ihre Arbeit findet folgenderweise eine Form der Partizipation statt, in der MigrantInnen aktiv statt reaktiv nationale oder kommunale Angebote nutzen. Dies bedeutet weiters, dass MigrantInnen innerhalb der jeweiligen Strukturen auch als *decision makers* wahrgenommen werden. Nohl meint dazu kurz und bündig, „*dass nur durch eine stärkere Partizipation dieser Menschen [von gesellschaftlichen Subsystemen Ausgeschlossene; Anm. der Verf.] sichergestellt werden kann, dass sie auch in die Funktionssysteme integriert werden.*“ (Nohl 2008: 26)

Partizipation bedeutet somit nicht nur individuelle Teilhabe, sondern birgt auch ein strukturelles Veränderungspotenzial in sich. Sie ist orientiert an der Prozesshaftigkeit sozialräumlicher Integration, anstatt Integration durch das reine Erreichen einzelner Elemente dieser zu essentialisieren. Hier zeigt sich auch, wie der handlungszentrierte Ansatz der Stärkung von capabilities zusammengebracht werden kann mit Partizipation in demokratischen Strukturen (vgl. Williams 2004: 97f.).

Gleichzeitig ist für das Konzept der sozialräumlichen Integration wichtig, wie der lokale Raum in das Projekt einbezogen wird. Im konkreten Fall des Nachbarinnen-Projekts etwa bedeutet dies, dass in Zusammenarbeit mit Stadtteilzentren Bezirke identifiziert wurden, in denen an vorhandene Angebote angeschlossen werden konnte, der Bedarf für diese aber erfahrungsgemäß weitaus größer war. Sollte sich das Projekt wie geplant auf die gesamte Stadt Wien ausbreiten, würde allerdings immer noch jede Nachbarin bloß dem ihr bekannten Bezirk zugeteilt bleiben, um eben eine lokale Verankerung sowie die Möglichkeit der aktiven Involvierung von Familien etwa bei Reflexionsrunden in ihnen bekannten Gebieten und ohne weite und oftmals teure Anfahrtswege zu sichern. Trotz dieser lokalen Verankerung in den jeweiligen Bezirken basiert das Projekt auf Informationen sowohl von anderen Wiener Projekten, aber auch aus den Niederlanden und Deutschland, bezieht sich auf die österreichische nationale Integrationspolitik und jene der Stadt Wien und wurde in Lokalmedien ebenso rezipiert, wie in nationalen und internationalen. Somit ist mit dem Ziel, sozialräumliche Integration zu erreichen, auch die Weiterverbreitung von Informationen über das Projekt verbunden, die weit über die lokale Ebene hinaus geht.

Partizipation der Zielgruppe

Die Vorbereitungsphase des Projekts war vor allem geprägt durch die Ausformulierung des endgültigen Konzepts sowie die Antragsstellung für Finanzierungen und die Organisation des Lehrgangs – inklusive der Auswahl der ersten sechzehn TeilnehmerInnen daran.

Sobald Christine Scholten und Renate Schnee die Idee, aufsuchende Familienarbeit anzubieten zu einem Projekt konkretisierten, wurde Gül Ekici, die schon freiwillig als muttersprachliche Beraterin am Schöpfwerk tätig war, hinzugezogen. Dabei ging es vor allem um die Formulierung der Zielvorstellungen und der Herausforderungen, die durch das Projekt angesprochen wurden. Gül Ekici war somit von Anfang an Teil des planenden Teams. Sie selber bezeichnet ihre Rolle in jener Phase folgendermaßen:

„Von Anfang an fragten mich Renate Schnee und Christine Scholten welche Probleme die Zuwanderer haben. Da ich so viel wusste über Migrantinnen haben sie mich gefragt, ob ich mitmache. Ich war bei den Besprechungen auch dabei. Da ich mich mit der Kultur auskenne habe ich mitbestimmt wie die Beratung sein sollte.“ (Ekici 2013)

Impulse, die von Gül Ekici bezüglich der Art der Beratung kamen, waren *„Hausbesuche, Schulprobleme von Migrantenkindern, wie die Familien die Kinder unterstützen können, Muttersprachliche Beratung“* (ebd.).

Es zeigt sich also, dass mit Gül Ekici durchaus eine der Zielgruppe zugehörige Person (als zukünftige Nachbarin) in die Projektplanung einbezogen wurde. Sie hatte eine Funktion inne, die in Arnsteins Typologie zwischen Beschwichtigung („placation“) und Partnerschaft fallen würde. Maßgebend für diese Klassifikation ist vor allem, dass nur eine ausgewählte Person aus der Zielgruppe einbezogen wurde, dafür hatte diese einen relativ großen Einfluss auf die verwendete Methodik und Entscheidungsfreiheit im Projektteam. Was in der Konzipierung der Nachbarinnen jedoch nicht geschah, war eine Involvierung der vom Projekt angesprochenen Wohnbevölkerung, die partizipativ die Richtung des Projekts lenken konnte – im Sinne von *claiming citizenship*. Es handelte sich also nicht um eine Form des Projektmanagements, das mit einer *invited space* nach

Andrea Cornwall begann, in der Wohnbevölkerung, ProjektextpertInnen und VertreterInnen öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen gemeinsam Planungsgrundsätze definieren (vgl. Cornwall 2004: 76).

Zurückgeführt werden kann diese fehlende Partizipation durch die Bevölkerung wohl auch auf die Funktion als Pilotprojekt. Ein weiterer Faktor schien gewesen zu sein, das Projekt möglichst schnell auf die Füße zu stellen, also noch bevor öffentliche GeldgeberInnen wie z.B. das BMASK in einer nächsten Legislaturperiode eventuell ideologisch so besetzt würden, dass die Ziele der Nachbarinnen nicht mehr als relevant angesehen würden. Nach der Finanzierung des Projekts wurde außerdem in weiteren Phasen auf mehr Partizipation geachtet.

Bei der Auswahl der LehrgangsteilnehmerInnen wurde insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den kooperierenden Beratungsstellen in den zwei ausgewählten Stadtteilen geachtet. (Die beiden Stadtteile wiederum wurden eben deshalb ausgewählt, da es von Seiten der Projektleitung schon bestehende Kontakte zu und erfolgreiche Kooperationen mit diesen Stellen gab.) Diese Stellen sind das Stadtteilzentrum „Bassena am Schöpfwerk“ im zwölften Bezirk, sowie „PIRAMIDOPS – Verein für Jugend- und Gemeinwesenarbeit“ im Nordbahnviertel, der sowohl den zweiten und den zwanzigsten Bezirk bedient. Bassena und PIRAMIDOPS konnten aus der eigenen Erfahrung und mit Hilfe einer Sozialraumanalyse abschätzen, dass der Bedarf für muttersprachliche Beratung vor allem auf Türkisch, Arabisch und Tschetschenisch bestand, dementsprechend wurde nach Frauen mit eben diesen Muttersprachen gesucht (vgl. Fischer/Krainhöfner 2013a: 11f.). Die Bewerbungen wurden in den beiden Stellen öffentlich ausgeschrieben und an andere Beratungszentren weitervermittelt. Die letzte Auswahl fand durch die Projektleitung statt, die insbesondere auf die sozialräumlichen Kenntnisse der Frauen und ihre Deutschkenntnisse für die Kommunikation innerhalb des Projekts sowie ein Interesse an der Ausbildung achtete. Ebenfalls stand die persönliche Erfahrung der Teilnehmerinnen im Vordergrund sowie ihr Wunsch diese, weiterzugeben (vgl. ebd.: 20).

Auch der Auswahlprozess verlief daher streng genommen nicht partizipativ. Zwar wurden Informationen durch Beratungsstellen, in denen Personen der Zielgruppe tätig sind, eingeholt, wer tatsächlich eine Ausbildung zur Nachbarin erhalten würde war jedoch alleinige Entscheidung der

Projektleitung. Der Rekrutierungsprozess kann mit Sicherheit für einen nächsten Lehrgang mit einem stärkeren Fokus auf Teilhabe verlaufen, allerdings bleibt zu bezweifeln, ob Bewerbungsgespräche jemals partizipativ sein können.

Partizipatorisches Fazit der Planungsphase

Generell ist aus den vorangegangenen Ausführungen festzustellen, dass Partizipation zumindest für die Zielsetzung des Nachbarinnen-Projekts an erster Stelle steht. Müsste man das Projekt in nur einem Satz beschreiben, so könnte dieser durchaus lauten: „Das Projekt ‘Nachbarinnen in Wien’ hat zum Ziel die Partizipation von MigrantInnen an der österreichischen Gesellschaft und ihren Versorgungssystemen zu stärken.“

Was die Partizipation im tatsächlichen Projektmanagement der Vorbereitungsphase betrifft, ergeben sich etwas unterschiedliche Schlussfolgerungen. Zwar konnte das Projekt, durch die Beiträge von Gül Ekici, die Teilhabe einer späteren Nachbarin in der Konzipierung sicherstellen und neue Perspektiven für das Projekt selbst erarbeiten. Jedoch wurde weder eine breitere Bevölkerung in die Planung einbezogen, noch konnte die Zielgruppe bestimmen, wer eine Ausbildung erhalten sollte. Es ist davon auszugehen, dass in einem nächsten „Durchgang“ des Projekts einige dieser partizipatorischen Defizite angesprochen und gelöst werden. Allerdings erscheint es illusorisch, jeden einzelnen Meilenstein im Projektmanagement, vor allem das Auswahlverfahren, mit Teilhabe der Zielgruppe zu beschreiten.

7.1.3. Der Lehrgang zur Nachbarin

Im ersten Lehrgang ab Februar 2013 konnte die Konzipierung des Nachbarinnen-Projekts auf die Probe gestellt werden. Als Administratorin für den fünfmonatigen Kurs wurde vom Verein eine Lehrgangsleiterin eingestellt, die als zentrale Ansprechperson für die Teilnehmerinnen diente, jedoch außer einigen Einheiten zu Grundregeln des Lehrgangs und Reflexionseinheiten keinen inhaltlichen Input lieferte. Dieser wurde von Expertinnen aus der Praxis der Beratungsstellen in Wien, sowie einiger Magistratsabteilungen gegeben. Ein grobes Curriculum war dafür zu Beginn festgelegt worden.

Bei der Betrachtung der Partizipationsaspekte der rein inhaltlichen Gestaltung des Lehrgangs sind daher zwei Punkte festzustellen. So war erstens der Lehrplan deshalb nicht komplett durchgeplant, um Raum für die Vorschläge der Teilnehmerinnen zu geben, aber auch die Möglichkeit zu haben, das Gelernte zu reflektieren, unklare Punkte eventuell auch noch einmal zu besprechen und die Gestaltung des Arbeitsalltags der Nachbarinnen anhand des Gelernten mit den Frauen im Kurs zu formen. In der Literatur zu Partizipation in der Praxis wird diese offene Strukturierung von Projekten, die das Engagement und die Entscheidungsmacht von betroffenen Gruppen fördert, als eines der grundlegenden Merkmale für partizipatives Projektmanagement klassifiziert (vgl. Cornwall 2007: 173 & Holland/Brocklesby/Abugre 2004: 263).

Zweitens sollte auch die Auswahl der Expertinnen, die in einzelnen Einheiten der Ausbildung unterrichteten, ein Bild der Teilhabe von Migrantinnen abbilden. Drei Viertel der achtzehn Referentinnen hatten selbst Migrationserfahrungen – die meisten auch mit der selben Muttersprache wie jene von einigen Teilnehmerinnen – und konnten somit nicht nur als Vorbild für die Teilnehmerinnen gelten, sondern waren auch repräsentativ für die Gruppe der Frauen in der Ausbildung (vgl. Fischer/Krainhöfner 2013b: 19). In den Einheiten des Kurses entstand so schnell ein Klima, das die transnationale Erfahrung von Lehrenden und Lernenden in den Vordergrund stellte, vor allem da, nach einem einführenden Referat der Expertinnen, stets für die Teilnehmerinnen Zeit reserviert war, um das Gehörte in Handlungshilfen für die Arbeit als Nachbarinnen zu übersetzen. Die Fähigkeiten der Frauen mit Hilfe ihrer konkreten Erfahrungen von Emigration, Neu-Ankommen und Orientierung in der nächsten Umgebung wurden zur Grundlage der Handlungsmacht der Nachbarinnen gemacht (vgl. Pessar/Mahler 2001: 8f.). Gewissermaßen war das Ziel, um mit Vertovec zu sprechen, die Entwicklung eines transnationalen Habitus in der Beratungssituation, der sowohl Verständnis für die Situation der betreuten Person zeigt als auch das Wissen über Rechte und Pflichten in den gesellschaftlichen Subsystemen zur Verfügung stellt (vgl. Vertovec 2004: 24). Im Wesentlichen deckten die Lehrgangsinhalte die von Ager und Strang definierten vier Dimensionen, in denen sich einzelne Indikatoren der sozialräumlichen Integration identifizieren lassen, ab. Der Fokus lag dabei klar auf der Dimension des Zugangs zu öffentlichen Gütern und dem Arbeitsmarkt (inklusive der Informationen zur Erreichung dieses), der Aufklärung über Rechte und Pflichten, wie auch der Kommunikation (vgl. Ager/Strang 2008: 184f.).

Es lässt sich daher feststellen, dass der Kurs nicht nur zum Erlernen von Gesetzen und Funktionsweisen, etwa des Gesundheitswesens oder der sozialen Wohlfahrt in Wien diente, sondern in sich selbst einen Lernprozess für das Projekt darstellte. Zentral ist dabei, dass konkrete Inputs von und der Austausch zwischen den Teilnehmerinnen über ihre individuellen Erfahrungen klar auch im Mittelpunkt der später angewandten Arbeitsmethodik stehen. Nebenbei wurden durch Aufzeichnung der Brainstormings unter den Teilnehmerinnen auch Daten für eine Evaluation des Projekts gesammelt. Estrella und Gaventa bringen den Lernprozess von Partizipation daher wie folgt perfekt auf den Punkt:

„Participatory evaluation [is characterised] as a process of individual and collective learning, [...] as an "educational experience" for those various parties involved in a development programme. [...] The process of learning in PM&E is further perceived as a means for local capacity building. [...] The learning process in PM&E is premised upon the principle that it supports existing community skills and resources.“ (Estrella/Gaventa 1998: 22f.)

Das wohl markanteste Beispiel individueller und kollektiver Lernprozesse durch Partizipation kann im Nachbarinnen-Projekt an der Entwicklung der Arbeitsinstrumente festgemacht werden. Schon zu Beginn der Ausbildung waren zwei Workshops mit den TeilnehmerInnen sowie der Projektleitung und dem Evaluationsteam – einer zu Beginn des Kurses, einer knapp vor Ende – angesetzt. Ziel dieser Workshops war es, Arbeitsmaterialien zu gestalten, die sowohl für die konkrete Arbeit der Nachbarinnen unterstützend sein sollten als auch als Mittel zur Datengenerierung für die Evaluation dienen könnten.

Im ersten Workshop Anfang März 2013 wurde daher vermittelt, wozu Aufzeichnungen über die Betreuungssituation gemacht werden sollten und an die Frauen die Aufgabe gestellt, sich eine Form der Aufzeichnung zu überlegen. Vorläufige Ergebnisse waren das Führen eines „Familienbuchs“ das von der Familie aufbewahrt werden sollte. Darin sollten Ziele und Maßnahmen der jeweiligen Familienbetreuung sowie allgemeine Informationen über die Nachbarin und ihre Zuständigkeiten aufgeschrieben werden. Parallel dazu sollte jede Nachbarin über ein „Arbeitsbuch“ verfügen, das alle betreuten Familien, wie ebenfalls Ziele und Maßnahmen auflistet. Aufgrund dieser Vorschläge

der Teilnehmerinnen wurde von der Projektleitung ein noch rudimentär gestaltetes Heft verteilt, das für die „Probe-Betreuung“ zum Kursabschluss verwendet wurde.

Im zweiten Workshop Mitte Juni konnte dadurch schon auf Erfahrungen in der Praxis zurückgegriffen werden und somit die tatsächliche Gestaltung des Inhalts und des Formats von den Teilnehmerinnen übernommen werden. Wichtige Inputs der Kursteilnehmerinnen betrafen dabei nicht nur das, was aufgeschrieben werden musste, sondern auch, dass das Buch möglichst klein sein und in bunten Farben gehalten sein sollte. Gerade auf die Ästhetik des Arbeitsmittels wurde dabei von allen Teilnehmerinnen besonderes Augenmerk gelegt (vgl. Kandil 2013). Die farbige Gestaltung der Seiten wurde daher von den Frauen in einem Workshop mit einer Illustratorin entwickelt.

Das vorläufige Ergebnis der Gestaltungsworkshops ist ein buntes Büchlein, etwa so groß wie eine quadratische Grußkarte mit dem gelben Logo der Nachbarinnen verziert. Die einzelnen Inhalte (Familie, Nachbarin, Zuständigkeiten, Ziele, Maßnahmen, Termine, Meilensteine, Tipps und wichtige Adressen) sind dabei in unterschiedlichen Farben gestaltet. Als Arbeitsbuch wurde von den Frauen ein simples Notizbuch mit Kalender vorgeschlagen, die Systematik der Aufzeichnung unterliegt dabei der jeweiligen Nachbarin. Seit Beginn der Betreuungsphase sind beide Bücher im Einsatz und werden mit Sicherheit noch in Teamsitzungen besprochen und erweitert werden.

Neben den Familien- und Arbeitsbüchern, zählt auch die Bekleidung zu den Arbeitsmitteln der Nachbarinnen. Während eines gemeinsamen „Basteltages“ im Mai 2013 wurden Stofftaschen und Tücher mit dem Nachbarinnen-Logo von einigen KursteilnehmerInnen, aber auch anderen am Projekt interessierten Personen hergestellt. Außerdem wurde an diesem Tag der Vorschlag einiger Frauen, eine Art „Willkommensgeschenk“ für die betreuten Familien anzubieten, aufgenommen und Buttons, Notizbücher und Haarnadeln mit dem Logo versehen.

Anhand der gemeinsamen Gestaltung, Entwicklung und Fertigung der Arbeitsmaterialien der Nachbarinnen lassen sich auch die W-Fragen der Partizipation für den Lehrgang beantworten.

Die Form, in der partizipiert wurde, war durch den Aufbau des Kurses gegeben, der ohnehin auf den Input der Teilnehmerinnen ausgerichtet war. Außerdem wurden Workshops angesetzt, in denen teils durch Kleingruppenarbeit, aber auch durch Rollenspiele und Fallbeispiele die Gestaltung der Materialien ermittelt werden sollte. Die Partizipation an dieser Gestaltung sollte dabei schlussendlich der eigenen Praxis als Nachbarin dienen und gewährleisten, dass die Instrumente für alle Teilnehmerinnen verständlich und möglichst schnell und einfach einsetzbar sind. Teilnehmende waren insofern vor allem die auszubildenden Frauen selbst, aber auch die Projektleitung und das Evaluationsteam, mit dem Interesse, unterstützende Daten sowohl für die Administration und die finanzielle Gebahrung des Vereins als auch für Monitoring und Evaluation des Projekts zu generieren und schriftlich festzuhalten.

Chambers meint zum Gewinn durch solche Formen der Partizipation:

„[P]eople enjoy and learn from the processes of analysis and sharing of knowledge, values, and priorities, and feel good at discovering what they can show and express, and having their views heard. [...] In principle, the more participatory a process, the more local people will identify their own indicators and then monitor them.“ (Chambers 2007: 22)

Nicht zuletzt sind die partizipatorischen Lernprozesse im Nachbarinnen-Lehrgang auch wichtig für das Monitoring und die Evaluation desselben und dienen so auch der inhaltlichen Gestaltung des zweiten Kurses. Nach der Klassifikation von Estrella und Gaventa können die partizipatorischen Methoden daher zur Messung des Impacts eingesetzt werden, aber auch für die weitere Planung, das Projektmanagement und das institutionelle Lernen innerhalb des Projekts (vgl. Estrella/Gaventa 1998: 6).

7.2. Partizipation weitertragen: die Zukunft des Nachbarinnen-Projekts

Nach der ersten Vorbereitungsphase begann im September 2013 die tatsächliche Projektarbeit. Ziel dieses Abschnitts soll es daher sein, darzustellen, welche weiteren Formen der Partizipation in der tagtäglichen Praxis der Nachbarinnen festzustellen sind. Außerdem soll gezeigt werden, wie die Lernprozesse aus Planung und Lehrgang neue Richtungen für das Projekt aufgewiesen haben, die nicht von Anfang an intendiert waren.

7.2.1. Neue Stakeholder in der Betreuungsphase

Die Auslegung von Partizipation als Teil von Lernprozessen innerhalb des Projekts wird ohne Frage auch in der Betreuungsphase relevant für die Teilhabe darin sein. Bereits genannte Formen, wie etwa die Entwicklung der Materialien und die Datengenerierung durch die Nachbarinnen, werden mit Beginn ihrer praktischen Arbeit fortgeführt und sogar an Ausmaß gewinnen.

Weiters kommen in dieser Phase weitere Stakeholder bezüglich Partizipation zum Projekt dazu, nämlich die betreuten Familien. Diese sollen einerseits in der persönlichen Beratung eigene Meinungen, Vorschläge und Ideen einbringen können und andererseits auch auf der Ebene des gesamten Projekts Raum zur Artikulation erhalten.

Partizipative Elemente in der Familienbetreuung wurden, insbesondere im Abschnitt zur Projektmethodik, schon ausführlich besprochen. Im wesentlichen steht dabei im Vordergrund, dass keine „one-size-fits-all“-Vorschläge von Seiten der Nachbarinnen gemacht werden, sondern jeweils die individuelle Familiensituation betrachtet wird. Mit Hilfe des Familienbuchs, das von der Familien aufbewahrt wird, soll dabei sichergestellt werden, dass Familienmitglieder die Verantwortlichkeit über die Erreichung der Ziele übernehmen. Es wird genau festgehalten, welche Schritte von wem gesetzt werden müssen und auch kleinere Kinder können miteinbezogen werden, indem bunte Sticker zu jedem erlangtem Meilenstein geklebt werden. Somit werden aktionsbezogene Methoden zur partizipativen Evaluation verwendet, wie sie etwa Chambers beschreibt (vgl. Chambers 2007: 13).

Das Konzept der eigenen Verantwortung spielt auch bei der Beanspruchung von Lernhilfe eine Rolle. Diese wurde als eine Art „Beiwagen“ zum Nachbarinnen-Projekt organisiert und wird seit September von StudentInnen der jeweiligen Schulfächer und professionellen NachhilfelehrerInnen abgehalten. Finanziert wurde die Lernhilfe über die Spendenplattform respekt.net. Jede Familie muss allerdings einen symbolischen Beitrag von zwei Euro zur Lernhilfe leisten, um sicher zu gehen, dass die Termine auch tatsächlich eingehalten werden und die Verantwortung für den Schulerfolg der Kinder nicht externalisiert wird (vgl. Scholten 2013: 21).

Die zweite Form, in der Familien am gesamten Projekt partizipieren können, wurde durch Reflexionstreffen geschaffen. In regelmäßigen Abständen sollen diese an möglichst zentralen Orten – etwa in den schon genannten kooperierenden Beratungsstellen in den Bezirken – stattfinden, die Teilnahme daran ist freiwillig. Dabei sollen Raum und Möglichkeiten geboten werden, dass Nachbarinnen und Familien gemeinsam mit den Projektkoordinatorinnen Erfahrungen austauschen, aber auch Erfolge weitergeben und Kritik anbringen können.

Offensichtlich ist, dass die Reflexionstreffen zum prozesshaften Lernen innerhalb des Projekts beitragen können, wie es eben schon beschrieben wurde. Es gilt dabei nicht nur für den weiteren Projektverlauf zu lernen, sondern durch den Austausch auch einzelne Fallbetreuungen zu reflektieren und mit Hilfe der Erfahrungen anderer Nachbarinnen neue Impulse zu geben.

Eine weitere partizipative Funktion der regelmäßigen Treffen ist die Stärkung des Gefühls von Seiten der Familien und Nachbarinnen, TrägerInnen des Projekts zu sein. In der EZA wurde dieses Prinzip als *ownership* bekannt und in der Paris Declaration on Aid Effectiveness sowie der Accra Agenda of Action zu einem ihrer Grundprinzipien bestimmt. Obwohl sich diese Dokumente auf die Koordination von Entwicklungsmaßnahmen zwischen Staaten beziehen, ist das Ziel ein ähnliches wie auf der Ebene von Projekten. Im wesentlichen geht es nämlich darum, eigene Lösungsansätze zu entwickeln und die Verantwortung für diese zu tragen (vgl. OECD 2008: 16). In der Zielsetzung des Nachbarinnen-Projekts bedeutet *ownership*, dass Nachbarinnen und Familien selbst jene sind, die den Fortlauf des Projekts sicherstellen. Dies geschieht durch das Weitergeben persönlicher Erfahrungen, die im besten Falle anderen Personen dazu verhelfen, ihre eigene Lebenssituation zu verbessern. Der Leitung des Projekts fällt somit nur noch eine administrative Funktion zu. In der Forschung zu partizipativen Projektmethoden wird Verantwortung, wie sie die Nachbarinnen übernehmen, folgendermaßen beschrieben:

„Various schools of participatory research [...] explicitly seek to enable marginalized actors to articulate what they know, contesting the hegemony of 'experts' to build countervailing knowledge that recognizes people's lived experience and constructions of their own realities.“ (Cornwall 2004: 86)

Bezogen eben auf Gruppentreffen heißt dies weiters:

„Participatory methods can transform the business-as-usual patterns of domination of meetings and help create space for alternative world-views to emerge and be articulated.“ (ebd.)

Inwieweit sich die Familien selbst tatsächlich in das Projekt eingebunden fühlen, soll mit Beginn des zweiten Nachbarinnen-Lehrgangs im Februar 2014 evaluiert werden, wenn erste Fälle abgeschlossener Betreuungen vorliegen. Die Daten sollen dabei durch die Dokumentation von Abschlussgesprächen zwischen Nachbarin und Familie, einer eigenen Evaluation der Familie (wobei die Form, in der diese geschehen soll noch nicht klar ist) sowie dem Familienbuch und den Mitschriften von Reflexionstreffen generiert werden. Es soll somit sichergestellt werden, dass Familien auch ohne die Beisein der Nachbarin Kritik am Projekt anbringen können.

7.2.2. Wellen schlagen – Weitere Erfolge des Projekts

Der partizipative Ansatz des Nachbarinnen-Projekts war nicht nur für geplante Aktivitäten, wie etwa die Entwicklung der Arbeitsmittel der Nachbarinnen, von Vorteil, sondern trug auch Früchte, die zu Beginn nicht vorausgesehen werden konnten.

Zum einen verhalf die offene Struktur des Lehrgangs, in der die Teilnehmerinnen selbst Verantwortung für das Gelernte und die Weitergabe dessen übernehmen mussten, einer Frau laut eigener Aussage dazu, ihre Talente in der Projektadministration weiterzuentwickeln. Nach Besprechungen mit der Projektleitung wurde sie daher nur für eine geringere Arbeitszeit als die üblichen zwanzig Wochenstunden als Nachbarin angestellt. Den Großteil ihrer Arbeitszeit wird sie als Assistentin der Projektleitung agieren. Mit Anfang 2014 soll sie die operative Geschäftsleitung des Projekts übernehmen (vgl. Scholten 2013: 14).

Diese Maßnahme, nämlich eine der Zielgruppe zugehörige Person gesamtverantwortlich für das Projekt zu machen, ist ganz deutlich als ein großer Schritt hin zu einem komplett partizipativ ausgerichteten Projektmanagement zu sehen. In Arnsteins Worten stünden die Nachbarinnen somit zwischen Delegation von Macht und Kontrolle durch die Zielgruppe (vgl. Arnstein 1969: 222f.).

Der Nutzen darin, administrative Tätigkeiten soweit wie möglich Projektinvolvierten zu überlassen,

ist offensichtlich:

„By having local people involved in administration and co-ordination, a project may not only increase the self-reliance of the local people, by training them in techniques of project implementation, but valuable inside information and advice may also be gained concerning local problems and constraints affecting the given project.“ (Cohen/Uphoff 2011: 46)

Zwar bezieht sich dieses Zitat auf die Anwendung partizipativer Methodiken in der ruralen Entwicklung, ist aber für den vorliegenden Kontext ebenso aussagekräftig. Wiederum wird hier der Aspekt des Lernens innerhalb von Projekten herausgestrichen, den Partizipation möglich macht. Außerdem wird die Wichtigkeit von Administration durch Involvierte für partizipative Evaluationsprozesse erwähnt, die im Nachbarinnen-Projekt mit Familienbuch und Arbeitsbuch geschieht. Neben diesem Zusammenhang ist die Anstellung einer Geschäftsführerin, die selbst zur Zielgruppe des Projekts zählt, vor allem auch aus repräsentativer Perspektive von Bedeutung. Sie unterstreicht die Förderung von capabilities, die dem Projekt zu Grunde liegt und stellt klar, dass MigrantInnen aktive Subjekte der Integrationspolitik, statt reine Objekte ihrer Maßnahmen sind.

Der zweite Erfolg, der sich aus dem bisherigen Projektverlauf ergeben hat, ist, dass durch die große Medienresonanz, die nicht zuletzt von den Nachbarinnen selbst eingeleitet wurde, die Vorgehensweise aufsuchender Familienarbeit über die Bezirke, in denen das Projekt tätig ist, hinaus bekannt wurde. Im Herbst 2014 soll daher ein erster Nachbarinnen-Lehrgang in Linz stattfinden, der sicher dazu beitragen kann, partizipative Methodiken weiter zu verbreiten (vgl. Scholten 2013: 19). Die Ausweitung des Projekts zeigt, dass das Interesse besteht – von Seiten der Gemeinden, wie auch der Zielgruppe –, neue Wege im integrativen Bereich zu gehen, die Erfahrungen und Wissen der MigrantInnen selbst anerkennen und nutzen.

Es zeigt sich also: Auch wenn die partizipative Einbindung Projektbeteiligter manchmal mit einem größeren Aufwand, zeitlich und arbeitstechnisch, verbunden war, konnte damit das Projekt zielgenauer werden, spezifische Stärken entwickeln und vor allem wurden schon während der ersten Betreuungsphase Erfolge erzielt, mit denen niemand zuvor gerechnet hätte.

7.3. *Lessons learnt? Möglichkeiten, partizipative Methodiken in einem Integrationsprojekt einzusetzen*

Der Grundgedanke dieser Arbeit ist es gewesen, einzuschätzen, welche partizipativen Methoden in der täglichen Arbeit der Nachbarinnen eingesetzt werden und wozu sie dienen können. Es konnte gezeigt werden, dass, obwohl sich das Projekt erst in einer Anfangsphase befindet, schon zu diesem Zeitpunkt die partizipative Arbeit Früchte trägt. Im folgenden Abschnitt soll daher, wenn auch nur schemenhaft, noch einen Schritt weitergedacht werden und aufgezeigt werden, welche der im Nachbarinnen-Projekt verwendeten Methoden auch in anderen Projekten einsetzbar wären.

Schon die ersten Interviews mit Lehrgangsteilnehmerinnen haben einen relevanten Erfolg des Projekts dargelegt, nämlich, dass das Projekt von der Zielgruppe, also den zu betreuenden Familien, als wichtig und richtig (in Bezug auf die konkrete Arbeitsmethode) angenommen wurde. Hierin liegt mit Sicherheit eine der ersten Lektionen, die aus dem Projekt gezogen werden kann. Denn diese Treffsicherheit bezüglich des Bedarfs wäre wohl nicht zustande gekommen, ohne lokale Beratungsstellen und bereits mit der Zielgruppe arbeitende Personen, wie Gül Ekici, miteinzubeziehen. Auch in der Literatur wird dieser Aspekt der relevanten Zielsetzung durch Partizipation betont:

„Involving people [...] affected enables activity designers and managers to explore a range of real circumstances and systems rather than concentrating on statistical samples.“ (DFID 2003: 7.1)

Im Nachbarinnen-Projekt konnte gezeigt werden, dass solche Involvierungsprozesse auch nicht aufwändig geplant sein müssen, sondern oftmals bloß in informellen Gesprächen abgeklärt werden können. So wird im obig zitierten Handbuch für partizipative Methoden unter anderem weiter ausgeführt: *„Informal approaches are often more appropriate and can be changed as the work processes.“ (ebd.)*

Die partizipative Absprache von Zielsetzungen und im Projekt verwendeten Methoden kann somit klar auch als vorbildhaft für die Konzeption anderer Projekte gelten. Dadurch können unnötige Kosten, etwa für Umstellungen während des Verlaufs, minimiert werden. Dies verringert auch

administrative Aufwände und kann nicht zuletzt als Argument zur Finanzierung eines Projekts herangezogen werden (vgl. Estrella/Gaventa 1998: 16). Mit vorerst informellen Absprachen, die durchaus auch mit repräsentativen Gruppen geführt werden können, ist es außerdem möglich, partizipative Planungsmethoden ebenso bei Projekten mit einem viel größeren Zielgebiet anzuwenden. Die Diskussionsrunden der MA 17 zur „Mitbestimmung von MigrantInnen“ bieten hier etwa erste Ansatzpunkte.

Ähnliche Resultate – erhöhte Zielsicherheit, effizientere Ressourcennutzung – wurden weiters durch die aktive Partizipation der Lehrgangsteilnehmerinnen an der Gestaltung der Arbeitsmaterialien erreicht. Beispielhaft steht hierfür die Entwicklung des Familienbuchs, im Prinzip nach dem „Trial-and-Error“-Verfahren. Wie schon erwähnt wurde dabei aus Vorschlägen der Teilnehmerinnen ein Musterexemplar entwickelt und eingesetzt. In Einzelgesprächen berichteten die Frauen zu Ende des Lehrgangs über die Handhabung und konnten dabei weitere wichtige Inputs liefern, die vorher nicht bedacht wurden. Diese betrafen vor allem die Größe des Buches, sowie dessen Strukturierung. Im Endeffekt wurde damit erzielt, dass keine Mehrfachaufwände für Druckkosten anfielen, da mit Abschluss des Lehrgangs ein fertiges Produkt vorlag, das in der täglichen Arbeit schon erprobt werden konnte. Auch diese Form der Partizipation ist leicht in anderen Projekten einzusetzen und kann in Workshop-Form, entweder intern oder durch externe Leitung, gestaltet werden.

Es scheint nicht unrealistisch, die Vorstellung und Etablierung der aufsuchenden Familienarbeit in einem Integrationsprojekt als wohl größte Vorbildwirkung des Nachbarinnen-Projekts zu bezeichnen. Das – für ein relativ „kleines“ Projekt wie dieses doch stark erfolgte – Medienecho und primär die Schaffung einer Nachbarinnen-Dependance in Linz sprechen mit Sicherheit für diese These. Schon bei den, für die Abschlusspräsentation erfolgten, „Probe-Beratungen“ konnte gezeigt werden, dass die Zielgruppe auf die individuelle Herangehensweise der Nachbarinnen positiver reagiert, als auf Beratungssituationen, die nur in einem bestimmten Segment, z.B. durch das AMS, stattfinden und wenig auf komplexe Lebenssituationen eingehen (vgl. Fischer/Krainhöfner 2013b: 33). Die Besonderheit des Nachbarinnen-Projekts liegt insofern darin, einzelne Lebensbereiche zusammen zu führen und Beratung zu bieten, die ganzheitlich geschieht und die Strukturen vor Ort miteinbezieht. Bei der Zertifikatsverleihung zur Absolvierung des Lehrgangs formulierte die Wiener

Integrations- und Menschenrechtsstadträtin Sandra Frauenberger diese Methode folgendermaßen:

„Nachbarschaft bedeutet Gemeinschaft des Ortes, aber so eine Gemeinschaft, die entsteht nicht von selbst. So eine Gemeinschaft muss organisiert werden. Und Sie, als Nachbarinnen, haben für dieses Organisieren der Gemeinschaft eine [...] große Verantwortung übernommen.“ (Frauenberger 2013: 03:35).

Mit der projektspezifischen Herangehensweise, die die Gegebenheiten vor Ort zum Ausgangspunkt nimmt, kann wiederum Effizienz und Effektivität gewährleistet werden. Indem nicht eine weitere neue Anlaufstelle angeboten wird, sondern, im Gegenteil, die schon vorhandenen empfohlen und miteinander in Zusammenhang gebracht werden, werden einerseits nicht weitere finanzielle Mittel benötigt, andererseits wird ebenfalls sichergestellt, dass Beratungsstellen und die dafür notwendigen Ressourcen auch von der richtigen Zielgruppe genutzt werden. Dabei können überflüssige Gänge zu für die jeweilige Situation vielleicht nicht zuständigen Stellen vermieden werden. Denn auch dies bedeutet Partizipation: Bereits Vorhandenes zu nützen, anstatt neue Prozesse und Instanzen zu schaffen (vgl. DFID 2003: 7.2). Die vermehrte Vernetzung und gezieltere Information über bereits vorhandene Strukturen kann gewiss dazu beitragen, lokale und nationale Politiken zu Integration zu schaffen, die „aus einem Guss“ stammen.

Es ist also deutlich, dass die hier genannten Formen von Partizipation auch in anderen Projekten, nicht unbedingt bloß im Integrationsbereich, Anwendung finden und einen positiven Einfluss auf Effektivität, Zielsetzung, Administration, (Ressourcen-)Effizienz und vieles mehr haben könnten. Allerdings kann ebenso festgestellt werden, dass in der Konzeption und den Anfangsphasen des Projekts Chancen ausgelassen wurden, noch partizipativer vorzugehen. Befragt nach Verbesserungsmöglichkeiten im Projekt, betonten etwa viele der Teilnehmerinnen des Lehrgangs, dass es prinzipiell wünschenswert wäre, die Nachbarinnen-Arbeit geografisch zumindest auf ganz Wien auszuweiten und auch weitere Muttersprachen darin zu repräsentieren (vgl. Fischer/Krainhöfner 2013b: 31). Dies ist offensichtlich auch im Sinne partizipativer Ansätze, da somit verhindert werden könnte, dass Familien auf Grund administrativer und relativ willkürlicher Kriterien von der Teilnahme am Projekt ausgeschlossen werden, etwa weil sie im „falschen“ Bezirk wohnen.

In den nächsten Projektjahren könnte ebenfalls angedacht werden, die Abhaltung des Lehrgangs den Absolventinnen und bereits tätigen Nachbarinnen zu überlassen. Damit würden Fragen der Repräsentation („Wer spricht über die Arbeit und wer führt sie aus?“) angesprochen. Weiters würde der Delegation und Legitimation von ExpertInnentum an Personen, die eigentlich die Zielgruppe des Projekts oder das Projekt per se wenig tangieren, entgegengewirkt. Dies könnte zu einer weiteren Ermächtigung der Nachbarinnen führen. Dabei wird die Partizipation in unterschiedlichen *spaces* des Projekts ausgeweitet und weniger hierarchisiert – wie Gaventa betont, eines der zentralsten Anliegen des Konzepts der Partizipation:

„We need to continue to unpack this question of representation, legitimacy and identity, [...] in order to understand more fully the possibilities of deeper forms of participatory governance.“
(Gaventa 2004: 38).

Klar ist, dass das Nachbarinnen-Projekt nicht alle Antworten darauf hat, wie Integration in Wien und anderswo so gestaltet werden kann, dass MigrantInnen nicht nur einbezogen, sondern ermächtigt werden, ihre Erfahrungen zum Ausgangspunkt eines neuen – um wiederum Sandra Frauenberger zu zitieren – „Organisierens der Gemeinschaft“ zu machen. Dazu bedarf es wohl noch weiterer empirischer Untersuchungen und vieler anderer Projekte, die den Mut haben, „anders zu denken“. Ein in vielen Aspekten vorbildliches Projekt und die Berichte darüber reichen noch nicht zur Veränderung aus, aber sie sind, um es salopp zu sagen, ein verdammt guter Anfangspunkt.

8. Ein *kurzes* Fazit

In der dieser Arbeit vorangestellten Forschungsfrage wurde artikuliert, dass Partizipation in der hier vertretenen Sicht, nicht nur reine Teilhabe an Entscheidungsprozessen bedeutet, sondern ebenso selbstermächtigend, im Sinne der Aktivierung und Nutzung eigener capabilities, wirken kann. Als Fazit sollen daher auf den nächsten Seiten noch einmal die zentralen Punkte zusammengefasst werden, an denen die Ausrichtung nach diesem Dreiergespann Partizipation-Integration-Ermächtigung im Nachbarinnen-Projekt festgemacht werden kann und welche Lektionen sich daraus für Integrationsprojekte im Allgemeinen ergeben.

Der erste und wichtigste Punkt besteht mit Sicherheit darin, den Grundwert von Partizipation der Zielgruppe in Projekten, im vorliegenden Fall im Integrationsbereich, zu erkennen. Dies ist im Wesentlichen auch die normativ-politische Stellungnahme, die in dieser Arbeit vertreten wurde: Partizipation von MigrantInnen an den gesellschaftlichen Subsystemen wurde nicht als Gutmütigkeit, die von Seiten der Mehrheitsgesellschaft gewährt wird, gefasst, sondern als ein fundamentales Recht, das MigrantInnen als Wohnbevölkerung, SteuerzahlerInnen und politischen Subjekten zusteht. Daraus folgend muss Partizipation konstituierender und untrennbarer Teil von Integration sein, wenn diese, wie im Nachbarinnen-Projekt, als zu allererst lokal vor sich gehender Prozess verstanden wird. Anders ausgedrückt: Wer niemals Informationen über zu nutzende Angebote und Aktivitäten vor Ort erhält, kann an diesen nicht teilnehmen, nicht über diese entscheiden und daher auch nicht integriert in den Sozialraum sein.

In Arnd-Michael Nohls Worten lautet dieser Schluss folgendermaßen:

„Abhilfe ist daher nur dadurch möglich, dass möglichst viele Menschen aus schlecht inkludierten Milieus (unter anderem eben auch Migranten) von [...] Organisationen nicht nur inkludiert werden [...], sondern auch an ihnen – und vor allem an ihren Entscheidungen – partizipieren. Deswegen ist nicht nur die Inklusion aller Menschen in die Organisationen unserer gesellschaftlichen Funktionssysteme wichtig, sondern auch, wer die Entscheidungsträger dieser Organisationen sind. Deshalb ist Inklusion nur durch Partizipation sicherzustellen.“ (Nohl 2008: 29)

Allerdings können partizipative Methoden nicht nur die normative Ausrichtung eines Projekts stärken, auch für die tägliche Projektarbeit entstehen dabei Vorteile, die anhand der Nachbarinnen in Wien untersucht werden konnten. Die positiven Effekte reichen von einer adäquaten Ausrichtung der Projektzielsetzungen für eine bestimmte Zielgruppe, bis hin zum Einsparen von Ressourcen. Vor allem aber kann eine nachhaltige Verantwortlichkeit für das Bestehen des Projekts auf breiter Basis geschaffen werden: Egal, ob bei betreuten Familien, den Nachbarinnen selbst oder auch bei der Projektleitung – die Verantwortlichkeit für das Projekt und das Gefühl, selbst TrägerIn dessen zu sein, konnte etabliert werden und trägt zur positiven Aufnahme im Umfeld bei. Hiermit wurde ein normatives Ziel erreicht: Die Gestaltung von Integration MigrantInnen selbst zu überlassen. In einem Interview meinte eine Nachbarin etwa, dass für sie persönlich der erste Erfolg schon darin bestanden hätte, sich selbst für den Lehrgang anzumelden und ihre Ausbildung im Sozialbereich, nach einer längeren Phase ohne Beschäftigung, auch praktizieren zu können. Einen ähnlichen Stolz auf die eigenen Leistungen, könne sie nun bei den von ihr betreuten Familien entdecken, die das Nachbarinnen-Projekt auch anderen Familien weiterempfehlen (vgl. Osman 2013).

Ein weiterer wichtiger Punkt der partizipativen Methode der Nachbarinnen kann in der Kooperation mit den bereits bestehenden Institutionen im Integrationsbereich in Wien festgemacht werden. Die Zielgruppe nutzt dabei jene Strukturen, die ohnehin von Staat und Stadt zur Verfügung gestellt werden, wie etwa Deutschkurse, Weiterbildungsmöglichkeiten, Sportangebote und Lernhilfeprogramme. Durch diese Nutzung werden MigrantInnen in der Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten gefördert und tragen dazu bei, dass die zur Verfügung gestellten Angebote auch ihr Klientel erreichen können. Das Nachbarinnen-Projekt bildet die Brücke zu Leistungen, die von der österreichischen Integrationspolitik zur Verfügung gestellt werden und füllt dadurch Lücken auf dem Weg zu einem begleitenden Integrationsmanagement.

Kontrastiert man diese Resultate nun mit der österreichischen Integrationspolitik, so lässt sich feststellen, dass das Projekt einige Defizite dieser wettmacht. So setzt das Nachbarinnen-Projekt am Fehlen einer Begleitung ab der Ankunft an, indem speziell auch neu angekommene Personen am Wohnort angesprochen werden sollen. Fraglich bleibt, ob Erstinformationen und die Beratung bei der Erstorientierung in einem Land nicht Pflichten von Seiten des Staates sein sollten, anstatt, weil der Bedarf daran nunmal existiert, an Projekte „abgeschoben“ zu werden.

Entgegen der Orientierung der österreichischen Integrationspolitik an Einzelmaßnahmen, sieht das Nachbarinnen-Projekt Integration als Prozess an, der durch die eigene Ermächtigung und die Entwicklung von Handlungskraft von MigrantInnen in den staatlichen und städtischen Institutionen entsteht. MigrantInnen gelten in dieser Konzeption dann als integriert, wenn sie die Möglichkeit haben in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsystemen zu partizipieren und sich dazu ermächtigen dies auch zu tun. Beteiligung von MigrantInnen steht in der österreichischen Integrationspolitik, vor allem wenn es sich um Mitbestimmung bei der Formulierung der Maßnahmen handelt, jedoch eindeutig nicht an oberster Stelle. Im Gegensatz dazu hoffe ich, durch die Auseinandersetzung mit dem Projekt auch den normativen Anspruch von Partizipation klargestellt zu haben, der eine nachhaltige Integration in eine Gesellschaft nur durch Einbeziehung und Mitspracherechte der MigrantInnen als erfolgreich ansieht. Das Nachbarinnen-Projekt ist Vorbild dafür, wie Partizipation von MigrantInnen zur Umgestaltung der Umgebung beitragen kann.

Diese Schlussfolgerungen – die politisch-normative Ausrichtung von Integration und Partizipation, die Vorteile für die konkrete Projektarbeit und die Vernetzungen mit der bestehenden Integrationspolitik – erachte ich als kennzeichnend für das Nachbarinnen-Projekt und seine Konzeption des Zusammenspiels von Partizipation, Integration und Ermächtigung. Jeder einzelne Punkt kann als Vorbild und Anschluss für andere Projekte dienen. Dabei muss nicht immer die gleiche Methode verwendet werden, um die drei Konzepte miteinander zu verbinden. Denn eines der wohl deutlichsten Ergebnisse dieser Arbeit ist es gewesen, aufzuzeigen, dass sowohl bei der theoretischen als auch praktischen Beschäftigung mit den Themen, kein *one size fits all*-Modell existiert. So unterschiedlich die Ansätze zum Einsatz von Partizipation, Integration und Ermächtigung sind, so divers und flexibel muss eben auch eine wissenschaftliche Bewertung dieser erfolgen. Es wird, und sollte auch, niemals ein einziges Konzept von partizipativer Integration geben. Damit wäre gewissermaßen das Ende dieses Vorhabens in der Praxis besiegelt. Schließlich ist es ein lebendiges Konzept, das nur durch ständigen Austausch und neue Ideen aufrecht erhalten wird. Partizipation soll verändern – und dies kann nur geschehen, wenn Menschen täglich neue Ideen dafür entwickeln.

Literaturverzeichnis

Literatur

Ager, Alastair/Strang, Alison (2008): Understanding Integration: A Conceptual Framework. In: Journal of Refugee Studies, Vol. 21, No. 2.

Ager, Alastair/Strang, Alison (2004): Indicators of Integration. Final Report. Home Office Development and Practice Reports.

Alscher, Stefan (2013): Deutschland: Studie belegt zahlreiche Formen der Diskriminierung. Dossier Migration der Bundeszentrale für Politische Bildung. 16.9.2013. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/169168/formen-der-diskriminierung> [Zugriff: 5.12.2013]

Alsop, Ruth/Bertelsen, Mette/Holland, Jeremy (2006): Empowerment in Practice. From Analysis to Implementation. Directions in Development Series. Washington D.C.: The World Bank

Amt der Vorarlberger Landesregierung (o.J.): Gemeinsam Zukunft gestalten. Integrationsleitbild des Landes Vorarlberg. o.O.

Appelt, Erna (2008): Österreich kritisch betrachtet. In: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Sociologica Band 13. Wien: Braumüller. 93-102.

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners. Vol. 35, Issue 4. 216-224

Barnes, Marian (2007): Whose Spaces? Contestations and Negotiations in Health and Community Regeneration Fora in the U.K. In: Cornwall, Andrea/Coelho, Vera Schattan P. (Hg.): Spaces for Change? The Politics of Citizen Participation in New Democratic Arenas. Claiming Citizenship Series, Vol. 4. London/New York: ZED Books. 240-259.

Bauböck, Rainer/Perchinig, Bernhard (2006): Migrations- und Integrationspolitik. In: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz. 726-741.

Baumann, Birgit (2012): Berliner Mütter sorgen für ganzen Stadtteil. In: Der Standard 23.4.2012. <http://derstandard.at/1334795994601/Integrationsprojekt-Berliner-Muetter-sorgen-fuer-ganzen-Stadtteil> [Zugriff: 5.12.2013]

Becker, Jürgen (2006): „Rucksack“ - Interkulturelle Sprachförderung und Elternbildung im Elementarbereich. E&C-Fachforum „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen.

Benhabib, Seyla (1999): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main: Fischer.

Benhabib, Seyla (2011[2004]): The Rights of Others. Aliens, Residents and Citizens. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.

beratungsgruppe.at - Verein für Informationsvermittlung, Bildung und Beratung (2007): HIPPY Hausbesuchsprogramm für Eltern von Vorschulkindern. Bericht und Evaluation 2007. Phase 1: Implementierung und 1. Programmjahr.

Biffl, Gudrun/Rössl, Lydia (Hg., 2011): Migration und Integration 2. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau: omninum

Biffl, Gudrun (Hg., 2010): Migration & Integration. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau: omninum.

Biffl, Gudrun (2008): Migrant Women and Youth: The Challenge of Labor Market Integration. Thematic Review Seminar of the European Employment Strategy. 29.4.2008.

Bliss, Frank/Neumann Stefan (2008): Participation in International Development Discourse and Practice. „State of the Art“ and Challenges. INEF Report 94, Universität Duisburg-Essen.

Bortz, Jürgen/Döring, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 4. Auflage. Heidelberg: Springer.

Brantley, Ally/Cho, Michelle/Langer, Ruth (2009): Stadtteilmutter – Approaching Integration through Education. Humanity in Action. <http://www.humanityinaction.org/knowledgebase/35-stadtteilmutter-approaching-integration-through-education-in-berlin-neukolln>; [Zugriff: 5.12.2013]

Bratić, Ljubomir (2009): An der Grenze zwischen Leben und Verwaltung. Die Rationalität der Sozialen Arbeit. In: Kurswechsel 3/2009. 80-90.

Bundeskanzleramt – Bundesministerin für Frauen, Medien und öffentlicher Dienst (2007): Migrantinnen Bericht 2007. o.O.

Bundesministerium für Inneres (o.J.): Nationaler Aktionsplan für Integration. Bericht. Wien.

Burke, Beverly (1998): Evaluating for a Change: Reflections on Participatory Methodology. In: New Directions for Evaluation, Vol. 1998, Issue 80. 43-56.

Chambers, Robert (2011): Managing Local Participation: Rhetoric and Reality. In: Cornwall, Andrea (Hg., 2011): The Participation Reader. London/New York: ZED Books. 165-171.

Chambers, Robert (2007): Who Counts? The Quiet Revolution of Participation and Numbers. IDS Working Paper 296

Chambers, Robert (1994): The Origins and Practice of Participatory Rural Appraisal. In: World Development, Vol. 22, No. 7. 953-969

Cinalli, Manlio/Giugni, Marco (2011). Institutional Opportunities, Discursive Opportunities and the Political Participation of Migrants in European Cities. In: Morales, Laura/Giugni, Marco (Hg.):

Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multicultural Democracy Work?. New York: Palgrave Macmillan. 43-62.

Coelho, Vera Schattan P. (2007): Brazilian Health Councils: Including the Excluded? In: Cornwall, Andrea/Coelho, Vera Schattan P. (Hg.): Spaces for Change? The Politics of Citizen Participation in New Democratic Arenas. Claiming Citizenship Series, Vol. 4. London/New York: ZED Books. 33-54.

Cohen, John/Uphoff, Norman (2011): Participation's place in rural development: Seeking clarity through specificity. In: Cornwall, Andrea (Hg.): The Participation Reader. London/New York: ZED Books. 34-56.

Cooke, Bill/Kothari, Uma (Hg., 2001): Participation: The New Tyranny. London/New York: ZED Books.

Cornwall, Andrea (Hg., 2011): The Participation Reader. London/New York: ZED Books.

Cornwall, Andrea (2007): Democratizing the Governance of Health Services: The Case of Cabo de Santo Agostinho, Brazil. In: Cornwall, Andrea/Coelho, Vera Schattan P. (Hg.): Spaces for Change? The Politics of Citizen Participation in New Democratic Arenas. Claiming Citizenship Series, Vol. 4. London/New York: ZED Books.

Cornwall, Andrea/Coelho, Vera Schattan P. (Hg., 2007): Spaces for Change? The Politics of Citizen Participation in New Democratic Arenas. Claiming Citizenship Series, Vol. 4. London/New York: ZED Books.

Cornwall, Andrea (2004): Spaces for Transformation? Reflections on Issues of Power and Difference in Participation in Development. In: Hickey, Samuel/Mohan, Giles (Hg.): Participation – From Tyranny to Transformation. Exploring New Approaches of Participation in Development. London / New York: ZED Books. 75-91.

Daley, Clare (2007): Exploring Community Connections: Community Cohesion and Refugee

Integration at a Local Level. In: Community Development Journal, Vol. 44, No. 2. 158-171.

De Cillia, Rudolph (2011): Migration und Sprache/n. Sprachenpolitik – Sprachförderung – Diskursanalyse. In: Fassmann, Heinz/Dahlvik, Julia (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader. Wien: Vienna University Press. 163- 188.

Deutscher Kinderschutzbund Augsburg e.V. (2011): Stadtteilmütter. Ein Konzept zur Mehrsprachigkeit und Elternbildung. Jahresbericht 2011. Augsburg.

DFID - Department for International Development (2003): Tools for Development. A Handbook for Those Engaged in Development Activity.

Dimmel, Nikolaus (2007): Der Auftrag der Sozialhilfe in Österreich. In: Haller, Dieter/Hinte, Wolfgang/Kummer, Bernhard (Hg.): Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Weinheim/München: Juventa. 23-38

Dobbs, Lynn/Moore, Craig (2002): Engaging Communities in Area-based Regeneration: The Role of Participatory Evaluation. In: Policy Studies, Vol. 23, No. 3/4. 157-171.

Estrella, Marisol/Gaventa, John (1998): Who Counts Reality? Participatory Monitoring and Evaluation. A Literature Review. IDS Working Paper 70.

Fals Broda, Orlando (2011): Production and Diffusion of Knowledge. In: Cornwall, Andrea (Hg.): The Participation Reader. London/New York: ZED Books. 85-88.

Fassmann, Heinz (2008): Integration und integrationspolitische Leitlinien. In: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Sociologica Band 13. Wien: Braumüller. 1-16.

Fischer, Birgit/Krainhöfner, Clara (2013a): Erster Zwischenbericht der Evaluation des Projekts NACHBARINNEN in Wien. Die Vorbereitungsphase.

Fischer, Birgit/Krainhöfner, Clara (2013b): Zweiter Zwischenbericht der Evaluation des Projekts NACHBARINNEN in Wien. Die Ausbildungsphase.

Fischer, Wilma/Tihanyi, Nilgun (2009): Migrantinnenberatungs- und Kommunikationszentrum. In: Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit – ÖKSA: Soziale Dienstleistungen in Österreich im Hinblick auf Migrantinnen und Migranten. Dokumentation der Jahreskonferenz. 26.11.2009, Eisenstadt, Burgenland. 81-82.

Galuske, Michael/Thole, Werner (Hg., 2006): Vom Fall zum Management. Neue Methoden der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gaspar, Des/Truong, Thanh-Dam (2010): Movements of the 'We': International and Transnational Migration and the Capabilities Approach. In: Journal of Human Development and Capabilities, Vol. 11, No. 2. 339-357

Gaventa, John (2007): Foreword. In: Cornwall, Andrea/Coelho, Vera Schattan P. (Hg.): Spaces for Change? The Politics of Citizen Participation in New Democratic Arenas. Claiming Citizenship Series, Vol. 4. London/New York: ZED Books. X-xviii.

Gaventa, John (2004): Towards Participatory Governance: Assessing the Transformative Possibilities. In: Hickey, Samuel/Mohan, Giles (Hg.): Participation – From Tyranny to Transformation. Exploring New Approaches of Participation in Development. London / New York: ZED Books. 25-41.

Giugni, Marco/Morales, Laura (2011): Conclusion: Towards and Integrated Approach to the Political Inclusion of Migrants. In: Morales, Laura/Giugni, Marco (Hg.): Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multicultural Democracy Work?. New York: Palgrave Macmillan. 262-274.

Gosling, Louisa (2010): Monitoring and Evaluation. How To Guide. Bond for International Development.

Gruber, Marika (2010): Integrationspolitik in Kommunen. Herausforderungen, Chancen, Gestaltungsansätze. Wien: Springer

Güngör, Kenan (2009): Integrationspolitik in Österreich – Entwicklung und Perspektiven. In: Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit – ÖKSA: Soziale Dienstleistungen in Österreich im Hinblick auf Migrantinnen und Migranten. Dokumentation der Jahreskonferenz. 26.11.2009, Eisenstadt, Burgenland. 13-20.

Güngör, Kenan (2008): Integration im ländlichen Raum. In: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Sociologica Band 13. Wien: Braumüller. 135-148.

Halm, Dirk (2010): Migranten und Migrantinnen als Motor der Revitalisierung von Stadtteilen in Deutschland? In: Biffl, Gudrun (Hg.): Migration & Integration. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau: omninum. 129-136.

Hansen, Eckhard (2006): Das Case/Care Management. In: Galuske, Michael/Thole, Werner (Hg.): Vom Fall zum Management. Neue Methoden der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 17-36.

Heckmann, Friedrich (2005): Integration and Integration Policies. IMISCOE Network Feasibility Study. Bamberg: European Forum for Migration Studies.

Hickey, Samuel/Mohan, Giles (Hg., 2004): Participation – From Tyranny to Transformation. Exploring New Approaches of Participation in Development. London / New York: ZED Books.

Holland, Jeremy/Brocklesby, Mary Ann/Abugre, Charles (2004): Beyond the Technical Fix? Participation in Donor Approaches to Rights-Based-Development. In: Hickey, Samuel/Mohan, Giles (Hg.): Participation – From Tyranny to Transformation. Exploring New Approaches of Participation in Development. London / New York: ZED Books. 252-268.

Imlinger, Christine (2013): Gegen die Isolation: Nachbarinnen als Beruf. In: Die Presse. 23.9.2013. S. 21.

Johnston, Josee (2011): Pedagogical Guerillas, Armed Democrats and Revolutionary Counter-Publics: Examining Paradox in the Zapatista uprising in Chiapas, Mexico. In: Cornwall, Andrea (Hg.): The Participation Reader. London/New York: ZED Books. 383-402.

Karakurt, Mümtaz (2008): Migration und Arbeitsmarkt. In: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Sociologica Band 13. Wien: Braumüller. 181-194.

Kesby, Mike (2005): Retheorizing Empowerment-through-Participation as a Performance in Space: Beyond Tyranny to Transformation. In: Signs – Journal of Women in Culture and Society, Vol. 30, No. 4. 2037-2065

Klein, Evelyn/Schnee, Renate/Scholten, Christine (2012): NACHBARINNEN in Wien. Projektplan.

Koch, Liv-Berit (2010): Evaluation des Pilotprojekts „Stadtteilmütter in Neukölln (2006-2008)“. In: Landeskommision Berlin gegen Gewalt: Berliner Forum Gewaltprävention. Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages. Nr. 41. 63-75.

Kollak, Ingrid/Wiesner-Rau, Corinna (2008): Welche Chancen bietet das Gesundheitswesen für Migrantinnen? Ergebnisse des Qualifizierungsprojekts Migrantinnen in der Arbeitswelt (MiA). In: Rommespacher, Birgit/Kollak, Ingrid (Hg.): Interkulturelle Perspektiven für das Sozial- und Gesundheitswesen. Frankfurt a. M.: Mabuse. 305-319.

Kölldorfer Benjamin (mit Mooslechner, Florian; 2011): Die Brückenfrauen vom 20. Bezirk. Zur Bedeutung von Sprache, Bildung und sozialem Kapital bei der Integration von Personen mit Migrationshintergrund im Rahmen eines Empowermentprozesses am Beispiel der Evaluationsstudie des Volksschulprojekts „Brückenfrauen“ zur Elternarbeit. Masterarbeit. Universität Wien.

Kotz, Nick (1981): Citizens as Experts. Working Papers, March/April.

Kreisky, Eva (2004): Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In: Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte, Verknüpfungen, Perspektiven. Wien: WUV. 23-43

Kreuzer, Max (2006): Neue Methoden der Familienarbeit. In: Galuske, Michael/Thole, Werner (Hg.): Vom Fall zum Management. Neue Methoden der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 97-116.

Ladinig-Chávez, Mónica (2011): Die Veranstaltungsreihe „Interkulturelles Familienfrühstück“. In: Biffl, Gudrun/Rössl, Lydia (Hg.): Migration und Integration 2. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau: omninum. 219-224.

Lafranchi, Andrea/Burgener-Woeffray, Andrea (2013): Familien in Risikosituationen durch frühkindliche Bildung erreichen. In: Stamm, Margrit/Edelmann, Doris (Hg.): Handbuch frühkindliche Bildungsforschung. Wiesbaden: Springer VS. 603-616

Lange, Dirk/Polat, Ayça (Hg., 2010): Migration und Alltag. Unsere Wirklichkeit ist anders. Reihe Politik und Bildung, Bd. 61. Schwalbach: Wochenschau.

Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg., 2008): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Sociologica Band 13. Wien: Braumüller.

Mackert, Jürgen (1999): Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus Sozialer Schließung. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Mohan, Giles/Hickey, Samuel (2004): Relocating Participation within a Radical Politics of Development: Critical Modernism and Citizenship. In: Hickey, Samuel/Mohan, Giles (Hg.): Participation – From Tyranny to Transformation. Exploring New Approaches of Participation in Development. London / New York: ZED Books. 59-74.

Morales, Laura (2011): Conceptualizing and Measuring Migrants' Political Inclusion. In: Morales, Laura/Giugni, Marco (Hg.): Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multicultural Democracy Work?. New York: Palgrave Macmillan. 19-42.

Morales, Laura/Giugni, Marco (Hg., 2011): Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multicultural Democracy Work?. New York: Palgrave Macmillan

Neubert, Stefan/Roth, Hans-Joachim/Yildiz, Erol (2013): Multikulturalismus – ein umstrittenes Konzept. In: Ebd. (Hg.): Multikulturalität in der Diskussion. Neuere Beiträge zu einem umstrittenen Konzept. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 9-33.

Neuhauser, Julia (2012): Der Einfluss der Politik auf die Integration von Migrantinnen und Migranten – Eine Bestandsaufnahme in Anbetracht der Gründung des Staatssekretariats für Integration. Diplomarbeit, Universität Wien.

Nohl, Arnd-Michael (2008): Migration – Integration – Partizipation: Herausforderungen und Ziele. In: Rommelspacher, Birgit/Kollak, Ingrid (Hg.): Interkulturelle Perspektiven für das Sozial- und Gesundheitswesen. Frankfurt a. M.: Mabuse. 15-35

Nussbaum, Martha C. (2011): Creating Capabilities. The Human Development Approach. Cambridge/London: Belknap Press of Harvard University Press.

Nussbaum, Martha C. (2006): Poverty and Human Functioning: Capabilities as Fundamental Entitlements. In: Grusky, David B./Kanbur, Ravi (Hg.): Poverty and Inequality. Stanford: Stanford University Press. 47-75

OECD/DAC (2008): The Paris Declaration on Aid Effectiveness and The Accra Agenda for Action. <http://www.oecd.org/dac/effectiveness/34428351.pdf>; [Zugriff: 5.12.2013]

Oelkers, Nina/Richter, Martina (2009): Re-Familialisierung im Kontext post-wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse und Konsequenzen für die Soziale Arbeit. In: Kurswechsel 3/2009. 35-46

okay.zusammen.leben, Projektstelle für Zuwanderung und Integration (2011): Tätigkeitsbericht/Ergebnisse 2011.

Österreichischer Integrationsfonds (2011a): femigration & integration. zahlen.daten.indikatoren. Wien.

Österreichischer Integrationsfonds (2011b): migration & integration in den Bundesländern. zahlen.daten.indikatoren. Wien.

Österreichischer Integrationsfonds (o.J.): Willkommen in Österreich - Broschüre. Wien.

Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit – ÖKSA (2009): Soziale Dienstleistungen in Österreich im Hinblick auf Migrantinnen und Migranten. Dokumentation der Jahreskonferenz. 26.11.2009, Eisenstadt, Burgenland.

Penninx, Rinus (2009): De-Centralising Integration Policies. Managing Migration in Cities, Regions and Localities. Policy Network Paper.

Perchinig, Bernhard (2009): Von der Fremdarbeit zur Integration? (Arbeits)migrations- und Integrationspolitik in der Zweiten Republik. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Jg. 53, Heft 3. 228-246.

Pessar, Patricia R./Mahler, Sarah J. (2001): Gender and Transnational Migration. Paper given to the Conference on Transnational Migration: Comparative Perspectives. Princeton University.

Petko, Dominik (2004): Gesprächsformen und Gesprächsstrategien im Alltag der Sozialpädagogischen Familienhilfe. Göttingen: Cuvillier.

Pirchmoser, Daniela/Binna, Klaudia (2011): T*IN*KI*T – Tiroler Integratives Kindertheater. In: Biffl, Gudrun/Rössl, Lydia (Hg.): Migration und Integration 2. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau: omninum. 203-206.

Pöll, Regina (2011): Man kann schon über ein Bikiniverbot reden – Streitgespräch zwischen Sebastian Kurz und Harald Vilimsky. In: Die Presse, 21.9.2011., Seite 6.

Saunders, Doug (2012): The Myth of the Muslim Tide. Do Immigrants Threaten the West? New York/Toronto: Vintage.

Scholten, Christine (2013): NACHBARINNEN in Wien. Businessplan zur Einreichung des Innovationspreises gegen Armut.

Seiwald, Sarah/Piatti, Margerita (2011): Projekt Neuland – Tandems in Niederösterreich. In: Biffel, Gudrun/Rössl, Lydia (Hg.): Migration und Integration 2. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau: omninum. 213-218.

Sen, Amartya (2005): Human Rights and Capabilities. In: Journal of Human Development, Vol. 6, No. 2. 151-166

SOS Mitmensch (2012): Zahlreiche Leerstellen im neuen Integrationsbericht. 9.7.2012. Unter: <http://sosmitmensch.at/site/home/article/441.html> [Zugriff: 5.12.2013]

Staatssekretariat für Integration (2013a): Integrationsbericht 2013. Perspektiven und Handlungsempfehlungen Expertenrat für Integration. Wien.

Staatssekretariat für Integration (2013b): Zusammenleben in Österreich. Werte, die uns verbinden. Wien.

Staatssekretariat für Integration (2012): Integrationsbericht. Bilanz des Expertenrates für Integration 2012. Wien.

Staatssekretariat für Integration (2011): Integrationsbericht. Vorschläge des Expertenrats für Integration. Wien.

Stadt Graz (2013): Implementierung von Case-Management. Case Management [sic!] im Sozialamt.

21.6.2013. <http://www.graz.at/cms/beitrag/10214046/5143595/>; [Zugriff: 5.12.2013]

Stadtteilmütter in Neukölln (2007): Pilotprojekt – Kurzbeschreibung „Stadtteilmütter in Neukölln.“. Berlin.

Stark, Christian (2008): Interkulturelle Sozialarbeit. In: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Sociologica Band 13. Wien: Braumüller. 207-220.

Statistik Austria (2013): Migration & Integration. zahlen.daten.indikatoren. Wien.

Statistik Austria (2012): Migration & Integration. zahlen.daten.indikatoren. Wien.

Statistik Austria (2011): Migration & Integration. zahlen.daten.indikatoren. Wien.

Stoik, Christoph (2005): Wien als neues junges Zentrum für Gemeinwesenarbeit? Eine Annäherung über die Wiener Praxis. In: Sozialarbeit in Österreich, Nr. 2/05.

Struppe, Ursula (2008): Wien – Vielfalt als Querschnittsthema der Stadt. In: Leibetseder, Bettina/Weidenholzer, Josef (Hg.): Integration ist gestaltbar. Strategien erfolgreicher Integrationspolitik in Städten und Regionen. Sociologica Band 13. Wien: Braumüller. 103-118.

Sturm, Daniel Friedrich (2002): Schily spricht von Assimilierung und stößt auf rot-grüne Kritik. In: Die Welt, 29.6.2002. <http://www.welt.de/print-welt/article397131/Schily-spricht-von-Assimilierung-und-stoesst-auf-rot-gruene-Kritik.html> [Zugriff: 5.12.2013]

Surma, Eva/Jakomini, Sandra (2011): Migration und Integration im ruralen Kontext – Frauenpolitik auf dem Prüfstand. In: Biffl, Gudrun/Rössl, Lydia (Hg.): Migration und Integration 2. Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Bad Vöslau: omninum. 207-212.

Tandon, Rajesh (2011): The Historical Roots and Contemporary Urges in Participatory Research. In: Cornwall, Andrea (Hg.): The Participation Reader. London/New York: ZED Books. 88-91.

Ukacar, Karl/Gschiegl, Stefan (2009): Das politische System Österreichs und die EU. Wien: Facultas

UNDP (1997): Who Are The Question-makers? A Participatory Evaluation Handbook. <http://web.undp.org/evaluation/documents/who.htm> [Zugriff: 5.12.2013]

Vertovec, Steven (2004): Trends and Impacts of Migrant Transnationalism. Centre on Migration, Policy and Society Working Paper No. 3, University of Oxford.

Williams, Glyn (2004): Towards a Repoliticization of Participatory Development: Political Capabilities and Spaces of Empowerment. In: Hickey, Samuel/Mohan, Giles (Hg.): Participation – From Tyranny to Transformation. Exploring New Approaches of Participation in Development. London / New York: ZED Books. 92-108.

Wimmer, Andreas/Glick-Schiller, Nina (2002): Methodological Nationalism and Beyond: Nation-state Building, Migration and the Social Sciences. In: Global Networks, Vol. 2, No. 4. 301-334

Winkler-Hermaden, Rosa (2013): Die Lösung ist die Sprache. In: Der Standard, 2.9.2013, S. 8.

Internetquellen

Familienhilfe der Caritas:

<http://www.caritas-wien.at/hilfe-einrichtungen/familie-und-kinder/familienhilfe/> [Zugriff: 5.12.2013]

Geförderte Projekte des Österreichischen Integrationsfonds:

http://www.integrationsfonds.at/nc/europaeische_fonds/gefoerderte_projekte/ [Zugriff: 5.12.2013]

Großförderungen der MA 17 im Jahr 2012:

<http://www.wien.gv.at/menschen/integration/foerderungen/grossprojekte-2012.html> [Zugriff: 5.12.2013]

Interface Wien: Frauencollege

<http://www.interface-wien.at/3/50/> [Zugriff: 5.12.2013]

MA 17: Deutschkurse für Mütter – „Mama lernt Deutsch“:

<http://www.wien.gv.at/menschen/integration/deutsch-lernen/mama-lernt-deutsch/> [Zugriff: 5.12.2013]

Nationaler Integrationsplan für Integration, Bericht:

<http://www.integrationsfonds.at/nap/bericht/> [Zugriff 5.12.2013]

SOS Mitmensch: Ohne Pass Wahl:

<http://www.sosmitmensch.at/site/home/article/646.html> [Zugriff: 5.12.2013]

Soziale Dienste des BMASK:

http://www.bmask.gv.at/site/Soziales/Pflege_und_Betreuung/Soziale_Dienste/ [Zugriff: 5.12.2013]

Sozialraumorientierung der Jugendwohlfahrt Graz:

<http://www.graz.at/cms/beitrag/10133592/4194118> [Zugriff: 5.12.2013]

Stadtteilmütter in Deutschland: <http://www.stadtteilmuetter.de>. [Zugriff: 5.12.2013]

Stadtteilmütter in Deutschland, Erklärung des Konzepts: <http://www.buergergesellschaft.de/106610/>
[Zugriff: 5.12.2013]

Stadtteilmütter in Dänemark: http://ec.europa.eu/ewsi/de/practice/details.cfm?ID_ITEMS=37929
[Zugriff: 5.12.2013]

Wiener Bevölkerung nach Migrationshintergrund. Daten und Fakten:

<http://www.wien.gv.at/menschen/integration/grundlagen/daten.html> [Zugriff: 5.12.2013]

Ausgewertete Materialien

Abo-El-Eas, Kawther/Enan,Sawsan (2013a): Vorstellung beim Nachbarschaftszentrum 12 - Am Schöpfwerk. Teil 1. 3.4.2013. Eigene Aufzeichnung.

Abo-El-Eas, Kawther/Enan,Sawsan (2013b): Vorstellung beim Nachbarschaftszentrum 12 - Am Schöpfwerk. Teil 2. 3.4.2013.Eigene Aufzeichnung.

Ekici, Gültaze (2013): Fragebogen zur Partizipation in der Projektplanung. Eigene Aufzeichnung.

Frauenberger, Sandra (2013): Rede bei der Verleihung der Abschlusszertifikate an die Teilnehmerinnen des Lehrgangs „NACHBARINNEN in Wien“. 1.7.2013. Eigene Aufzeichnung.

Kandil, Rehab (2013): Interview zu Methodik und Partizipation bei „NACHBARINNEN in Wien“. 25.6.2013. Gedächtnisprotokoll.

Osman, Asha (2013): Interview zu Methodik und Partizipation bei „NACHBARINNEN in Wien“. 25.6.2013. Gedächtnisprotokoll.

Teilnehmerinnen des Nachbarinnen-Lehrgangs (2013): Reflexionsgespräche zu Familienbuch und anderen in der Beratung verwendeten Materialien. 25.6.2013. Eigenes Protokoll.

Anhang 1: Abstract

Deutsch:

Die vorliegende Arbeit behandelt den Einsatz partizipativ ermächtigender Methoden im Wiener Integrationsprojekt „NACHBARINNEN in Wien“. Beleuchtet werden theoretische Grundlagen und der aktuelle Forschungsstand zu Partizipation und Integration, insbesondere in Hinblick auf die Ermächtigung von MigrantInnen. Spezifisch wird auf die Methode der aufsuchenden Familienarbeit, die diese drei Konzepte vereinen kann, eingegangen, und deren Anwendung in Projekten in Österreich und Deutschland, die sich an die Zielgruppe von MigrantInnen wenden, erläutert. Basierend auf diesen theoretischen und kontextuellen Ausführungen wird das in der Arbeit thematisierte Projekt nach Formen und Zweck der Verwendung partizipativer Methoden untersucht. Schlussendlich werden Methoden und Zielsetzungen des Projekts mit der österreichischen Integrationspolitik in Kontrast gesetzt.

English:

This thesis is concerned with the implementation of subject-empowering participatory methods within the project „NACHBARINNEN in Wien“, which aims to facilitate integration processes of migrants living in Vienna. Theoretical background along with state of the art of participation and integration are examined respectively with a special focus on empowerment. Case management, as it is employed in the aforementioned project, is presented as a method combining these three concepts. Employment of case management in other migrant-specific projects in Germany as well as Austria serves as an example. Based on this particular theoretical emphasis and context, the uses and objectives of participatory methods in the project are analyzed. Finally, these methods are contrasted with Austrian integration policy.

Anhang 2: Lebenslauf

Clara Krainhöfner

Ausbildung

2008 – 2013	Diplomstudium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
seit 2010	Bachelorstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
2007	Matura mit ausgezeichnetem Erfolg – Verfassen einer Fachbereichsarbeit im Fach Englisch „Behind Boyle's 'The Tortilla Curtain' – A Comparative Study Concerning Fact and Fiction of Mexican Immigrants to the U.S.“
1999 – 2007	Bundesgymnasium Wien 8 – Piaristengymnasium

Berufliche Erfahrungen

seit 09/2011	Projektassistentin bei agnes streissler – Wirtschaftspolitische Projektberatung
01/2011 – 12/2012	Administrative, archivarische und redaktionelle Tätigkeit bei Die Presse - VerlagsGmbH
06/2010 – 07/2010	Publikumsdienst bei den Wiener Festwochen
07/2007 – 12/2008	Administrative Tätigkeiten bei Guerlain GmbH
11/2007	Volontariat im Flüchtlingsheim Gänsbachergasse, 1110 Wien des Wiener Roten Kreuzes
09/2005	Gründung und Mitarbeit bei der SchülerInnenzeitung des BG8

Sprachkenntnisse

Englisch	Fließend in Wort und Schrift
Spanisch	Mittleres Niveau in Wort und Schrift
Französisch	Schulkenntnisse